A 000 768 535 7
UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY

Oestreich

nach der Revolution.

Von

Dr. Anton Heinrich Springer.

L'unité ne s'improvise pas.
Timon.

Leipzig,
Verlag von Immanuel Müller.
1850.

(Prag: Friedrich Ehrlich.)

84735

UNIVERSITY OF
CALIFORNIA
SAN DIEGO

Oeſtreich

nach der Revolution.

Oeſtreich

nach der Revolution.

Von

Dr. Anton Heinrich Springer.

L'unité ne s'improvise pas.

Timon.

Leipzig,

Verlag von Immanuel Müller.

1850.

Vorwort.

Bei dem Niederschreiben der folgenden Blätter stand mir ein doppelter Weg offen: ich konnte mich auf die Erörterung von Prinzipien einlassen, die allgemeinen Grundsätze des Liberalismus verfechten; ich konnte aber auch meinen Ausgangspunkt von bestimmten Thatsachen nehmen, ohne stets strenge mit dem Prinzipe zu rechnen, welchem sie entsprungen sind. Auf dem ersteren Wege wäre meine Schrift kürzer, wärmer, also vielleicht besser geworden, und doch zog ich den letzteren vor. Ich that es, um die Gegner meiner Partei eindringlicher zu überzeugen. Ein Prinzipienstreit hätte nur, wie gewöhnlich zur Folge gehabt, daß der eine und der andere Theil desto hartnäckiger auf seinen Ansichten bestanden, während ich jetzt hoffen kann, durch die Umgehung starrer Prinzipien, durch die unbefangene Beleuchtung zugestandener Thatsachen manchen Ungläubigen zu bekehren. Daß die konservativen Interessen nichts dabei gewinnen, wenn man alle politischen Lebensregungen unterdrückt, daß sie sogar große Gefahr laufen, wenn man dem Gegner den offenen, redlichen Kampf mit gleichen Waffen verwehrt, dieß zu beweisen, ist mit der Hauptzweck der folgenden Schrift; ich wünsche nicht allzu weit hinter meiner Aufgabe zurückgeblieben zu sein. Ich kann wenigstens

mit Stolz bekennen, daß ich mich während dieser Arbeit niemals von einem Vorurtheile, oder fremdartigen Rücksichten leiten ließ, jede auch die gerechteste Empfindlichkeit mit Kraft unterdrückte; ich will lieber mich dem Vorwurfe aussetzen, zu kalt als zu leidenschaftlich und aufgeregt geschrieben zu haben. Diese Ruhe und Mäßigung, welcher ich nachgestrebt, gibt mir aber auch das Recht zu verlangen, daß nicht Machtsprüche den Fortgang der Diskussion hemmen, daß es der Wahrheit überlassen bleibe, mit ihrer eigenen Waffe, mit dem Schwerte des Gedankens zu kämpfen und zu siegen.

Die Sache, die vor diesem Kampfe zurückbebt, hat sich selbst gerichtet.

„Es soll durch die Feststellung und Abgränzung aller Staatsgewalten, durch die Regelung der staatlichen Verhältnisse dem Zustande der Revolution, in welchem sich Oestreich seit einem Jahre befindet und der bei längerer Fortdauer das politische, geistige und materielle Wohl der Völker zu untergraben droht, ein Ziel und Ende gesetzt werden."

Dieser Ausspruch der östreichischen Regierung, welcher die Verfassungsurkunde vom 4ten März einleitet, durfte mit Gewißheit auf eine allgemeine Zustimmung unter den Völkern der Monarchie rechnen. Oestreich ist kein Revolutionsstaat, seine Bewohner leiden glücklicherweise noch nicht an jener politischen Blasirtheit, welche einer stetigen leidenschaftlichen Aufregung bedarf, um das Leere und Zielloſe ihres inneren Wesens zu vergessen. Es ist wahr, zu keiner Zeit und an keinem Orte war eine Revolution mit so rauschendem Jubel begrüßt worden, wie die Märzrevolution in Oestreich, aber niemals und nirgends waren auch die herrschenden Zustände so verächtlich, so unerträglich geworden, wie hier. Mit einem Systeme zu brechen, über welches sich selbst die Polizei schon lustig machte, konnte keinen Seufzer kosten, es kann daher auch nicht als ein Beweis vorherrschender revolutionärer Neigungen gelten. Im Gegentheile, schon wenige Tage nach dem Ausbruche der Volksbewegung bemächtigte sich der meisten Gemüther ein hastiger Eifer, den revolutionären Strom einzudämmen, die äußere Ordnung zu wahren: die Nationalgarden waren Tag und Nacht gegen den bösen Geist der Unruhe, der hier in der Gestalt von Proletariern, dort in jener von Bauern erwartet wurde, auf den Beinen, in Wien wurde jedes radikale Wort verpönt, in Prag die Sorge für den Frieden so weit getrieben, daß die Schriftsteller sich durch Handschlag verpflichteten, die kitzliche Nationalitätsfrage vorläufig unberührt zu lassen — als ob eine offene Wunde weniger klaffte, wenn sie mit Tüchern überdeckt wird! Welches Zeugniß braucht es weiter, um die geringe Kraft destruktiver Elemente, die positive Natur der Revolution in Oestreich zu beweisen? Wir hatten überschwängliche Hoffnungen auf die Revolution gebaut,

den unmittelbaren Eintritt eines paradiesischen Lebens von ihr erwartet, aber sie niemals für weiter mehr als einen nothwendigen Durchgangspunkt angesehen. Wer könnte auch in Oestreich für die Fortdauer revolutionärer Zustände schwärmen, wo der ewige Streit nationaler und politischer Interessen das öffentliche Leben so unerquicklich macht, und die größte Aufopferung dazu gehört, um nicht zu erlahmen und nicht der endlosen Widersprüche müde auf alles politische Wirken zu verzichten! Wenn daher die Regierung den Wunsch nach dem Schlusse der Revolution aussprach, so traf sie ohne allen Zweifel mit dem Volkswillen zusammen, der sehnsüchtig dem Augenblicke entgegenharrte, wo die Herrschaft wirrer, provisorischer Zustände ein Ende nähme. Es fragt sich nur, ob auch die Form, in welcher die Regierung die Revolution schloß, dem Willen der östreichischen Völker entspricht, und als natürlicher, dauernder Schluß der Revolution angenommen werden kann. Um dieß zu entscheiden, bedarf es eines kurzen Rückblickes auf das Wesen und den Fortgang der selten verstandenen und noch immer nicht richtig gewürdigten östreichischen Revolution. Die geringe Kenntniß östreichischer Verhältnisse kann Niemand befremden: der Inländer durfte über Oestreich nicht schreiben, der Ausländer nur mit Noth es bereisen. Es mußte erst eine gewaltige Revolution kommen, um das wahre Oestreich nicht blos für die Fremden, sondern theilweise auch für uns Oestreicher selbst zu entdecken, seine eigentliche Natur und Bestimmung zu enthüllen.

War ja doch selbst das nächstgelegene Merkmal Oestreichs, der nationale Gegensatz seiner Bestandtheile bis auf die letzte Zeit großentheils unbekannt, oder wenigstens in seinen politischen Folgen unbeachtet geblieben. Oestreich galt für einen einheitlichen Staat, mit einem völlig ausgeglichenen Charakter und homogenen Bestrebungen, trotzdem daß sogar die censirten Schulbücher immer nur von östreichischen Staaten und einer östreichischen Staatengeschichte sprachen; höchstens bequemte man sich dazu, der Sonderstellung Ungarns neben den übrigen Erbstaaten zu erwähnen. Daß Oestreich unvertilgbare Keime einer Bundesgenossenschaft in sich trägt, daß die innere Entwicklung seiner Volksstämme nur durch ein reich gegliedertes politisches Leben gefördert werden kann, dieß hatte man völlig vergessen; woher es auch wissen, da unter dem schweren Drucke einer mechanischen Regierungsweise alle geistigen Regungen des Volkes erstarrt waren, der gänzliche Mangel an Freiheit jede Kundgebung einer nationalen Eigenthümligkeit, eines politischen Be-

wußtseins zerstörte oder verfälschte? Oestreich ist seit seinem Bestande bis zum Jahre 1848 nie als Staat, sondern immer nur als Macht aufgetreten, es hat sich als Macht gegenüber den fremden wie seinen eigenen Völkern gezeigt, Alles besessen, was eine politische Macht bildet: ein zahlreiches Heer, eine geordnete Beamtenschaar, ein ausgebildetes fiskalisches System, nichts besessen, was einen organischen Staat ausmacht, weder ein lebendiges Gesammtbewußtsein im Volke noch ein bestimmtes Prinzip in der Regierung, mit einem Worte: das alte Oestreich bestand aus einem Konglomerate äußerlich abgestorbener politischer Körper, welche nur noch ein mechanisches Leben in dem europäischen Gleichgewichtssysteme entfalteten. Dieß sind Thatsachen, welche Niemand abläugnen kann, welcher die Geschichte Oestreichs unbefangen gewürdigt.

Erst am Schlusse des Mittelalters, in einer Zeit, welche alles Ursprüngliche und Natürliche im Volksleben verwischte und die Nationen als bloße Machtmittel für dynastische Zwecke betrachtete, führten glückliche Ehen und reiche Erbschaften die gegenwärtigen Bestandtheile Oestreichs zusammen, nicht ohne daß sich die herrschenden politischen Grundsätze auf das schärfste in der Regierung der Monarchie ausgeprägt hätten. Auf die Unterdrückung des Provinzialgeistes, auf die Abtödtung alles selbstständigen Lebens in den einzelnen Kronländern, auf die Vernichtung aller ständischen Freiheiten wurde das Gesammtreich gebaut, mit dem Blute eines hundertjährigen Kampfes der innere, noch unversöhnte Gegensatz übertüncht. Ludwig XIV. war allen seinen fürstlichen Genossen in der Errichtung einer absoluten Monarchie vorangegangen, und hatte sie durch sein Beispiel gelehrt, zu Gunsten des Staatsschatzes das materielle Wohl der Bürger zu untergraben, das Glück des Staates in der Vergrößerung des Gebietes, in der Vermehrung der Unterthanenzahl zu suchen, allen politischen Entschlüssen dynastische Triebfedern zu unterschieben, alle öffentliche Thätigkeit auf das eifersüchtige Beobachten der Machtentwickelung der Nachbarstaaten zu beschränken. Oestreich, durch die natürliche Spannung, die unter seinen Völkern herrschte und seine Integrität bedrohte, ohnehin dazu gedrängt, schlug wie alle übrigen europäischen Mächte jener Zeit den gleichen Weg des Absolutismus ein und suchte an äußerem Einfluß und künstlicher Ausdehnung zu ersetzen, was ihm an innerer, natürlicher Kraft gebrach. Aber durfte Oestreich auf diesem Wege einen ähnlichen Erfolg wie die französischen Bourbons hoffen, konnte es glauben, der Glanz einer absoluten Monarchie

werde hinreichen, die harte Sprödigkeit der Provinzen zu brechen und eine große östreichische Nation zu schaffen? Der energische Widerstand der Belgier und Ungarn gegen die übrigens gut gemeinten Centralisationsgelüste Josephs des II. bewies, daß die östreichischen Völker in politischen Schlaf eingelullt, zwar ihre ursprüngliche Natur vergessen, aber niemals mit Bewußtsein dieselbe mit einem künstlichen Kleide verwechseln können. Die Doppelstellung der östreichischen Fürsten als deutsche Kaiser und Könige von Ungarn und Böhmen sicherte der alten östreichischen Politik eine ziemlich lange Dauer, der Einfluß des deutschen Kaisers machte sich in den ungarischen Kriegen, die Macht des Königs von Ungarn und Böhmen in den deutschen Angelegenheiten geltend, beide Würden, auch darin übereinstimmend, daß sie keine staatliche Einheit zur Grundlage besaßen, stützten sich gegenseitig und verdeckten dadurch den Widerspruch, der an beiden haftete. So lange überhaupt in der Politik die Grundsätze des europäischen Gleichgewichtes in Wirksamkeit blieben, so lange die Völker Geduld genug besaßen, sich als Zuwage von der einen Wagschale nach Belieben in die andere geworfen zu sehen, drohte dem absolutistischen Oestreich keine ernste Gefahr; keinem Staate bot das Gleichgewichtssystem so große Vortheile, wie Oestreich, das sonst längst seine Stellung als Großmacht schon eingebüßt hätte. Aber eben so lange mußten auch die östreichischen Völker auf einer ganz niedrigen Lebensstufe verharren, mit der Rolle eines stummen Werkzeuges für fremde Zwecke sich begnügen. Es ist bezeichnend, daß vielleicht keinen größeren Staat Theilungsprojekte so häufig bedrohten, daß kein Staat auf den Tausch und Umtausch von Provinzen sich so gut verstand, wie das alte Oestreich. Unaufhörlich wechselte der Umfang und die Gestalt der Monarchie, die Niederlande, Vorderöstreich, die Lombardei und Venedig wurden ihr der Reihe nach einverleibt und entrissen, ohne daß das Regierungssystem und die Verfassung deßhalb eine Aenderung erlitten hätten, weil die Bedingungen der Existenz Oestreichs zumeist in äußeren Beziehungen lagen, und es von seinen Unterthanen nichts weiter verlangte, als ihm stets die Mittel zu liefern, seine Stellung als Großmacht zu wahren. Damit soll nicht etwa behauptet werden, die Vereinigung der verschiedenen Kronen zu einem Reiche entbehrte alles geschichtlichen Sinnes; wir wissen recht wohl, daß die meisten derselben eine innere Nothwendigkeit zusammenführte, eine gemeinsame Bestimmung bei einander hält, nicht weniger innig sind wir aber auch davon überzeugt, daß das Band, welches sie

bis auf die Revolution zusammenfaßte, ein rohes, mechanisches, und nur in sofern von Werthe war, als es die äußeren Hindernisse für die organische Verbindung der östreichischen Völker allmälig aus dem Wege räumte. Wir billigen unbedingt den bekannten Ausspruch, daß der Zerfall, die Zerstückelung Oestreichs ganz Mitteleuropa in ein unentwirrbares Chaos würfe, — weil kein einziges der östreichischen Länder seinen Schwerpunkt in sich selbst trägt, und noch viel weniger einem fremden Staate zugetheilt werden könnte — wir beharren aber eben so fest bei unserer Ansicht, daß die bisherige Form der Vereinigung eine gewaltsame und widernatürliche, unvereinbar mit dem politischen Fortschritte und der moralischen Kultur, unwürdig des Genius der östreichischen Völker gewesen. Die letzten Jahrhunderte bilden eine lange Pause in ihrem Leben, ein leeres Blatt in ihrer Geschichte; mit der Gründung eines absoluten Oestreich wurde ihre organische Entwicklung abgebrochen, mit seinem Sturze muß sie von neuem wieder angeknüpft werden.

Diese Auseinandersetzung der geschichtlichen Verhältnisse Oestreichs war nothwendig, einestheils um das Unhaltbare aller Versuche darzuthun, welche die Reform des Staates aus den unmittelbar gegebenen Zuständen ableiten wollten, anderentheils um die vielen seltsamen und sonst unerklärlichen Erscheinungen der östreichischen Revolution aufzuhellen. Der östreichischen Regierung war es zwar nicht gelungen, das nationale Gefühl bei den einzelnen Volksstämmen zu ertödten, aber doch seinen Einfluß auf das politische Bewußtsein zu unterdrücken, und damit denselben die einzige Brücke zur Freiheit zu sperren. Hätte sie sich mit einer bestimmten Race identifizirt, wie die englischen Dynasten mit den Normannen, so besäße die Welt heutzutage vielleicht eine östreichische Nation; sie hielt es jedoch für die Dauer ihrer Herrschaft für vortheilhafter, keine einzige der ihr unterthänigen Nationen zu einem selbstthätigen Leben zu wecken, ihre Kraft vielmehr auf die kindliche Unwissenheit Aller zu gründen. Das deutsche Element genoß wohl eine große Bevorzugung, aber doch nur in soweit, als die Sicherstellung der äußeren Macht Oestreichs eine gewisse administrative Einheit forderte. Wie wenig Oestreich im Herzen deutsch gesinnt, wie gering sein Recht auf den Namen eines deutschen Staates war, beweist, der letzten Erreignisse gar nicht zu gedenken, nicht nur die östreichische Politik in den verhängnißvollsten Perioden der deutschen Geschichte: im Reformationszeitalter und bei der Gründung des deutschen Bundes, dafür spricht auch die Thatsache, daß die deut-

schesten aller Kriege, welche auf die Entwicklung der Nationallitteratur einen so großen Einfluß genommen, die Kriege Friedrichs des Großen, gegen Oestreich gerichtet waren. Der Mangel an einer organischen Grundlage und einem durchgreifenden Prinzipe, oder damit wir es kurz herausſagen, der fiskalische Charakter der östreichischen Regierung brachte die Gefahr mit sich, daß jede politische Bewegung leicht gegen die Existenz des Staates selbst sich wandte, er hatte aber auch den Vortheil, daß der Gedanke an eine Verfassungsreform im Volke keine feste Wurzel faßte. Wir Oestreicher waren gewöhnt, den Staat mit gleichgiltigem Auge zu betrachten und schon lange vor der Revolution nicht als Oestreicher, sondern als Böhmen, Ungarn, Italiener ꝛc. uns geltend zu machen; wohl mit größerem Rechte, als die Deutschen sich in Hessen, Würtemberger, Badner u. d. gl. spalten. Eben diese Leblosigkeit des Regierungsprinzips brachte es auch mit sich, daß die Opposition beinahe gar nicht für eine besondere Verfassungsänderung, sondern fast ausschließlich für die Einführung der allgemeinen Grundrechte ankämpfte. Der Wunsch nach Preßfreiheit, Assoziationsrecht und gleicher Berechtigung der religiösen Bekenntnisse war in Aller Munde, das Verlangen nach einer bestimmten Verfassung nirgends in einer deutlichen Form ausgesprochen. Woran hätte dasselbe auch angeknüpft werden sollen, da das Volksbewußtsein und das Regierungssystem gänzlich auseinander lagen und jedes einzelne Land dem anderen fremd und kalt gegenüberstand! Die Landtage bildeten das einzige Mittelglied zwischen dem Volke und der Regierung, aber sie hatten mit Ausnahme des ungarischen kein Ansehen bei dem ersteren, keine Achtung bei der letzteren, und was das Wichtigste ist, keine gemeinsame Spitze, welche der Zersplitterung ihrer Forderungen hätte vorbeugen können, sie konnten darum auch nicht das politische Bewußtsein des Volkes aus seiner Dumpfheit reißen, sie vermochten nicht einen Hebel der Reform zu bilden. Das Nationalgefühl hatte seinen politischen Ausdruck noch nicht gefunden, die herrschende politische Anschauung sich nicht über die Verachtung der alten Staatsform erhoben: so war der Zustand der Geister, als die Revolution losbrach. Sie warf in wenigen Stunden das ganze alte Oestreich über den Haufen; aber dasselbe wurde nicht durch den mächtigen Andrang positiver Reformideen umgestürzt — wir sind fest überzeugt, daß, als die Constitution in Wien proklamirt wurde, Niemand weder unter den Regierungsmännern noch unter den Volksführern eine klare Anschauung über ihre nothwendige Form

hatte — es sank morsch und faul geworden aus Lebensschwäche zusammen. Der Absolutismus in Oestreich war auf die schläfrige Trägheit der Unterthanen, auf ihre Willenlosigkeit und sklavische Gutmüthigkeit gebaut, seine Träger und Stützen hatten durchgehends jene kapuanische Schlaffheit angenommen, welche den höheren Kreisen Wiens noch jetzt eigenthümlich ist, sie hatten selbst im Traume nicht die Möglichkeit eines Widerstandes zugestanden, und waren entwaffnet, sobald der erste Riß in dem alten geflickten Gebäude entstand. Was wohldienerisch von Einheimischen und Fremden als väterliche Regierungsweise gepriesen wurde, die energielose, welke Hingesunkenheit, am schärfsten durch die Thatsache bezeichnet, daß selbst das Lob der Regierung als unbequem und lärmmachend verboten war, führte den unerwarteten Sturz der östreichischen Macht herbei.

Nach dem Gesagten kann Niemanden mehr die hervorragende Stellung der Studenten in der östreichischen Revolution, der Widerwille der Armee gegen die neue Staatsordnung, der grelle Widerspruch in der Wiener Bewegung, die seltsamen Verwicklungen und Kämpfe in den einzelnen Provinzen wundern.

Die Wiener Revolution wurde nach keinem Programme gemacht, sie bezeichnete nicht den Sieg einer Partei oder den Triumph eines Staatsmannes, sie bewirkte blos, daß das mechanisch zusammengefügte absolute Oestreich auseinanderriß und seine Theile je nach ihrem verschiedenen Gewichte bunt durch einander rollten. Am Abende nach der Revolution war bereits ihr Ziel in dichte Nebel gehüllt, die Ungewißheit auf den Thron gesetzt. Unter der alten Regierung theilweise verbrauchte Persönlichkeiten übernahmen die Leitung der Geschäfte, durch kein anderes Verdienst dazu berufen, als durch ihre unbedingte Willfährigkeit, auch die widersprechendsten Forderungen gleichzeitig zu unterschreiben. Eine solche Politik, vom äußeren Zufalle alle ihre Impulse empfangend, von der seltsamen Meinung getragen, es bedürfe einer heillosen Verwirrung in allen staatlichen Verhältnissen, um sie für die Freiheit aufzuschließen, mußte natürlich der Jugend wie ein Aufruf erscheinen, sich in die Regierung zu mischen. Noch war der rege Antheil, den dieselbe an den Demonstrationen der Märztage genommen — sie waren beinahe ihr ausschließliches Werk — in der frischen Erinnerung des Volkes, der begeisterte Jubel hatte ihr alle Altersklassen genähert, der vorherrschende Charakter der Volksstimmung, das Sanguinische, den reinsten Ausdruck in der Jugend gefunden; wenn schon dieß

Alles wesentlich dazu beitrug, den Einfluß der Studenten auf die politische Bewegung zu erhöhen, so kam noch die Haltlosigkeit der Regierung dazu, ihn über alle vernünftige Grenzen hinaus zu erweitern. In dem Maße als das Ministerium jede Gelegenheit unbenutzt vorüberstreichen ließ, die Revolution für die praktischen Interessen Oestreichs fruchtbringend zu machen, stieg die Geltung abstrakter politischer Maximen und jenes verflachten allgemeinen Liberalismus, dem jedes empfängliche Gemüth in den Erstlingsjahren politischer Wirksamkeit mehr oder weniger verfällt; je weniger in den Kreisen der Regierung von männlicher Weisheit zu erblicken war, desto mehr hielt sich die jugendliche Phantasie berechtigt, in den Vordergrund zu treten. Während das Ministerium mit der einen Hand nach der deutschen Kaiserkrone griff, bewilligte es mit der andern Ungarn seine politische Selbstständigkeit, Böhmen seinen auf die Föderation hinauslaufenden Landtag; es wollte Preußen den Vorrang in Deutschland streitig machen und mußte die italienische Armee ihrem Schicksale überlassen! Wie hätte da nicht Jedermann glauben sollen, die Männer seien an sich selbst wie an Oestreich irre geworden, und es gehöre eben ungebrochener Jugendmuth dazu, den Staat wieder in eine bestimmte Richtung zu zwingen, zumal als der Entwurf des Preßgesetzes und die todtgeborene Verfassung vom 19. April bewiesen, daß man auch ohne politische Einsicht und ohne genauere Kenntniß der östreichischen Zustände den Staat regieren könne. Es ist bereits trivial geworden, über die Studentenherrschaft in Oestreich während der Revolutionsperiode zu schimpfen, nur Wenige wollen aber begreifen, daß bei der Kopflosigkeit der damaligen Regierung, bei der Verzagtheit oder Beschränktheit der älteren Liberalen Wiens, bei der allgemeinen Unbestimmtheit des politischen Strebens dieselbe eine ganz natürliche Erscheinung war. Das Freiheitsfeuer war noch in voller Gluth begriffen, aber kein reeller Gegenstand vorhanden, dem es sich hätte mittheilen können, was Wunder also, daß es blos einen unbestimmten Schein von sich warf und solche Träger sich auserkor, die mit dem letzteren sich begnügen. Man hat ein Recht zu klagen, aber nur über die lange Dauer der mechanischen Regierungsweise in Oestreich, welche das politische Bewußtsein daselbst so sehr verwirrt und geschwächt. Weder in Ungarn und Italien, noch in Böhmen hat die Jugend einen überwiegenden politischen Einfluß errungen, ja nicht einmal nach demselben begehrt, weil hier lange genährte nationale Bestrebungen den politischen Parteien einen hellen Wir-

kungskreis geschaffen, er wäre auch in Wien rasch verschwunden, hätte nicht ein tief einschneidender Widerspruch hier das Ziel der politischen Bewegung verwischt, und Schwierigkeiten aufgethürmt, über welche nur der leichte Sinn der Jugend hinübersetzen konnte. Die große geschichtliche Stellung, welche Wien, als die Hauptstadt Oestreichs, als das Herz der Monarchie seit Jahrhunderten eingenommen, aufzugeben, jede Erinnerung an den alten einheitlichen Verband zu vernichten, die Landesfarben mit grimmigem Hasse zu verfolgen und sich nur als einen integrirenden Theil des neu zu errichtenden deutschen Bundesstaates zu fühlen, erschien in Wien als die Grundbedingung einer offenen liberalen Politik. Das Gefühl des harten Druckes, mit welchem die absolutistische Regierung alle Volksstämme belastet, war noch zu frisch, als daß nicht dieser Mangel an politischem Gemeinsinn, diese gänzliche Entfremdung von allem was an Oestreich erinnerte — man konnte dieses nur unter der Form des Absolutismus — wenigstens für jene Zeit natürlich gefunden werden sollte, auch wenn man die ausschließliche Berechtigung des Nationalgefühls im politischen Leben mißbilligte. Nur durfte dieß Streben dem gerechten Vorwurfe der Inkonsequenz sich nicht aussetzen. Aber seltsamer Weise verweigerte der Wiener Liberalismus den Provinzen alle Rechte, welche er für sich in Anspruch nahm, er nannte Separationsgelüste, was gleichfalls nur der einfache Ausdruck einer lange unterdrückten Nationalgesinnung war, und wegen seiner Rücksichtslosigkeit gegenüber historisch gegebenen Zuständen am wenigsten von Wien aus verdammt werden konnte, er verlangte von den Provinzen eine Unterstellung unter die Hauptstadt, wie sie vor der Revolution geherrscht, also das Beibehalten des östreichischen Bewußtseins, von welchem es seinestheils nichts mehr wissen wollte, und unterstützte die Centralisationspolitik der Magyaren gegen die Ungarslawen, die mit gleichen Gründen gegen Pesth kämpften, wie die Wiener Liberalen für Frankfurt. Wien wollte die Hauptstadt von Oestreich bleiben, selbst aber deutsch werden, ein Widerspruch, der auf den Fortgang der Revolution den traurigsten Einfluß nehmen sollte. Hielt es den Bestand eines einigen Oestreichs für eine geschichtliche Nothwendigkeit, so mußte es seiner nationalen Gesinnung jene Schranken auferlegen, in welche es die nicht deutschen Nationalitäten gewiesen haben wollte, konnte es aber dem Rufe der Nation nicht widerstehen, nun denn, so forderte die Gerechtigkeit, dieselbe auch bei den anderen Volksstämmen zu achten. Der eine wie der andere Weg war in einer Zeit lei-

denschaftlicher Aufregung mit großen Gefahren verknüpft: die nationale Begeisterung war die Hauptquelle politischer Kraft; sie eindämmen, hieße dieß nicht die Wurzeln der Freiheit zerstören, die Früchte der Revolution vernichten? Andererseits hatte der vielhundertjährige Zusammenhang Oestreichs, so unorganisch auch seine Grundlage gewesen, zahlreiche Verhältnisse geschaffen; wenn sie einmal plötzlich abgebrochen, wer wollte dann noch der Anarchie ein Ziel und Ende setzen? Es wäre aber wenigstens die Bewegung in einer bestimmten Richtung fortgeschritten, es wären keine unnatürlichen Bündnisse, keine blinden Feindschaften möglich gewesen, die Liberalen der verschiedenen Volksstämme hätten sich nicht gegenseitig zu Boden geworfen, und durch ihre Eifersucht dem gemeinsamen Gegner einen leichten Sieg verschafft. Oestreich stünde nicht nach einem Jahre der Unruhe und Sorge wieder auf dem alten, unhaltbaren Flecke. Die östreichischen Völker sollten nicht ohne harte Erfahrungen zu dieser Einsicht gelangen. Vorerst galt es nur, die Reaktion gegen das alte mechanische Regierungsprinzip bis an die äußerste Grenze zu führen. Der Strom der Bewegung riß alle Geister in dieser Richtung fort, die Regierung voran, welche die alte farblose Fahne Oestreichs mit den deutschen nationalen Farben vertauschte, und dadurch allen Völkern das Beispiel gab, sich um ihre Nationalität herum zu schaaren. Es hatte dessen kaum bedurft; noch war das Stammesgefühl nirgends in ihnen völlig erloschen, und zu demselben trat nun bei den meisten die Erinnerung an ihre ehemalige politische Selbstständigkeit hinzu.

Die Lombarden thaten, was sie immer wiederholen werden, sobald sonstige Verlegenheiten der Regierung einen günstigen Erfolg ihres Strebens versprechen, sie trennten sich vollständig von dem Gesammtverbande, welchem sie der Wille der europäischen Großmächte hinzugefügt; die Magyaren, schon längst im Genusse einer freieren Bewegung, als die übrigen Erbländer, und ohne Sympathien für Oestreich machten sich bis auf den bloßen Namen selbstständig; die Deutschen, von der aus lauter Verlegenheit ehrgeizig gewordenen Regierung angespornt, schlossen sich der Bewegung an, welche nachträglich für Deutschland die Früchte seiner Aufopferung in den Freiheitskriegen gewinnen sollte: nur die Slawen, so kräftig sich auch bei ihnen das nationale Bewußtsein regte, wollten an Oestreich festhalten, und so wenig sie auch der Regierung für ihre Behandlungsweise Dank wußten, waren sie doch östreichischer gesinnt, als diese selbst. Beinahe in allen Provinzen Oestreichs zu

Hause, aber überall durch fremde Nationalitäten beengt und von diesen durchschnitten oder, wo dieß nicht der Fall war, wo sie ausschließlich lebten, durch religiöse Differenzen wie im Süden Ungarns oder durch Stammesunterschiede wie in Gallizien von einander getrennt, vermochten sie weder sich politisch abzuschließen, noch an eine außeröstreichische nationale Bewegung sich anzulehnen. Hätten sie irgendwo in Oestreich eine kompakte abgeschlossene Masse gebildet, sie würden dem Beispiele der Magyaren gefolgt sein, wäre im Rücken Oestreichs eine slawische Revolution losgebrochen, hätten sie sich wie die Oestreicher italienischer und deutscher Abstammung auf ein außeröstreichisches slawisches Volk stützen können, sie hätten wahrscheinlich ohne weitere Rücksicht auf Oestreich, blos dem Zuge des Nationalgefühls folgend, die slawische Einheit proklamirt, wie es die Lombarden und Deutschöstreicher mit der italienischen und deutschen Einheit gethan. Aber zwischen Rußland und den westslawischen Stämmen steht die Revolution als Scheidewand; die letzteren sind in ihrer Trennung von Rußland slawischer, als sie es durch die Einverleibung mit der Riesenmacht würden, deren Bestand die freie Entwicklung der slawischen Kultur hindert und die besten Kräfte der Nation im Dienste des starrsten Absolutismus opfert. Den Slawen, mit einziger Ausnahme der Polen, welche die Hoffnung auf die Restauration des alten Königreiches noch nicht aufgegeben, erschien daher die Erhaltung Oestreichs selbst vom nationalen Standpunkte aus als eine gebieterische Nothwendigkeit, sein Zerfall hätte sie von einander isolirt, seine Theilung nach Nationalitäten ihre eigene vernichtet. Wollten sie nicht schon am Abende der Revolution wieder verlieren, was ihnen der Morgen gebracht — die Möglichkeit einer freien nationalen Entwicklung — so mußten sie auf die Fortdauer jenes allgemeinen Bandes, jenes neutralen Mittelpunktes dringen, welcher zwar bis auf diese Tage auf die Volksgeister nur abtödtend gewirkt, aber nun, von der Freiheit belebt, zu ihrer Kräftigung beitragen konnte: darum der Ruf der Cechen nach einem Landtage, welcher ihnen erlaubt hätte, sich innerhalb des östreichischen Verbandes zu konstituiren, darum die Auflehnung der ungarischen Slawen gegen die magyarische Suprematie und ihre Forderung von Wien aus wieder regiert zu werden.

Welch' seltsame Verwicklung! Aus einer und derselben Quelle waren die Bestrebungen der verschiedenen östreichischen Volksstämme entsprungen, sie hatten alle den gleichen Rechtstitel, dasselbe Ziel, einen gemeinsamen Feind und dennoch kaum waren sie in die Wirklichkeit

hinausgetreten, als sie sich auch schon gegen einander kehrten und gegenseitig der ärgsten Uebergriffe anklagten. Welche Verblendung über die nächsten und wichtigsten Interessen! In Wien wurde die slawische Politik in Acht und Bann erklärt, und Slawen waren es, welche von allen Völkern Oestreichs beinahe allein in Wien ihre Hauptstadt noch weiter verehren wollten; Deutsche schwärmten für die Rechte der Magyaren, und wäre es nach dem Sinne der letzteren ergangen, so wäre die größte deutschredende Stadt zum Hauptorte eines unbedeutenden Erzherzogthums erniedrigt worden; Slawen hingen sich an die Regierung, trotzdem daß hundertjährige Erfahrungen ihnen die Unfähigkeit derselben zum Verständnisse slawischer Interessen bewiesen und die Geschichte aller Zeiten ihnen die Wahrheit des Satzes zeigte, daß Regierungsleuten nichts schwerer fällt, als Altes vergessen und Neues erlernen.

Die Regierung litt damals noch zu sehr unter dem Eindrucke der vorangegangenen Revolution, als daß sie die allgemeine Verwirrung für ihren Vortheil ausgebeutet hätte; sie ließ von ihrer Willfährigkeit nicht ab. Vielleicht hätte sie der Freiheit einen größeren Dienst erwiesen, wäre sie minder allerweltsfreundlich gewesen. Die Wahlen zum frankfurter Parlamente wurden angeordnet, der Widerspruch und die Nichtbetheiligung der Cechen an denselben aber geduldet, insgeheim auch gebilligt, eine Papier gebliebene Verfassungsurkunde für Oestreich verfertigt und zugleich seine Theilung durch die Bestätigung der magyarischen Privilegien unterschrieben. Wenn dieß nicht absichtliche Hinterlist war, so war es eine verdammenswerthe Schwäche. Die Männer, welche damals Oestreich lenkten, können sich nicht mit dem Drucke, welchen die öffentliche Meinung Wiens auf ihre Entschlüsse übte, entschuldigen, sie hatten ein Mittel in den Händen, welches, ohne den allgemeinen Interessen des Staates zu schaden, ohne eine unheilvolle Verwirrung in alle Zustände zu bringen, die liberale Meinung befriedigt hätte: die Verschiebung aller bindenden Akte bis auf den Ausspruch der schleunigst einberufenen Volksvertreter. Lag es in ihrer Absicht, Oestreich beisammenzuhalten, so konnten sie nichts über das Schicksal einzelner Theile desselben, nichts über Oestreichs Beziehungen nach Außen hin beschließen, bevor nicht sein Geschick als Ganzes bestimmt war und dieß lag in jenen Tagen, wo noch des Volkes Stimme Etwas galt, einzig und allein dem Reichstage ob. Auch dieser hätte viele Klippen durchschiffen müssen, aber er wäre nicht wenigstens ohne energischen Widerstand gestrandet. Oestreich zu verwirren

war ja noch Zeit genug bis sich die Völker selbst für ohnmächtig erklärt hatten, ihre Zukunft ohne Widerspruch zu regeln. Aber es schien, als hätte die Regierung dem Reichstage blos die harte Aufgabe vorbehalten wollen, in das Leben wieder zu erwecken und zu ordnen, was sie durch ihre übel angewendete Geschäftigkeit gelähmt und verwirrt, als wollte sie ihm erst dann die Konstituirung Oestreichs überlassen, nachdem der ohne Ernst durchgeführte und darum die Tendenzen aller Volksparteien lähmende Anschluß an das frankfurter Parlament und der Bürgerkrieg in Ungarn dieselbe in friedlicher Weise unmöglich gemacht.

Wenn wir hier von den traurigen Folgen der Betheiligung an dem frankfurter Parlamente sprechen, so wollen wir damit keineswegs den Rechten der deutschen Nation zu nahe treten. Sie hatte das unbedingte und unbestrittene Recht, ihrer vielhundertjährigen Zerstückelung endlich eine Grenze zu setzen, ihre politische Einheit zu proklamiren, ihre zukünftige Verfassung selbstständig festzustellen. Wir haben den Glauben an die Souveränität des Volkes nicht erst im März 1848 erlangt und darum auch nicht schon im März 1849 verloren. Ebenso wenig soll damit ein Tadel gegen die deutsche Bevölkerung Oestreichs ausgesprochen werden, daß sie rückhaltslos dem Zuge des Nationalgefühls folgte. Wie für alle Volksstämme Oestreichs, so war auch für den deutschen die Märzrevolution seine nationale Auferstehung und darum seine hastige Annäherung an die ihm durch äußere Gewalt entfremdeten Brüder erklärlich und natürlich. Auch dann könnten wir gegen den beabsichtigten Eintritt in den deutschen Bundesstaat nichts einwenden, wenn man die Frage immer nur auf einzelne Provinzen bezogen hätte: Oestreichs Grenzen sind ebenso wenig als jene eines anderen Staates von Gott unverrückbar bis an das Ende der Welt gesteckt worden, sie haben sich in der Vergangenheit schon vielfach geändert, sie werden auch in der Zukunft sich nicht minder ändern. Wogegen wir uns aussprechen, ist die unklare Forderung des Anschlusses Oestreichs als eines Gesammtstaates an Deutschland, die dadurch hervorgerufene Verwirrung in den Beziehungen beider Länder, die gleichzeitige Einberufung zweier Reichstage, deren Beschlüsse, theilweise für dieselben Gebiete geltend, sich kreuzten, oft widersprachen und so die ganze Kraft der Volksvertretung lähmten. Dieß war noch das geringste Uebel, daß die Nothwendigkeit, Deputirte gleichzeitig für Frankfurt und Wien zu wählen, die liberale Partei schwächte und ihre Kraft zersplitterte, trauriger waren die Folgen,

welche diese unstete, schielende Politik auf die Stellung der liberalen deutschen Abgeordneten im östreichischen Reichstage ausübte. Sie mußten auf jedes Programm verzichten und sich mit einer unfruchtbaren Opposition begnügen, allen Erörterungen, welche die Lebensfragen Oestreichs betrafen, ausweichen, das Werk, um dessen willen sie berufen waren, die Konstituirung Oestreichs, absichtlich, um den Widerspruch ihrer Stellung zu verdecken, in die Länge ziehen, sie mußten, um den Anschluß der Monarchie an Deutschland offen zu lassen, auf die Centralisation Oestreichs, dieß Grab der politischen Freiheit, dringen und mit ihren natürlichen politischen Freunden, den liberalen Abgeordneten der übrigen Volksstämme, brechen. Noch mehr: nachdem einmal die Betheiligung an dem deutschen Parlamente in ihr politisches Glaubensbekenntniß aufgenommen war, mußte die Linke für die Anerkennung der deutschen Grundrechte auch in Oestreich kämpfen; was sollte dann aber das Schicksal jener Grundrechte werden, welche der östreichische Reichstag unter der Mitwirkung der Linken ausgearbeitet, und die in vielen wesentlichen Punkten von den deutschen Grundrechten abwichen? Welche von beiden sollten die Richtschnur der Beamten, welche von beiden das eigentliche Recht der deutschen Bevölkerung Oestreichs bilden, oder war derselben der Genuß beider zugleich vorbehalten, war der Widerspruch dadurch gelöst, daß man vielleicht der einen Hälfte des leitmeritzer Kreises auf die östreichischen, der andern auf die deutschen Grundrechte zu schwören erlaubte? Dieselbe Kollision ergab sich bei der eigentlichen Verfassungsfrage. Selbstständig und unabhängig von einander saßen die beiden Reichstage über Oestreichs Zukunft zu Gerichte; auch wenn die Resultate ihrer Berathungen im Einklange gestanden wären, eine Möglichkeit, welche der Geist der Majorität auf dem wiener Reichstage im voraus zurückwies, mußte schon das Prinzip der beiden Versammlungen die deutschen Liberalen in einen unentwirrbaren Knäuel von Widersprüchen verwickeln. Niemand verfocht hitziger den konstituirenden Charakter des östreichischen Reichstages, als die wiener Liberalen; Niemand bekämpfte heftiger die Vereinbarung der deutschen Verfassung, als eben dieselbe Partei. Aber was konnte ihr an dem konstituirenden deutschen Parlamente gelegen sein, die vom östreichischen Reichstage ihre Verfassung verlangte, und mit welchem Rechte konnte sie wieder diesem den Namen einer konstituirenden Versammlung beilegen, nachdem sie durch die Deputirtenwahl zum frankfurter Parlamente offen ausgesprochen, daß sie die Konstituirung Oestreichs

von dieser Seite erwarte. Hätte die deutsche Bevölkerung Oestreichs in Bezug auf den östreichischen Reichstag gewagt, was die Cechen gegenüber dem frankfurter Parlamente gethan, hätte sie die Vornahme der Wahlen verweigert, so würde sie ein Mittel gefunden haben, die Rechtsgiltigkeit der Beschlüsse desselben zu bestreiten; durch die Betheiligung an denselben band sie sich die Hände und unterwarf sich unbedingt seiner Majorität. Hier konnte nur ein „Entweder — Oder" gelten, nicht aber jene beinahe kindische Habsucht, die gleichzeitig nach den entgegengesetztesten Gegenständen greift und fallen läßt, was sie bereits besitzt, ohne das Andere zu erreichen. Viele mochten glauben, je mehr Versammlungen tagen, desto kräftiger müsse die Freiheit gedeihen, desto höher die Verlegenheit der Regierung steigen: die Folge hat aber bewiesen, daß eben dieser Umstand Niemandem gefährlicher als den östreichischen Völkern, Niemandem nützlicher als den Freunden des Absolutismus geworden. Und hatte etwa Deutschland von diesem unbestimmten, widerspruchsvollen Anschlusse mehr und besseres gewonnen? Es wurde blos das frankfurter Parlament von dem Betreten eines praktischen Weges abgewehrt und Hoffnungen bei ihm und der deutschen Nation rege gemacht, welche die östreichische Regierung und die östreichischen Völker weder befriedigen wollten noch konnten. Ohne Furcht, einen Widerspruch zu erfahren, können wir behaupten, daß die sogenannte Kaiserfrage keinen so traurigen Ausgang genommen hätte, wenn der supponirte Anschluß Oestreichs die Gemüther nicht schwankend gemacht, daß weder die kleinen Könige und Fürsten gegen den deutschen Bundesstaat sich so beharrlich gesträubt, noch Preußen an seiner gleißnerischen, heimtückischen Politik so lange festgehalten, wenn sie nicht gerade daran eine feste Stütze gefunden, was dem deutschen Volke für die Vollendung seiner Einheit galt. Der Eintritt östreichischer Abgeordneten gab auch der östreichischen Regierung das Recht, sich in die deutsche Verfassungsfrage zu mischen, und die Gelegenheit dazu fand sich um so häufiger, als jene ohne ein klares Bewußtsein ihres Zieles und durch die Zwitterstellung Oestreichs in allen ihren Bestrebungen gelähmt waren; von dieser Seite hatte das Cabinet keinen ernsten Widerstand zu besorgen. Wären die Beziehungen Oestreichs zu Deutschland in der Schwebe gelassen worden, bis der erstere Staat über seine eigene Zukunft Klarheit erlangt, und hätten die Deutschen Oestreichs in Verbindung mit den andern Stämmen zu Hause ihre Kraft konzentrirt, um freisinnige und volksfreundliche Regierungsgrundsätze

zur Geltung zu bringen, Preußen würde den schlauen Plan aufgegeben haben, zuerst mit Hilfe Oestreichs die deutsche Demokratie zu Boden zu werfen und dann Oestreich um die Hegemonie in Deutschland zu überlisten und das einige Deutschland, im entscheidenden Augenblicke von der traurigen Rolle erlöst, den Spielball zweier Großmächte abzugeben, wäre wohl nicht mehr eine bloße leere Stelle auf der Karte. Die östreichische Regierung kann deutsch sein im Sinne des alten Bundestages, sie kann die Polizeigewalt in Deutschland handhaben, um der heimischen Polizei die Verfolgung liberaler Ideen zu erleichtern, sie kann die militärische Organisation Deutschlands fördern, sie kann deutsche Minister gegen die Anmaßungen ungefügiger Stände schützen, sie kann aber niemals deutsch sein im Sinne der Liberalen. Kennt man die Natur einer Regierung so wenig, daß man glauben kann, dieselbe, und sei sie noch so liberal zusammengesetzt, werde freiwillig und aus eigenem Antriebe zur Spaltung und Vernichtung des Staates, dem sie vorsteht, schreiten und ist etwa das Votum des deutschen Parlamentes, welches im Interesse der deutschen Einheit die Theilung Oestreichs aussprach, so leicht zu vergessen? Und wenn es auch vergessen wäre, das größte Hinderniß bleibt noch übrig. Der deutsche Bundesstaat, der Preußen und Oestreich umfaßt, schließt zwei Großmächte in sich. Welches politische Ungethüm! Beide zusammen können nicht bestehen; welche soll, welche kann zurücktreten? Preußen, ein beinahe ausschließlich deutscher Staat, oder Oestreich, das, um Preußen den Vorrang abzulaufen, es an deutsch-nationalem Eifer übertreffen — die größere Hälfte seiner eigenen Bewohner von sich zurückstoßen, um die nationale Freiheit seines bisherigen Nachbars zu wahren, die nationale Freiheit in seinem eigenen Innern unterdrücken mußte? Der östreichischen Regierung, wie jede andere vom Instinkte der Selbsterhaltung geleitet, kann es nicht Ernst um eine freie deutsche Einheit sein; daß es den deutschen Bewohnern Oestreichs größerer Ernst darum sei, sind sie den Beweis noch schuldig geblieben. Sie hätten denselben blos durch die Verweigerung der Wahlen zum östreichischen Reichstage liefern können.

Dieser Zwiespalt des Volksstrebens, die traurige Fügung, daß ein Theil der Bewohner Oestreichs gleichzeitig an dem Wiederaufbau zweier Staaten arbeiten, seine Kraft theilen, gegeneinander wirken lassen mußte, entschied das Schicksal der Märzbewegung; doch nicht allein, noch andere Ursachen, die übrigen nationalen Wirren und die Stellung der östreichischen Armee wirkten mit.

Die Abneigung der letzteren gegen die politische Umwälzung rührt nicht allein von der Eifersucht des stehenden Heeres auf sein ausschließliches Waffenrecht her, welches die neu entstandene lärmende Volksbewaffnung bestritt, von dem Vorwiegen solcher Elemente in demselben, die durch die Revolution Alles zu verlieren und Nichts zu gewinnen hatten, von der ihm gewöhnlichen Geringschätzung gegen das sogenannte Civile, welches nun auf einmal gegen alle hergebrachte Sitte das entscheidende Wort in den politischen Angelegenheiten sprechen wollte, sondern vorzugsweise von dem Widerspruche zwischen seiner Basis und dem neuen nationalen Prinzipe im östreichischen Volksleben. In der Armee allein hatte sich ein gemeinsamer, östreichischer Geist gebildet, hier allein die Entfremdung, die zwischen den einzelnen Provinzen waltete, keinen Raum behauptet. Die östreichische Einheit war nirgend anders zu finden, als in den Reihen des Heeres, der nationale Gegensatz nirgends so sehr vermischt als unter dem in der ganzen Monarchie verbrüderten Offizierscorps. Eine nationale Organisation der Armee hätte sie der Revolution in die Hände geliefert, wie es in der That mit dem ungarischen Armeecorps geschah, wie die Armee beschaffen war, bei ihrer neutralen Grundlage mußte die Revolution an dem Standesgeiste anstoßen. Der Soldat sah den Liberalismus gegen jenes abstrakte östreichische Prinzip ankämpfen, welches die Grundlage seiner Existenz bildete, er hörte Lehren vertheidigen, deren Verwirklichung die Auflösung seines Standes zur Folge gehabt hätte, das nationale Gefühl wurde ihm vorgehalten, das er in der militärischen Disziplin beinahe völlig vergessen: die Revolution konnte den Soldaten nicht fesseln, sie hatte vielmehr den Armeegeist beleidigt. Sie war in Frankreich fähig, den Soldaten zu fesseln, weil sie hier nicht das Abschwören seines alten Namens von ihm verlangte, keine militärischen Traditionen verletzte, in Oestreich mußte sie ihn zum Feinde haben, auch wenn ihm, dem Lieblingskinde der absoluten Monarchie, der Widerwille gegen das Volksregiment weniger natürlich, sein Groll gegen die schmucken Studenten, die ihn bei vielen schönen Augen ausgestochen, weniger stark gewesen wäre. In der Armee stand das alte Oestreich dem neuen gegenüber; unfähig sich zu verstehen, mußten beide ihre Kräfte an einander messen. Sie thaten es in Zeitungen, Pamphleten, Gedichten, und endlich mit den Waffen in der Hand, im Juni in Prag, im Oktober in Wien.

Man hat dem prager Aufstande verschiedene politische Zwecke

untergeschoben; den Beweis dafür herzustellen, würde schwer fallen, namentlich wenn man jene den Führern der nationalen Partei unterschieben will. Derselben mußte vor Allem an dem Zustandekommen des böhmischen Landtages gelegen sein, zu welchem alle Vorbereitungen getroffen, ja selbst die Wahlen bereits eingeleitet waren. Der Landtag wurde aber durch den prager Aufstand nicht gefördert, sondern im Gegentheile nur gehemmt, seine Abhaltung in eine unbestimmte Ferne geschoben. Oder hatte man auf das Gelingen des Aufstandes die Selbstständigkeit der böhmischen Krone gebaut? Die Fabeln, die später von dem „böhmischen Herzogswirthe" u. s. w. ausgestreut wurden, scheinen für diese Ansicht zu sprechen. Aber dann hatte die nationale Partei kein sicheres Mittel dafür in Händen, sie brauchte nur die von der Regierung selbst eingesetzte provisorische Regierung zu stützen, den bereits angebahnten Weg mit kluger List zu verfolgen, um die politische Selbstständigkeit Böhmens in kurzer Frist zu erreichen. Noch ist das Dunkel nicht völlig aufgehellt, welches über der Einsetzung der provisorischen Regierung in Prag schwebt; wahrscheinlich sollte dieselbe das in Wien revolutionären Einflüssen ausgesetzte Ministerium paralysiren und der bedrängten Dynastie wenigstens einen Theil der Monarchie retten helfen. Aber sei dem, wie ihm wolle, wenn die nationale Partei in Böhmen wirklich die Absicht hegte, den alten politischen Verband mit Oestreich aufzulösen, so durfte sie nur das Spiel, das man mit ihr trieb, umkehren, aus dem Scheine Ernst machen, die provisorische Regierung vom Werkzeuge zum Zwecke erhöhen; bei allen Schwierigkeiten, auf welche sie gestoßen wäre, bot dieser Weg doch eine ungleich größere Gewißheit des Gelingens dar, als ein in seinem Ausgange höchst problematischer, in seinen Folgen unberechenbarer Aufstand. Und welches andere Interesse hätte die Führer der cechischen Partei an denselben noch knüpfen können?

Wie überall, so herrschte auch in Prag eine gewaltige Gährung der Geister; die Freiheit war wie ein Christgeschenk ohne einen harten, offenen Kampf uns beschieden, und darum das Blut nicht abgekühlt worden; wie in Wien so war auch hier den jugendlichen Gemüthern kein Fortschritt entschieden, keine Freiheit weitgehend genug, die Spannung zwischen dem Militär und dem Civile wurde außer politischen auch noch durch nationale Gründe unterhalten — war dieß nicht etwa Feuerstoff genug, um einen Aufstand zu entzünden? Was also das Verdammungsurtheil über den prager Aufstand hervorruft, sind nicht seine politischen Tendenzen, er hatte

keine, wenigstens keine klar ausgesprochenen, von irgend einer bedeutenderen Persönlichkeit getragenen Tendenzen: sondern gerade seine gänzliche Zwecklosigkeit. Im Falle des Sieges wäre man nicht um einen Zoll weiter vorgedrungen gewesen, als man vor dem Beginne des Kampfes gestanden — die Organisation des Landtages entsprach ja vollkommen den Wünschen der nationalen Partei — im Falle der Niederlage aber verlor man allen Boden, welchen man seit den Märztagen eingenommen. Und in der That, nicht das Mißlingen, sondern überhaupt das Stattfinden des Aufstandes nahm auf die weitere Entwicklung der Revolution den traurigsten Einfluß. Der böhmische Landtag kam nicht zu Stande, die einzige politische Partei Oestreichs, welche eine positive Anschauung der neuen staatlichen Verhältnisse und politischen Formen besaß, brachte ihr Programm nicht zusammen, die letzte Möglichkeit, dem nahen Reichstag wenigstens von einer Seite bestimmte Vorschläge zu unterbreiten, verschwand. Der böhmische Landtag hätte in der Lebensfrage Oestreichs, das Verhältniß der Provinzen zu einander und zur Centralregierung betreffend, eine geordnete Ansicht zur Geltung gebracht, der östreichischen Konstitution in wesentlichen Punkten vorgearbeitet, während jetzt, nachdem nirgends eine gemeinsame Verständigung stattgefunden, mit Mühe nur die Zeit gewonnen wurde, in Wien zur rechten Stunde einzutreffen, die vollkommenste Ungewißheit auf den Bänken der Reichsversammlung herrschte, kostbare Monate dahinschwanden, ehe man sich nur einigermaßen kennen lernte und einander näherte. Um ohne Zeitverlust eine praktische Wirksamkeit zu erreichen, mußte der Reichstag eine Regierung zur Seite haben, welche mit Energie und Kraft auch die Mittel und die Lust verbunden hätte, in der Neuordnung Oestreichs die Initiative zu ergreifen, dem noch schwerfälligen Gange des Reichstages durch Gesetzesvorschläge zu Hilfe zu kommen, dem guten Willen der Abgeordneten ihre Erfahrung zu leihen, mit sicherem Blicke und festem Tritte den Weg zum konstitutionellen Oestreich zu bahnen, kurz eine Regierung, welche in Allem und Jedem den Gegensatz zur bestehenden bildete. Ein Ministerpräsident, hinfällig an Leib und Seele, dem während der ganzen Dauer des Reichstages nur wenige Worte aber noch weniger Gedanken aus dem Munde entschlüpften, ein Minister des Innern, voll guten Willens aber von geringer Thatkraft, ein Minister der Justiz von starkem Wollen aber kurzem Gedächtniß, der, einmal in den Besitz der Gewalt gelangt, die Leiter hinter sich abwarf und so für das untenstehende Volk

verloren ging, ein Finanzminister voll guter Hoffnungen und schlechter Rathschläge, ein Minister der öffentlichen Arbeiten von zweideutigem Rufe, ein Minister des Handels, verständig in seinem Fache, ehrlich in seiner Gesinnung aber ohne größere politische Bedeutung, ein Kriegsminister endlich, ebenso wenig im Stande das Mißtrauen der Demokraten gegen seine Person, wie jenes der Armee gegen den Reichstag zu brechen — diese Männer sollten den Staat durch die Revolution hindurchführen, gemeinsam mit dem Reichstage die Konstituirung Oestreichs begründen! Und dafür hatten sie keine andere Politik angenommen als zu schwanken, wo sie vermitteln, zu warten, wo sie thatkräftig eingreifen sollten. Eine starke Majorität war im Reichstage bereit, die Minister zu unterstützen, und harrte nur der Führer, um als ministerielle, bestimmt gefärbte Partei aufzutreten, aber die Minister zogen bei den wichtigsten Debatten es vor, die Zuschauer abzugeben und dem Zufalle den Ausgang der parlamentarischen Kämpfe zu überlassen; der Reichstag war auf seine eigene Kraft beschränkt.

Wir haben schon öfter die Gelegenheit gehabt, der Schwierigkeiten zu erwähnen, welche einer raschen und erfolgreichen Thätigkeit des Reichstages entgegenstanden; wir müssen leider zu den bereits erwähnten noch viele andere hinzufügen.

Zum ersten Male traten hier die Vertreter der östreichischen Völker zu einem gemeinsamen Werke zusammmen: viele der letzteren hatten einander noch niemals unmittelbar in das Auge geblickt, andere hatte wohl einst vor Zeiten ein inniges Band umschlungen, aber auch diese waren in den letzten Jahrhunderten durch den politischen Druck, der alle natürlichen Lebensregungen lähmte, auseinandergerissen worden. Sie kannten sich nicht, sie mißtrauten sich wohl gegenseitig und beobachteten eifersüchtig jeden Schritt des Nachbarn, und doch drängte die Verständigung. Sie kamen zum Reichstage nur mit dem Bewußtsein dessen, was ihrer Provinz fromme, und verlangten von ihm zuvörderst die Beschäftigung mit ihren besonderen Anliegen; nur selten kamen Wähler und Gewählte dahin, sich über ihre provinziellen Standpunkte zu erheben und dem Reichstage bloß die allgemeinen Interessen zuzuweisen, die Gesichtspunkte kreuzten und widersprachen sich, der Staat wurde von den Provinzen, das Allgemeine von dem Besonderen zurückgedrängt, und doch war Oestreichs Existenz auf dem Spiele. Die Erziehung, welche die Regierung im alten Oestreich geduldet, war weit davon entfernt, politische Bildung und staatsmännische Kenntnisse zu fördern, die

provinzielle Eigenthümlichkeit gestaltete sich beinahe nirgends zu einem politischen Bewußtsein, an Oestreich als einen Gesammtstaat dachten vollends die Wenigsten; so fehlte dem Reichstage beinahe jede Basis: es war bei seinem Zusammentritte weder eine große Summe politisch hervorragender Individualitäten, noch irgend eine scharf ausgeprägte politische Partei vorhanden, welche ein rasches Gelingen der schwierigen Aufgabe hoffen ließ. Hierzu kam noch das geringe Geschick der Wähler. Hatte nur der geringere Theil der Deputirten sich ein politisches Programm entworfen, um wie viel weniger konnte man dieß von der Mehrzahl der Wähler erwarten. Auch wenn sie das persönliche Geschick dazu besessen hätten, so stellte die momentane Verschiebung der Begriffe, die unbeschreibliche Verwirrung der Interessen und Zustände in Oestreich beinahe unübersteigliche Hindernisse entgegen. Nur an wenigen Orten kam es zu einem eigentlichen Wahlkampfe; häufig ließen sich die Wähler ihre Vertreter wie eine Waare verschreiben oder vom äußeren Zufalle und sonstigen Nebenrücksichten empfehlen. In vielen ländlichen Bezirken ließ das den Bewohnern so gewöhnliche Mißtrauen gegen jede höhere Kultur die Wahl auf ihre Standesgenossen fallen, welche zum Reichstage dasselbe Mißtrauen mitbrachten, ohne deshalb aufzuhören, den leichten Spielball vielfacher Intriguen abzugeben. Anderwärts wurde ein angeblicher nationaler Eifer das Schild, hinter welchem sich die politische Unfähigkeit der Kandidaten barg, manchmal war nicht einmal dieß Schild nothwendig, um die letzteren auf den Deputirtensitz zu erheben; bei der großen Unwissenheit vieler Wähler reichte der Umstand, daß sich irgend Jemand um eine Abgeordnetenstelle bewarb, hin, um ihm zu derselben zu verhelfen. Im Ganzen war freilich die liberale Stimmung auf dem Reichstage vorherrschend, selbst solche Männer, welche unter dem alten System sich ganz wohl befunden, hielten es für klug und zeitgemäß, der Revolution gelegentlich eine Verbeugung zu machen: aber auch dieser Mangel an Vertretern gewichtiger konservativer Interessen mußte zum Scheitern des Reichstages beitragen. Wir brauchen wohl nicht zu versichern, daß uns keineswegs ein Anflug serviler Gesinnung die Anwesenheit von Vertretern der großen Aristokratie und der Armee am Reichstage vermissen läßt. Das Paradoxe unserer Behauptung: der Revolution wäre der Sieg in Oestreich leichter geworden, wenn die Wahlen Adelige und Offiziere zahlreicher getroffen, ist bald gelöst. Wer daran zweifelt, daß der hohe Adel und die Armee eine große Macht in Oestreich genießen, möge

im gegenwärtigen Augenblicke um sich schauen, die Beweise davon werden ihm häufiger aufstoßen, als er wünscht. Um jeden Preis mußten die beiden Mächte im Staate (bei der aristokratischen Zusammensetzung der Armee fallen sie eigentlich in eine Macht zusammen) in den Kreis der Bewegung hineingezogen werden; sie außerhalb derselben zu lassen, hieß nichts Anderes als die Verfassung zur Zielscheibe ihrer Angriffe zu machen, die neuen politischen Schöpfungen in ihren Augen zu einem Parteiwerke zu erniedrigen. Ob die ungarische Revolution wohl so große Erfolge errungen, wenn sämmtliche Magnaten sich gegen dieselbe erklärt? Saß einmal ein verhältnißmäßiges Kontigent Adelige im östreichischen Reichstage, so waren sie in allen seinen Entschlüssen mit kompromittirt, und gezwungen, seine Autorität mit derselben Ehrfurcht zu erkennen, wie wir Bürger es gethan; sie durften nicht mehr gegen den Reichstag im Prinzipe auftreten, die parlamentarische Form überhaupt bekämpfen, im Gegentheile mitten in ihrem Widerstande gegen die Beschlüsse der Majorität hätten sie sich unwillkürlich an das kostitutionelle Staatswesen gewöhnt, theilweise Erfolge sie mit demselben ausgesöhnt. Ebenso wäre in den Reihen der Armee die Achtung vor dem Reichstage gestiegen, wenn dieselbe ihre Oberen sich an seiner Thätigkeit betheiligen gesehen. Der Ausschluß des Adels vom Reichstage verleitete jenen, den Beschlüssen des letzteren alle bindende Kraft für die höheren Stände abzusprechen und ihn als ein bloßes Parteiorgan zu betrachten — ein grober Irrthum, aber nichts destoweniger, wie wir gegewärtig sehen, von praktischer Geltung. Unsere Ansichten theilen viele der hervorragendsten Führer der liberalen Partei in Oestreich und mehr als einmal hatten wir Gelegenheit, ihre Klage darüber zu hören, daß die Verhältnisse den Adel von der Deputirtenwahl ausschlossen: sie fühlten, daß sie den gleichen Boden mit dem Feinde theilen müssen, um ihn erfolgreich zu bekämpfen. Welche Mittel hatte der Reichstag, um die Aristokratie seinen Beschlüssen zu unterwerfen? Physische Gewalt? Diese war nicht bei ihm, sondern eben bei der Aristokratie. Maralischen Einfluß? Dann durfte der Adel nicht außerhalb des Reichstages stehen, sondern mußte durch Mitbetheiligung an demselben für seine Autorität gewonnen sein. Möglich, daß die demokratische Fassung der Konstitution durch die Erwählung mehrerer Adeligen zu Deputirten etwas an ihrer Schärfe verloren hätte, einen desto festeren Boden hätten dafür die allgemeinen Elemente des konstitutonellen Lebens gewonnen. Aber diese Theilnahme der Aristokratie an dem Reichstage, so wünschenswerth sie

auch gewesen, lag bereits außer dem Bereiche der Möglichkeit. Der Adel hatte seine Zeit nutzlos vorrüberstreichen lassen und die Gelegenheit versäumt, seine Interessen mit den Interessen des Staates in eine nähere Verbindung zu bringen. Alles war in Oestreich vereinigt, um den Uebergang der Adelskaste zu einer politischen Korporation, ähnlich der englischen Pairie, zu erleichtern, aber der Adel zog mit wenigen Ausnahmen es vor, die Hofschleppe zu tragen und die Landtage zu müssigen Schauszenen herabsinken zu lassen. Er hatte dem Volke nur Haß und Neid, aber nicht Ehrfurcht und Pietät einzuflößen gewußt. Seit Jahren gewöhnt, in dem Adel den Schildträger des Absolutismus zu erblicken, konnte es unmöglich seine Vertreter aus den Reihen derselben wählen; um das Prinzip zu retten, wurde die praktische Klugheit hintangesetzt, und die Aristokratie aus den Wahllisten gestrichen. Eine regere Theilnahme des Adels an dem Reichstage hätte allerdings dem letzteren ein besseres Schicksal verschafft; aber am Ende wird alles Sträuben der höheren Stände den Fortgang der Geschichte doch nicht aufhalten und die östreichischen Völker werden ihre Bestimmung erreichen, trotzdem daß der erste Reichstag blos der „Bürgerpartei" angehörte. Für den Augenblick hätte die Betheiligung der Aristokratie an der politischen Bewegung einen Gewinn gebracht, für die Zukunft im Ganzen und Großen ist sie gleichgiltig; der größte Schaden trifft jene selbst.

Alle diese Schwierigkeiten mußten sich in der Gruppirung und äußeren Erscheinung des Reichstages abprägen: die trübe politische Anschauung in der ungeordneten Stellung der Parteien, die Ungewißheit der Einzelnen in der schwerfälligen und schwankenden Bewegung der Verhandlungen, die große Verworrenheit der öffentlichen Zustände in der gänzlichen Verschiebung aller durch lange parlamentarische Uebung geheiligten Begriffe. Die Linke und Rechte im östreichischen Reichstage durften nicht nach dem gewöhnlichen Sinne dieser Namen unterschieden werden — es war nicht der verschiedene Grad ihres Liberalismus, sondern die verschiedene Ansicht von der Natur des östreichischen Staates und über die der östreichischen Politik ganz eigenthümliche nationale Gleichberechtigung, was sie trennte — und vollends das Centrum bildetete keineswegs wie anderwärts den richtigen Vermittelungspunkt extremer Grundsätze, sondern ein bloßes Beigewicht, das sich mechanisch an die Beschlüsse der einen oder der andern Seite hängte, und war ein seltsames Gemisch der verschiedenartigsten politischen Farbennuancen.

Deutsche und polnische Elemente bildeten den Kern der Linken. Die polnischen Deputirten konnten nicht füglich als eine ausgiebige Verstärkung der letzteren angesehen werden, da sie weder Sympathien noch Interessen an Oestreich fesselten und ihr nationaler Patriotismus ihnen wenn nicht Haß, doch Gleichgiltigkeit gegen den Staat, der Polens Theilung am längsten fortgesetzt, gebot. Es ist nicht zu vermuthen, daß die deutschen Mitglieder der Linken ihre Opposition gegen die Regierung bis zur Negation des Staates treiben wollten, daß sie in den Reichstag eintraten, blos um gegen denselben — das Symbol der östreichischen Einheit — zu protestiren; wenn aber ihre Politik auch eine positive Seite hatte, so hatte der größte Theil der polnischen Deputirten nichts mehr mit ihnen zu schaffen. Den Polen verlieh das Unglück ihres Vaterlandes gewissermaßen das Privilegium, für den Umsturz der übrigen Staaten zu kämpfen, ein Vorrecht, von dem sie bekanntlich einen ausgedehnten Gebrauch machen und welches ihre Freundschaft für jede Partei gefährlich macht, die den Gedanken an eine zukünftige Herrschaft von sich nicht abweist. Was die deutschen Deputirten der Linken betrifft, so genossen sie in Wien allerdings gewichtige Vortheile. Sie konnten sich auf die öffentliche Meinung der Hauptstadt stützen, jedes ihrer Worte wiederhallte in zahlreichen Zeitungen und Versammlungen, jeder ihrer Wünsche wurde von dem Waffengeklirr der Studentenlegion begleitet. Aber nicht geringer war auch die Lähmung ihrer Kraft durch den bereits obenangedeuteten Widerspruch ihres Nationalgefühls mit ihrer politischen Stellung. Alle Sympathien der Straße waren nicht im Stande, die Unbestimmtheit ihres Strebens, den innern Zwiespalt ihrer Meinungen zu bemänteln, und wären auch diese Mängel nicht vorhanden gewesen, so fehlte es doch den Stimmführern des wiener Liberalismus an politischer Bedeutung, um ihrem Einflusse praktische Resultate abzugewinnen. Sie herrschten viele Monate in Wien, sie lenkten längere Zeit die Regierung, ohne irgend eine bedeutendere Schöpfung in das Leben gerufen zu haben. Große Verdienste lassen sich ihnen keineswegs absprechen, sie brachten wie namentlich Fischof in das Chaos der wiener Bewegung wenigstens einige äußere Ordnung, nur in ihrer Thätigkeit am Reichstage darf man dieselben nicht suchen. Goldmark, Füster und Violand merkte man doch den politischen Dilettantismus viel zu deutlich an, als daß sie als Deputirte eine nachhaltige Wirkung hätten hervorbringen können. Wir sind weit entfernt zu glauben, daß nur ein

langjähriges Einathmen des Aktenstaubes zum Verständniß des Staatswesens berechtige, wir sind ungleich mehr zur Annahme des Gegentheils geneigt, und verleihen unbedingt der Stimme des Landwirthes, des Industriellen, des Gelehrten und Schriftstellers in politischen Angelegenheiten die größere Autorität vor jener des Beamten, wie wir dem Publikum ein besseres ästhetisches Urtheil über ein Drama zutrauen, als dem Maschinisten und Theaterkassirer, aber die politische Bildung des Einzelnen darf sich nicht auf das bloße Nachsprechen allgemeiner und in dieser Allgemeinheit nichtssagenden Grundsätze beschränken, sie muß sich zu bestimmten Ideen über die verschiedenen politischen Interessen vertiefen, sie muß reell und praktisch sein. Jene Beschränktheit allein tadeln wir als politischen Dilettantismus und beklagen sie bei den meisten Mitgliedern der Linken. Nur Wenige derselben, wie Brestel, sind über diesen Vorwurf erhaben, nur Löhner und Schuselka haben eine politische Bedeutung. Löhner war durch sein Rednertalent, seine vielseitige Bildung und vor Allem durch seine rastlose Energie zu einer hervorragenden Stellung in der Kammer berufen und hatte auch dieselbe gleich nach den ersten Sitzungen errungen, aber seine nationale Befangenheit, bei ihm ein um so größerer Fehler, als er sich zum Censor derselben bei der Rechten aufgestellt, und die geringe Sparsamkeit im Redefluſſe verdarben die Wirkungen seiner Vorzüge und bewirkten wie bei dem Eremiten auf der Rechten ein vorzeitiges Abnützen seiner Kraft. Löhner's Glanzperiode fällt in die erste Zeit des Reichstags, dagegen Schuselka's größte Wirksamkeit umgekehrt in den Schluß desselben. Klüger als seine übrigen Parteigenossen hatte er sich von dem wiener Straßenlärm entfernt und im Anfange des Reichstages im Hintergrunde gehalten, mit großer Mäßigung stets jeden nationalen Streit vermieden; Schuselka mußte lange warten, ehe er sich im Reichstage bemerkbar machte, dafür ließ er sich die Zukunft offen.

Das Centrum, eine bunt zusammengefügte Klasse der mannigfachsten politischen Individualitäten, kann nicht geschildert werden, außer wenn man jede einzelne Persönlichkeit für sich beschreibt. Neben hin und wieder verstreuten Anhängern der Linken und Rechten saßen die Farblosen und Unentschlossenen, die anfangs noch schüchternen Liebhaber des alten Oestreich, die rechtgläubigen Patrioten, die Pharisäer. Theils gewohnte Devotion, theils kluge Berechnung der Vortheile führten den Ministern manche Redner und viele Stimmen zu, es fanden sich bald Männer von glatter Sprache

und glattem Charakter, welche unvermerkt den Uebergang von Liberalen zu Ministeriellen vollbrachten, Männer, die aus der alten Juristenschule die Verachtung gegen das ungelehrte Volk und den Glauben an die Alleinweisheit der Regierung ererbt und darum ganz willfährig zum Anschluß an die letztere sich zeigten: aber eine eigentliche ministerielle Partei kam dennoch nicht zu Stande, eine Einheit des Centrums wurde dennoch nicht zusammengezimmert. Um Stadion hatte sich wohl der Keim einer konservativen Partei versammelt, Stadions bedeutsames Schweigen bei den meisten Verhandlungen ließ jedoch ahnen, was die Folge bewies, daß diese Partei, einmal zur Herrschaft gelangt, den parlamentarischen Schauplatz verlassen und den bequemeren, den Aberglauben an die Unfehlbarkeit der Regierung auffrischenden Weg der Ordonanzen einschlagen werde. Die provinzielle Beschränktheit, die politische Unzulänglichkeit hatte hier vorzugsweise ihren Sitz aufgeschlagen, die altösterreichischen Provinzen das größte Kontingent zum Centrum geliefert.

Die Rechte, aus den Vertretern der slawischen Völker, voran den cechischen Deputirten, gebildet, errang den meisten Einfluß im Reichstage, lud aber zugleich den heftigsten Haß der Linken und der wiener Journale auf sich. Sie besaß den größten Einfluß, weil sie ein klares Ziel, ein bewußtes Streben, eine feste Organisation und die größte Summe politischer Bildung vor den übrigen Parteien voraus hatte, sie setzte sich dem stärksten Hasse aus, weil sie allein der wiener Demokratie einen nachhaltigen Widerstand entgegensetzen, der Regierung einen sicheren Schutz darbieten konnte. Die Regierung brauchten die Führer der deutschen Bewegung in Wien in jenen Tagen noch nicht zu fürchten, noch waren die Siege der italienischen Armee nicht erfochten und darum weder die Mittel noch auch nur der Plan zum Zurückstauen des revolutionären Stromes vorhanden; die ernstere Gefahr drohte von Seite der Cechen. Der Berufung auf das deutsche Nationalgefühl antworteten sie mit einer ähnlichen Berufung auf das slawische Volk, dem Hinweise auf die Volkssouveränität mit der gleichen Appellation. Darin lag eben die Gefahr, daß ihr Widerstand nicht so leichtweg als Ausfluß reaktionärer Gesinnung bei Seite geschoben werden konnte, daß sie dieselben Prinzipien, dieselben Rechte, wie ihre Gegner, anriefen und so auf den inneren Widerspruch der wiener Bewegung hinwiesen. Denn wenn dieselbe die Anwendung ihrer eigenen Grundsätze bei einem anderen Volksstamme nicht dulden

konnte, so mußten offenbar jene Grundsätze — über deren Richtigkeit auch nicht der geringste Zweifel obwaltete — von den wiener Liberalen schlecht verstanden oder selbstsüchtig ausgelegt worden sein. Ein weiteres Motiv des Hasses wurde auch die Stellung der Rechten zum Ministerium. Auf das Centrum konnte sich dasselbe unmöglich stützen, jenes hätte selbst einer Stütze bedurft, um von seinem Schwanken zurückzukommen, die Rechte dagegen bot alle Garantien eines dauernden und erfolgreichen Beistandes. Allerdings hätte sie gewisse Bedingungen gestellt, aber einmal mit der Regierung verbunden, waren der letzteren die Sympathien eines großen Theiles der östreichischen Völker und die Majorität im Reichstage gesichert. Dieß entscheidende Gewicht der Rechten kannten sowohl die Minister als die Linke und bemühten sich daher, die Einen, ihre Gunst zu gewinnen, die Andere, durch ununterbrochene Angriffe ihren Einfluß zu schmälern, ihre Kraft zu brechen.

Ihrem kompakten Auftreten hatte die Rechte das Ansehen und die Macht, welche sie am Reichstage genoß, zu danken: dieser Vorzug drohte aber zugleich ihr Mangel zu werden. Das feste Zusammenhalten, die geschlossene Politik der Rechten zwang allerdings selbst ihren Feinden Bewunderung ab, doch darf man nicht vergessen, daß dadurch die freie Bewegung der Individuen, die Schärfe der einzelnen Ansichten in ein arges Gedränge gerieth zwischen der politischen Ueberzeugung der einen und der anderen Mitglieder der Rechten, ein weiter Abstand, dessen Kundgebung billig gefordert werden konnte, aus Rücksicht für die korporative Einheit aber oft überdeckt wurde. Es mag sein, daß die Sachlage eine solche Unterordnung der Individualitäten gebot — bis zu einer gewissen Grenze ist dieselbe im parlamentarischen Leben eine unbedingte Nothwendigkeit — daß eine ähnliche Zerfahrenheit, wie sie im Centrum herrschte, den Fortgang der Verhandlungen gelähmt und die Entscheidungen des Reichstages vollends dem Zufalle anheimgegeben hätte, daß die persönliche Freundschaft der hervorragenderen Männer ihren politischen Einklang beförderte; doch kann man auch behaupten, daß das Bedürfniß, die Beschlüsse der verschiedenartigen politischen Ansichten mundgerecht zu machen, dieselben öfter abstumpfte, und daß höchst wahrscheinlich die Rechte einen Bruch erlitten, wenn der Reichstag nicht vorzeitig ein gewaltsames Ende gefunden. Die Rechte vertrat einen ganzen großen Volksstamm, welcher von seinen Vertretern wohl Einigkeit in allen nationalen Fragen forderte, aber unmöglich auch von Allen das gleiche politische Glaubensbekennt-

niß verlangen konnte. Eine Nation ist niemals eine Partei, weil sie unsterblich ist, weil sie sonst untergehen und wieder erstehen, kurz alle die unzähligen Wandlungen erfahren müßte, welche einer Partei auf ihrem Wege begegnen; eine Nation kann die Basis, aber nicht die Form politischer Gliederungen abgeben; auf die Nation als ihren Urgrund lassen sich die letzteren zurückführen, sie können sie aber in einer vernünftigen Gesellschaft nicht auf ihre Fahnen schreiben. Wir wissen zwar, daß man in Oestreich gewohnt ist, von einer cechischen, magyarischen, italienischen Partei zu reden; dieß ist aber nur ein Ueberrest aus jener traurigen Zeit, welcher der Titel eines ruhigen Unterthans als der einzig passende für den Bürger erschien, und dünkt uns eben so albern, als wenn man von einer französischen und englischen Partei in Frankreich und England spricht. Wenn die Cechen, Serben oder welches Volk in Oestreich sonst für ihre nationalen Rechte kämpfen, so treten sie nicht als Partei auf, was den riesigen Unsinn voraussetzen würde, daß es noch andere Cechen und Serben giebt, welche nicht Cechen oder Serben sind; sie sind erst dann eine Partei, wenn sie verschiedene, entgegengesetzte Interessen ihres Volkes, — Gegensätze, wie sie in jedem Organismus und darum auch im Volke vorkommen müssen, mit einseitigem Eifer vertreten. Die Zeit, wo nationale Bestrebungen widersinnig genug, da sie doch das ganze Volk betreffen, als Parteisachen angesehen wurden, war noch zu nahe, als daß nicht die Rechte, durch lange Verfolgungen daran gewöhnt sich wie einen Leib und eine Seele zu betrachten, öfter in diesen glücklicherweise veralteten Standpunkt zurückgefallen wäre. Sie brachte dadurch die Gefahr nahe, daß durch eine allzu straff gespannte Solidarität die Freiheit der einzelnen Deputirten beschränkt, das natürliche Gewicht der verschiedenen Interessen ihres Volkes verschoben und Allen zusammen die schwere Last aufgebürdet wurde, für die Thaten jedes Einzelnen einzustehen, die Fehler jedes Einzelnen zu decken. That sie dieß, so konnte sie dem Vorwurfe einer Coterie nicht entgehen.

Wir haben die Schwierigkeiten, welche der energischen Thätigkeit des Reichstages entgegenstanden, nicht vergrößert, aber auch nicht verkleinert. Es ist wahr, die Einheit des Staates, welche der Reichstag repräsentiren und organisch begründen sollte, war theils von der Regierung selbst schon gestört worden, theils nur durch Waffengewalt aufrecht erhalten; über die Verfassung herrschten bei dem Zusammentritte des Reichstages Dank der durch den Abso-

lutismus geschaffenen Entfremdung der einzelnen Provinzen zumeist nur verworrene Begriffe; dem Reichstage fehlte die Unterstützung der mächtigsten Stände, dagegen mußte derselbe viel bösen Willen und unzureichende Kenntnisse als Ballast mit sich schleppen und durch nationale Eifersucht die gegenseitige Verständniß immer unterbrochen, durch die mangelnde Kenntniß der parlamentarischen Sprache bei sehr vielen Mitgliedern unglaublich erschwert sehen; in die Mitte einer großen, stürmisch bewegten Bevölkerung versetzt, war er unaufhörlich von Außen gedrängt und gestoßen, ohne noch seinen eigenen Schwerpunkt gefunden zu haben; es blieb ihm kaum eine andere Wahl, als die Geduld des Volkes, noch wenig gewöhnt an den schleppenden Gang parlamentarischer Verhandlungen, zu ermüden, oder vorschnell über die verwickeltsten Interessen abzusprechen: — und trotz aller dieser Schwierigkeiten, wie sie kaum jemals einem anderen Parlamente entgegengestanden, wurde es dem Reichstage möglich, nach kurzem Schwanken sich zu einer energischen Thätigkeit aufzuraffen, und binnen wenigen Monaten den Entwurf der Reichsverfassung zu vollenden. Man muß alle die zahllosen, thatsächlichen Hindernisse kennen, auf welche die Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs für Oestreich stieß: die große Unkenntniß der nationalen Verhältnisse, den vorangegangenen langen Stillstand alles politischen Lebens, welcher die Völker über ihre wahren Bedürfnisse in Ungewißheit ließ, die spröden Gegensätze zwischen den einzelnen Provinzen und Volksstämmen, die geringe Vorbereitung der Deputirten auf ihre Aufgabe, man muß wissen, daß beim Zusammentritt des Constitutionsausschusses die meisten Mitglieder desselben über das Ziel ihrer Arbeit im Unklaren waren und bei dem Stillschweigen der Presse über die Verfassungsangelegenheit auch die Richtung der öffentlichen Meinung nicht kannten, um den wahren Maßstab zur Würdigung der Thätigkeit des Reichstages zu finden, mit seiner Achtung und Bewunderung nicht hinter dem Verdienste zurückzubleiben. Es galt nicht etwa die Fabrikation einer gewöhnlichen konstitutionellen Verfassung mit ihren obligaten Attributen, nicht das Zusammenstoppeln einer östreichischen Charte mit Hilfe der Plünderung und Verstümmelung schon vorhandener Konstitutionen; die ganz eigenthümlichen Verhältnisse Oestreichs, die zum erstenmale in der Politik hier proklamirte Gleichberechtigung aller Nationen bedingten ein originelles, selbstständiges Werk — und dieß hat der Reichstag geliefert.

Es währte allerdings einige Zeit, ehe der Reichstag seine

Kraft fand, und auf geradem Wege seinem Ziele zuzusteuern lernte; man kann ihm vorwerfen, daß er die Grundentlastungsfrage zuerst durch einige allgemeine Redensarten erledigen wollte, und dann in ein endloses Detail vergrub, daß er in Wien viele unfruchtbare Debatten führte und Umwegen nicht immer auswich; aber für dieß Alles hat er eine zureichende Entschuldigung. In zahlreichen parlamentarischen Versammlungen läßt sich eine gewisse Weitschweifigkeit kaum vermeiden, sie muß dort um so häufiger herrschen, wo die Neuheit der Sache alle Routine ermangeln läßt, überdieß kreuzten sich die verschiedenen Interessen der Parteien und damit auch die Gesichtspunkte der einzelnen Redner so gewaltig, daß ein gemeinsames Vorwärtsschreiten nur mit großer Mühe bewerkstelligt werden konnte. Der Hauptgrund für das anfängliche unsichere Schwanken des Reichstages liegt aber in einem Umstande, für welchen am wenigsten dem Reichstage die Verantwortung aufgebürdet werden darf. Die Regierung hatte zur Grundlage der Wahlen die allgemeinen, abstrakten Bevölkerungsverhältnisse genommen; diese Basis ist selbst in einheitlichen Staaten wankend, wenn sie nicht durch das allgemeine Stimmrecht gestützt wird; sie ist völlig unbrauchbar in Staaten mit gemischten Nationalitäten. Man denke sich verschiedene religiöse Bekenntnisse eine verschiedene Zahl von Anhängern umfassend in einer Gesellschaft herrschend und um ihre Rechte festzustellen eine Versammlung zusammenberufen, deren Mitglieder aus den einzelnen Bekenntnissen je nach dem Umfange ihrer Gläubigen ausgewählt sind und dann mit einfacher Majorität entscheiden. Wird nicht die ganze Welt mit gerechtem Unwillen über diese unbillige Zusammensetzung sich äußern, die Minderheit von der Anerkennung der Beschlüsse der Mehrheit entbunden, und als das natürliche Resultat dieser Versammlung nicht die Herstellung des Friedens, sondern den Wachsthum des Streites vorhersehen? Denn die freie Ausübung des religiösen Bekenntnisses ist ein ursprüngliches Menschenrecht, das selbstständig und unabhängig von den Beschlüssen irgend einer fremden Majorität dastehen muß und nimmermehr nach äußeren Größenverhältnissen abgewogen werden darf. Wenn hundert, tausend, und wenn eine Million Menschen dekretiren, ich solle weder essen noch trinken, und dieß nur, weil es der Mehrheit unter ihnen so beliebt, ich werde diese Majorität nicht mehr respektiren, als einen Einzelnen, da dieser Beschluß meiner Existenz zu nahe tritt, welche ebenso unangreifbar ist, wie die Existenz jener Million. Eben so wenig als meine physische

Existenz werde ich mein moralisches Sein einem fremden Willen aus dem einzigen Grunde, weil dieser Willen mehrere sind, unterwerfen. Eine Religionsgesellschaft von nur einem Dutzend Mitgliedern hat kein geringeres Recht auf Freiheit und Autonomie als eine andere, die ihre Anhänger nach Tausenden zählt, und sie hat den gleichen Grund, jede Einmischung der fremden Majorität in ihre innere Entwicklung als Uebergriff und Tyrannei anzuklagen, wie diese, wenn es der anders betenden Minorität beifallen wollte, sie zu regeln und zu beherrschen. Das Recht der Majorität hat ebenso gut seine Schranke, wie das Recht des Einzelnen auf seine Selbstbestimmung. In religiösen Angelegenheiten ist dieser Grundsatz endlich nach vielhundertjährigem widersinnigem Blutvergießen anerkannt und Jedermann findet es billig und gerecht, daß in Versammlungen, welche gemeinsame Interessen verschiedener Kirchen zu entscheiden haben, jede derselben gleichmäßig vertreten wird; hat aber die Nationalität nicht die gleiche Natur, das gleiche Wesen und darum die gleichen Rechte wie die Religion? Mag eine noch so große Majorität kommen und mir die Abschwörung meiner Nationalität befehlen, ich werde mich im Bewußtsein meines ewigen Rechtes stets dagegen sträuben, weil ich sie als eine meiner Lebenswurzeln, als einen Theil meiner Existenz anerkenne. Ja dieser Beschluß der fremden Majorität hat, wenn er nicht zugleich von einem Henker begleitet ist, gar keinen Sinn. Ich kann und muß meine politische, meine ökonomische Ansicht zu Gunsten einer Majorität zurückdrängen (denn hier verlangt die Majorität nur eine äußere Folgsamkeit und eine innere Umwandlung), aber auch mit dem besten Willen kann ich ihr zu Liebe meine Nationalität so wenig ändern, als meine religiöse Ansicht, oder meine Gesichtsbildung: diese letzteren sind stärker als mein Wille, sie sind bereits vor meinem Willen gewesen.

Diesem Umstande hat die östreichische Regierung auch nicht die geringste Rechnung getragen und, als sie die Wahlen zum Reichstage ausschrieb, von den Nationalitäten völlig abgesehen, trotzdem daß das nationale Element im politischen Leben Oestreichs die größte Bedeutung hat, und seine einzig vernünftige Grundlage abgiebt. Durch diesen unverzeihlichen Fehler hat es die Lebenskraft des Reichstages untergraben, Mißtrauen in seinem Schooße ausgesäet, die Verständigung unter seinen Mitgliedern erschwert, sie hat dadurch auch die ganze Schuld der steten Reibung zwischen der öffentlichen Meinung Wiens und der Mehrheit des Reichstages auf sich geladen.

In einer großen Versammlung wird stets die Leidenschaft einen weiten Spielraum finden, auf eine Versammlung, die ihren Schwerpunkt nicht in sich selbst trägt, die äußere Umgebung überwiegend einwirken. Die Regierung hat durch die Zusammensetzung des Reichstages Alles gethan, um ihn beiden Einflüssen in die Hände zu führen, und die Stimmführer Wiens gewissermaßen zu der Uebernahme der Censur über den Reichstag aufgefordert. Sie hat wohl auch selbst darunter gelitten, aber nicht, ohne durch ihre Centralisationsgelüste, durch ihre Geringachtung der nationalen Gleichberechtigung der Ueberschätzung Wiens zum Wegweiser gedient zu haben. Wer hat Wien gelehrt, seine Stimme für die ausschließlich berechtigte zu halten, als die alte östreichische Regierung, welche die Provinzen zum politischen Tod verdammte, wer hat die wiener Demokraten gelehrt, von der Volksmasse Wiens ihre Argumente zu nehmen, als das Ministerium, da es die abstrakte Bevölkerungszahl zur Grundlage des Reichstages wählte? Wäre der Reichstag auf die Nationalitäten basirt worden, wären die einzelnen Landtage vor dem Reichstage zusammengetreten, um ihre Forderungen bestimmt festzustellen, wären endlich in dem Reichstag blos die Vertrauensmänner der Landtage erschienen, um über die Verfassung Oestreichs, an welcher sie Alle das gleiche Interesse hatten, zu entscheiden, so hätte es einer ungleich geringeren Anzahl von Deputirten bedurft, um alle Interessen Oestreichs gleichmäßig zu vertreten — er wäre dadurch den Einflüssen politischer Leidenschaften entzogen worden, die politische Anschauung der wiener Liberalen aber, welchen so in der Zusammensetzung des Reichstages ein klares, bestimmtes Prinzip sich entgegengestellt hätte, würde Zeit und Mittel zur genaueren Orientirung gefunden haben. Statt dessen erblickten diese im Reichstage die Grundsätze der Centralisation sanktionirt, das Prinzip einer unbestimmten Vielheit aufrecht erhalten. Ohnehin verleitete sie der Umfang der Hauptstadt, die natürliche Eitelkeit und historische Erinnerungen Wien mit Oestreich zu verwechseln, ohnehin war die öffentliche Meinung Wiens auf die übrigen Nationalitäten Oestreichs übel zu sprechen; nun hörten sie im Reichstage von dem Rechte der einfachen Majoritäten reden, sie sahen nur die nächste gegenwärtige Majorität, die vielen Tausend Bewohner Wiens, und hielten in dieser die wahre Majorität Oestreichs vertreten. Die große Entfernung rückte die wahre Mehrheit weit von ihren Augen weg und ließ sie im Vergleiche mit der sichtbaren wiener Volksmenge unendlich klein, als eine unbe-

deutende separatistische Partei erscheinen: so entstand die Gewohnheit, dem Reichstage die Meinung Wiens als die wahre Meinung der östreichischen Völker vorzustellen, jede Abweichung von jener als Usurpationsgelüste zu verschreien, den wiener Deputirten das Privilegium der Volksvertretung zu verleihen, so begann jener unglückselige Druck Wiens auf die Verhandlungen des Reichstages, jener unfruchtbare Kampf zwischen den beiden Mächten, jenes System der gegenseitigen Anfeindung, des Mißtrauens, das mit der Oktoberrevolution in traurigster Weise endigte.

Es fällt uns nicht bei, Wien das Anrecht auf den Sitz der Centralregierung und des Reichstages streitig zu machen, wir kennen und begreifen die zahllosen Gründe, welche Wien zur ewigen Hauptstadt des östreichischen Staates bestimmen, aber wir verwechseln nicht das Symbol mit dem Wesen, und halten die politische Alleinherrlichkeit Wiens mit dem Sturze des alten Oestreich für erloschen. Die östreichische Revolution wäre ganz verfehlt und bedeutungslos, wenn sie blos den Einzelnen ihre natürlichen Rechte und nicht auch den Provinzen ihre freie und ungehinderte Entwicklung wiedergegeben hätte. Darum ist das Verlangen billig, daß vom Reichstage, der nicht Wiens, sondern Oestreichs Interessen vertreten, keinen Kommunalrath, sondern einen Völkerrath vorstellen sollte, der moralische Druck der Hauptstadt entfernt gehalten werde. Dieß Verlangen läßt sich bereits in Staaten rechtfertigen, deren nationale Einheit mächtige Gegensätze der Interessen gar nicht aufkommen läßt, um wie viel mehr erst in einem Staate, welcher zehn gleichberechtigte Volksstämme in sich faßt? Ließ dennoch die Zusammensetzung des Reichstages einen solchen Druck befürchten, so blieb nichts Anderes übrig, als seine Berührung mit Wien zu vermeiden, oder wollte man Wien seines natürlichen Rechtes, den Reichstag in seinen Mauern zu beherbergen, nicht berauben, so mußte man ihm eine solche Verfassung verleihen, daß er eine einseitige Beherrschung durch die öffentliche Meinung Wiens nicht zu fürchten hatte. Einen anderen Ausweg kennen wir nicht; wir hätten den letzteren vorgezogen, und durch die Berücksichtigung des nationalen Prinzips bei den Reichstagswahlen denselben außerhalb des Bereiches hauptstädtischer Einflüsse gestellt gewünscht: durch die Schuld der Regierung, welche vielleicht hoffte, den wiener Liberalismus in kurzer Frist von seinem Posten eines Vormundes abzulösen, und deren nur schlecht verhehlten Centralisationsgelüsten jedenfalls die Hegemonie Wiens besser zusagte als eine gleichberechtigte Bundesgenossenschaft,

wurde dieser Weg versperrt und so die Energie des Reichstages gelähmt. Bei seiner verfehlten Organisation konnte derselbe auf keine unbeirrte Entwicklung seiner Thätigkeit rechnen, so lange er unter dem Einflusse der stürmischen Fluthen des wiener Liberalismus verharrte, denn eben in Wien machte sich seine mangelhafte Zusammensetzung vorzüglich geltend. Wollte er dem Verlangen der wiener Bevölkerung nachgeben und ihre Interessen in den Vordergrund stellen, ihre Ansichten für seine Beschlüsse maßgebend machen, so entfremdete er sich die Sympathien der Provinzen, welche mit gleichem Rechte die Beschäftigung mit ihren Angelegenheiten als den Hauptzweck des Reichstages ansahen, und ließ der Reichstag es Wien fühlen, daß er die Hauptstadt als neutralen Boden, als den Indifferenzpunkt der nationalen und provinziellen Gegensätze betrachte, so nahm er wieder die wiener Demokratie gegen sich ein, als deren Haupttugend eben nicht die Geduld gepriesen werden kann. Von mancher Seite wurde damals Wien warnend zugerufen, es möge nicht in Paris sein Musterbild aufsuchen; nach den letzten Erfahrungen Frankreichs ist man berechtigt, auch wenn Wien in Wahrheit mit Paris verglichen werden könnte, ein solches Anhäufen alles Lebens auf einem einzigen Punkte, auf Kosten aller übrigen Theile, gemeinschädlich zu finden und als eine Auffrischung des alten Absolutismus zu verdammen.

Die vergleichende Betrachtung dessen, was der Reichstag in Wien und Kremsier leistete, zeigt die Wahrheit unserer Behauptung, daß die Reichsversammlung, so wie sie bestand, und die Anschauung der Dinge, wie sie in Wien herrschte, völlig unverträglich waren, so deutlich, daß wir jeder weiteren Beweisführung überhoben sind. Der Reichstag war nach Kremsier gewissermaßen in Verbannung geschickt worden, er war hier von aller Bildung, allem Leben abgeschnitten, aller Hilfsmittel entblößt, auf sich allein beschränkt, theilweise entmuthigt und hoffnungslos, von der Regierung mit kalter Verachtung behandelt, seine mangelhafte Verfassung hatte sich nicht verbessert; trotzdem vermochte er die halb schon verlorene Aufmerksamkeit der östreichischen Völker wieder zu gewinnen, alle Schwierigkeiten zu überwinden, eine erfolgreiche Thätigkeit zu beginnen, an Kraft nach Innen und Achtung nach Außen zu erstarken. Diese auffallende Besserung in den Verhältnissen des Reichstages kann offenbar nur dem Umstande zugeschrieben werden, daß nun nicht mehr der Druck der öffentlichen Meinung in Wien die nationalen Grundlagen desselben entfärbte, die Interessen nach ihrem

natürlichen Gewichte sich gruppirten, die Eifersucht auf die fremden Nationalitäten sich in eine freiwillige Anerkennung verwandelte und so dem unbeirrten politischen Wirken Platz machte. Die öffentliche Meinung in Wien wollte dem Reichstage ihre spezifischen nationalen Grundsätze aufdrängen, bewirkte aber dadurch nichts weiter, als daß die anderen Nationalitäten spröder und ausschließender wurden, in Kremsier hörte mit dem Einen auch das Andere auf, das Verständniß öffnete sich, die feindlichen nationalen Heerlager begannen in politische Parteien überzugehen.

Mit Rücksicht auf diese Veränderungen könnten wir uns über die Uebersiedlung des Reichstages von Wien nach einem neutralen Landstädtchen freuen, wenn sie nicht durch einen Vorgang herbeigeführt worden wären, welcher der Uebersiedlung die gewaltsame Auflösung rasch auf dem Fuße nachfolgen ließ: durch die wiener Oktoberrevolution. Noch ist über ihre Motive ein viel zu großes Dunkel verbreitet, als daß wir uns ein bestimmtes, sicheres Urtheil über sie zu fällen zutrauten, überhaupt ist die Geheimgeschichte der östreichischen Revolution noch lange nicht bekannt genug; immerhin lassen aber die unendlich traurigen Folgen, die sie nach sich zog, ihren Ausbruch beklagen. Wir sagen absichtlich ihren Ausbruch, weil sie nach unserer innigsten Ueberzeugung auf einen Erfolg auch nicht die geringste Aussicht hatte. Einer dumpfen, verworrenen Idee entsprungen, von keiner bedeutenden Persönlichkeit getragen, von den Provinzen unverstanden und darum ohne Unterstützung gelassen, hatte sie das gleiche Schicksal mit dem prager Pfingstaufstande. Im Falle des Sieges hätte die Revolution wieder zurücklenken und ihren alten Standpunkt von neuem einnehmen müssen. Sie wäre dazu gezwungen worden durch die natürliche Scheu der wiener Demokratie, das letzte, entscheidende Wort auszusprechen, durch die zurückhaltende Politik des Reichstages, dessen vorgeschrittenste Mitglieder selbst die offene Theilnahme an der Oktoberrevolution nicht wagten, durch stetes Laviren vielmehr aus ihrer peinlichen Lage sich zu retten suchten. Die Haltung des Reichstages entschied das Schicksal der Revolution; er legte für ihre Führer Einsprache bei der Regierung ein, er suchte von Wien das traurige Schicksal einer Eroberung abzuwenden, aber er kompromittirte sich nicht für dieselbe, er weigerte sich, durch seine Beschlüsse den Aufruhr einer Stadt in eine Staatsumwälzung zu verwandeln. Und es genügte nicht, daß eine Fraktion des Reichstages sich für die Oktoberrevolution erklärte, alle nationalen Parteien mußten für dieselbe einstehen und sie an-

nehmen, wie sie die Märzrevolution angenommen hatten. War dieß wahrscheinlich oder auch nur möglich? Und wenn bei der in Wien herrschenden Stimmung der allgemeine Anschluß der slawischen Stämme, der Anschluß der Majorität der östreichischen Völker an die Oktoberrevolution in das Reich der Hirngespinnste zurückgewiesen werden muß, wie konnte man dann noch auf einen günstigen Erfolg derselben hoffen? Gesetzt das Ziel der Oktoberrevolution, die Einstellung der Truppensendungen an den Banus, der Sturz einzelner Minister, wäre erreicht worden, was wäre weiter geschehen? Der Krieg in Ungarn, damals noch nicht durch die politische Haltung der Regierung seines streng nationalen Charakters entkleidet, hätte sich dennoch weiter fortgeschleppt, das Ministerium, zwischen dem Rufe Wiens und den Provinzen schwankend, wäre wie zuvor unthätig und unsicher geblieben, und der Reichstag? Man wollte ihm keine andere Organisation verleihen, keinen föderativen Charakter schenken, man war damit zufrieden, daß er auf das centralisirte Oestreich gebaut war; also auch der Reichstag sollte seine alte Gestalt beibehalten; behielt er aber diese bei, so konnte die Revolution seiner Thätigkeit keine andere Richtung geben. Kurz die Oktoberrevolution besaß kein positives Prinzip, sie besaß aber auch zugleich keine Kraft, die gänzliche Verneinung des Bestehenden durchzuführen, und mußte so gleich nach den ersten Tagen ihres Ausbruches Alles daransetzen, den Zustand der Dinge, wie er unmittelbar vor der Revolution gewesen, zu erhalten. Ist aber an dieser schlimmen Wendung nicht die Flucht der Rechten vom Reichstage schuld? Es läßt sich nicht läugnen, sie hat der Regierung eine mächtige Waffe gegen die wiener Demokratie in die Hand gegeben, sie hat Böhmen von jeder thätigen Theilnahme an der Bewegung zurückgehalten und dadurch die Zusammenziehung mächtiger Truppenkörper vor Wien erlaubt; aber um gerecht zu sein, muß man auch wieder bedenken, daß die Oktoberrevolution einen ausschließend deutschen Charakter angenommen, daß ihr nächster Anlaß der ungarische Krieg gegen Slawen gerichtet gewesen. Konnte man von der Rechten verlangen, daß sie gegen sich selbst ankämpfe und minder konsequent auftrete, als die wiener Liberalen, die ja auch gegen den Pfingstaufstand Partei genommen, daß sie sich an der Revolution betheilige, aus keinem andern Grunde, als weil es eine Revolution ist; hätte nicht endlich ihre Anwesenheit in Wien die Oktoberrevolution vollends zu einer Unbegreiflichkeit gemacht? Was ihr noch Bedeutung verlieh, war ihr deutscher Charakter, ihre

antislawische Wendung; wenn sie auch dieß verlor, so war sie gar nur ein Windmühlengefecht. Man täusche sich darum nicht über die wahre Schuld ihrer Niederlage: sie lag nicht in der Flucht der Cechen, sondern in dem schlechten Verständniß der Beziehungen Wiens zum östreichischen Staate. Wenn in Bern ein Aufstand gegen die Bundesregierung losbräche und auch siegte, würde dadurch die politische Umwälzung für die gesammte Schweiz schon entschieden sein? Auch bei der geringsten Kenntniß der schweizer Verhältnisse wird man mit einem kurzen Nein antworten. Die Schweiz enthält eine Reihe selbstständiger politischer Körper in sich, deren gemeinschaftliches Zusammenwirken allein die Reform oder die Revolution durchführen kann. Aehnlich verhält es sich auch mit Oestreich, seitdem die Märzrevolution den alten centralisirten Staat zertrümmert hat. Im centralisirten Oestreich wiederhallt eine Revolution in Wien allerdings bis an die weitesten Reichsgrenzen, in dem Oestreich aber, wie es im Oktober 1848, wenn auch nur erst in rohen Umrissen, bestand, wo die Provinzen und Volksstämme wieder den Eindrücken ihrer ursprünglichen Natur folgen konnten, zum Gebrauche ihrer selbstständigen Kraft gelangten, bedurfte es gleichfalls einer gemeinsamen harmonischen Kraftentwicklung, um das Regierungssystem oder irgend ein politisches Verhältniß zu ändern. Der wiener Märzrevolution jauchzten die Provinzen enthusiastischen Jubel zu, weil bei dem herrschenden Centralisationssysteme, das nur in Wien Leben, allüberall sonst Tod kannte, eben nur in Wien der harte politische Druck gebrochen werden konnte; nun aber die Provinzen und Nationalitäten in ihre natürlichen Rechte eingesetzt waren, verlangten sie eine ungehemmte Entwicklung ihrer Selbstthätigkeit, und forderten, daß man die Entscheidung ihres Schicksals ihnen selbst überlasse: von nun an konnte keine wiener Bewegung mehr auf ungetheilte Sympathien in den Provinzen rechnen; zu zerstören gab es noch nichts — vom Reichstage erwartete man ja erst die Neuschöpfung Oestreichs — das Aufbauen aber hatte sich jede Nation selbst vorbehalten. Dieß ist der wahre, der wichtigste Grund des Mißlingens der Oktoberrevolution. Sie bildet den Schluß der ersten Periode unserer Revolution, die mit unbeschreiblichem Jubel, mit den rosigsten Hoffnungen begonnen, durch Irrthum und Mißtrauen mit verzweiflungsvoller Trauer geendet hatte; es war unsere Lehrzeit und brachte uns zwar keinen Gewinn, aber große und leider auch theuere Erfahrungen.

Sollte das Schicksal, welches der Oktoberrevolution zugedacht

war, auch auf die große östreichische Völkerbewegung sich erstrecken, die Niederlage der ersteren die Unterdrückung der letzteren nach sich ziehen, sollten beide solidarisch für einander einstehen oder war man einsichtsvoll genug, die beiden Ereignisse, verschieden in ihrem Ursprung und ihrer Berechtigung, auch in den Folgen von einander zu trennen, nicht die Revolution entgelten zu lassen, was der wiener Aufstand etwa verbrochen? Wir fürchteten, die Regierung werde der ersteren Ansicht sich zuwenden, oder vielmehr, da über ihren heimlichen Willen gar kein Zweifel vorwalten konnte, sie werde schon jetzt den günstigen Zeitpunkt gekommen glauben, mit der Revolution offen zu brechen. Entweder waren ihre Plane noch nicht völlig gereift, oder das Gefühl ihrer Macht noch nicht vollkommen erstarkt: sie strafte blutig den Aufruhr, aber sie verschonte noch den Reichstag; sie that noch mehr, der Minister Kraus wurde von der Theilnahme an dem neugebildeten Kabinete nicht ausgeschlossen, trotzdem daß er während der Oktobertage in Wien geblieben und der Revolution gegenüber eine nicht ganz unbedenkliche Stellung eingenommen hatte. Vielleicht hat seine seltene Eigenschaft, an den Finanzzuständen Oestreichs nicht zu verzweifeln, diese politische Sünde vergessen lassen.

Die Rolle des Reichstages, der nach längerer Vertagung auf das energische Drängen der cechischen Deputirten endlich in Kremsier zusammenberufen wurde, zu der mißlungenen Oktoberrevolution konnte den einsichtsvollen Mitgliedern desselben nicht zweifelhaft sein. Sich für dieselbe jetzt kompromittiren, hieß den Reichstag dem Kriegsgerichte überliefern, sich wegen der verschiedenen Ansicht über den Werth derselben in einer Diskussion entzweien, hieß seiner Auflösung entgegenarbeiten. Nur ein einziger Weg blieb übrig: das traurige Ereigniß so viel als nur möglich mit Stillschweigen zu bedecken, jeden Anlaß zu unfruchtbaren Zwistigkeiten zu vermeiden, gegen die Einflüsterungen nationaler Eifersucht sich zu waffnen, die Einheit des Reichstags und damit seinen Einfluß und seine Macht um jeden Preis zu retten. Der Reichstag hat diesen Weg ohne alles Schwanken mit sicherem Schritte betreten und wir stehen nicht an, diese letzte Periode seiner Existenz als seine Glanzperiode zu bezeichnen. Man mag nur in jene Länder gehen, die schon längst an ein parlamentarisches Leben gewöhnt sind und welchen nur ein Unsinniger die Reife zur politischen Selbstthätigkeit absprechen könnte, ob ihre Kammern auch nur die gleiche Disziplin, dieselbe Präzision und Würde in der Haltung der Debatten aufweisen können, wie

der östreichische Reichstag in Kremsier. Im Angesichte der Szenen, deren Schauplatz die französische Nationalversammlung beinahe tagtäglich abgibt, waren unsere Volksvertreter in Kremsier nur zu bewundern, welche den Kampf niemals in das Gebiet des Persönlichen übertrugen, nur höchst selten Anlaß zur Klage über weitschweifige und unnütze Reden gaben, zur Abkürzung der Debatten und schnelleren Verständigung sinnreiche und praktische Mittel erfunden hatten. Vergebens bemühten sich später Stimmen in der Presse, den Reichstag als ein unfähiges und zeitraubendes Institut zu verschreien; das Volk durfte nur auf die letzten Geschäftsberichte, auf Rieger's und Anderer Reden, die weit über Oestreichs Grenzen hinaustönten, hinweisen, um jene Urtheile Lügen zu strafen. Alles neigte sich zum Besten, das allgemeine Vertrauen wuchs, die Hoffnung auf den nahen natürlichen Schluß der Revolution stieg, schon waren die Grundrechte festgestellt, der Konstitutionsentwurf vom Ausschusse beendigt, als die Auflösung des Reichstags wie ein Blitzschlag aus heiterem Himmel erfolgte. Nachdem die Regierung ihm seinem Ziele so weit sich zu nähern erlaubt, hielten wir alle gewaltsamen Anschläge gegen seine Existenz für aufgegeben. Aber diese Plane waren nur geheim gehalten, nicht aufgegeben worden. Vielleicht hatten schon die Siege der italienischen Armee zu einer Zeit, als noch der Reichstag sich auf unerschütterlichem Boden wähnte, dieselben in das Leben gerufen, das Schicksal des bekannten Strasser'schen Antrages, gewiß nicht so zweischneidig, wenn er in minder plumpe Hände gefallen wäre, ihnen neue Wurzeln verliehen, die Thronentsagung Kaiser Ferdinands große äußere Hindernisse hinweggeräumt, die scheinbaren Vortheile des Fürsten Windischgräz über die Magyaren den günstigen Zeitpunkt für ihre Durchführung geliefert. Ohne Kenntniß der Geheimakten der Revolution können wir nichts Sicheres darüber sagen; aber auch wenn wir eine größere Gewißheit über jene Vorgänge besäßen, wir würden dennoch eben so rasch wie jetzt über sie hinwegeilen und den Urtheilsspruch zu fällen getrost der Geschichte überlassen. Man soll uns nicht vorwerfen können, daß wir absichtlich jede Verständigung mit unseren Gegnern vermeiden, für unser Prinzip eine blinde Liebe hegen und hartnäckig uns an dasselbe festklammern, selbst wenn wir ganz gut wissen, daß die Macht der Ereignisse es bereits hinweggeschwemmt und seine Durchführung unmöglich gemacht hat. Wir wollen also nicht lange erst über das Recht der Regierung zur Auflösung des Reichstages, über den Nutzen und die gebieterische

Nothwendigkeit dieser Maßregel streiten, wir wollen uns hier auf keine Erörterung des Prinzips der oktroyirten Verfassung einlassen, wir wollen sogar zugeben, daß die Zuziehung Ungarns zum Reichsverbande die Stellung des Reichstages wie die ganze Sachlage überhaupt verändert hat, und die oktroyirte Verfassung als eine Thatsache annehmen, die wirklich ist und bleibt, auch wenn man noch so heftig gegen sie protestiren würde, deren Wegläugnung demnach keinen Nutzen brächte. Aber auf dieser eingeschränkten Grundlage sei es uns nun erlaubt, den Inhalt der oktroyirten Verfassung zu erörtern und durch den Vergleich mit dem Konstitutionsentwurfe des Reichstages ihren Werth zu bestimmen.

Die Anhänger der Regierung können immerhin von der Unfähigkeit des Reichstages zur Lösung seiner Aufgabe, von seinem geringen legislatorischen Geschicke reden, sie werden doch nicht wegstreiten können, daß ohne seine Vorarbeiten das Werk der Minister niemals das Licht erblickt hätte, daß der Konstitutionsentwurf des Ausschusses auch seinen und nicht den geringsten Theil der Vaterschaft an der oktroyirten Verfassung für sich in Anspruch nehmen kann. Man braucht die letztere nur ganz oberflächlich durchzublättern, um zahlreiche Spuren dieser Verwandtschaft zu finden und das überall mit Sorgfalt befolgte Vorbild des Entwurfes herauszufühlen. Die oktroyirte Verfassung enthält viele Veränderungen und Abkürzungen, aber besitzt keinen neuen, selbstständigen Gedanken zur Grundlage; ihre Schöpfer in ihrem Unwillen gegen den Entwurf beschnitten denselben, aber durchschnitten ihn nicht und lieferten so statt eines neuen originellen Werkes nur eine neue durchgesehene Auflage des Konstitutionsentwurfes gleichsam ad usum delphini. Was soll also jener Vorwurf der Impotenz des Reichstages bedeuten? Wäre er begründet, so müßte er noch ungleich mehr die Schöpfer der oktroyirten Verfassung treffen, die ihr Werk ganz offenkundig auf die Arbeit des impotenten Reichstages gestützt. Es ist im Gegentheil ihr eigenstes Interesse, vom Konstitutionsausschusse lobend zu sprechen, weil dann, wenn auch vielleicht ohne Verdienst, ein Theil des Lobes auf ihre Schöpfung zurückfällt. Wir läugnen keineswegs die mannigfachen Differenzen, die zwischen den beiden Urkunden obwalten, aber wir läugnen die organische Natur jener der oktroyirten Charte, wir sehen sie als bloße Beschränkungen, als Trübungen des ursprünglichen reinen Gedankens an und halten sie nicht durch eine andere und bessere Einsicht in die Bedürfnisse der östreichischen Völker, sondern durch die bloße Furcht vor einem mög-

lichen Uebergreifen der Volksmacht hervorgerufen. Versuchen wir diese Behauptungen zu beweisen.

Das Oestreich eigenthümliche Verfassungsprinzip ist die nationale Gleichberechtigung und die Autonomie der Provinzen. Eine östreichische Konstitution, welche nicht von diesem Prinzipe ausgeht, verliert den Charakter einer Verfassung, sie läßt die Willkür an der Stelle des Gesetzes bestehen, sie stützt nicht die Macht auf das Recht, sie vertheilt nicht die Rechte nach den natürlichen Interessen. Wir sind nicht aus Naturnothwendigkeit Oestreicher, wie der Franzose und Engländer sich unmittelbar als Franzose und Britte fühlen, wir sind es nur aus politischem, berechnetem Interesse und sind es nur soweit dieß letztere reicht. Zunächst und unmittelbar steht uns nur das besondere Stammland und erst durch seine Vermittlung werden wir dem Gesammtstaate zugeführt. Das Stammland für sich reicht nicht aus, unser politisches Leben vollendet zu entwickeln, aber ohne seine Vermittlung übt der Gesammtstaat nur einen harten, äußeren Druck auf uns. Unsere Naturseite ist nicht befriedigt, unsere mächtigsten Triebe und heiligsten Gefühle zurückgedrängt, wir sind nur Puppen und Maschinen, wir gehorchen aber verstehen nicht, wir bewegen uns aber leben nicht. Was ist Freiheit ohne Selbstbestimmung — ein leerer Schall; was ist Selbstbestimmung ohne die ungehemmte Entwicklung der natürlichen Gefühle — ein bloßer Zwang! Dem Italiener, Slawen, Deutschen u. s. w. zumuthen, sich ganz allein als Oestreicher zu fühlen, heißt ihn zu einer Art von Cölibat verdammen und — nur desto heftiger zur Sünde reizen. Der Konstitutionsausschuß war sich ganz wohl bewußt, daß er dem Nationalgefühle in dem provinziellen Bewußtsein nicht weniger Rechnung tragen müsse als der staatlichen Einheit Oestreichs, und daß die Verfassung zu einer Illusion herabsinkt, wenn sie die nationalen Elemente kalt von sich stößt. Er wollte mit der Vergangenheit nicht allzuschroff brechen, der Regierung eine Garantie ihrer unversehrten Macht geben, die Einheit Oestreichs scharf betonen und schuf darum die Volkskammer auf Grundlage der einfachen Bevölkerungsverhältnisse. Aber er fühlte gleichzeitig, daß eine solche Vertretung allein in einem Staate mit mehreren gleichberechtigten Volksstämmen nicht Platz haben könne, daß auch die in der Minorität gebliebene Nationalität einer Schutzwehr bedürfe, um nicht durch die Beschlüsse der Majorität zum politischen Tode verdammt zu werden, und stellt deßhalb der Volkskammer als Gegengewicht die Länderkammer entgegen. In ihr erhalten das

nationale Prinzip und die provinzielle Autonomie ihre Berechtigung. Die Landtage üben das Wahlrecht aus; doch in Ländern mit gemischter Nationalität kann der eine Volksstamm immerhin die Minderheit bilden und so auf dem Landtage möglicher Weise von der Vertretung in der Länderkammer ausgeschlossen sein. Doch diesem ist durch die Bestimmung vorgesehen', daß in Ländern, die aus mehreren (mit Rücksicht auf die Nationalitäten gebildeten) Kreisen bestehen, auch die Kreise je einen Abgeordneten zur Länderkammer senden.

Die oktroyirte Charte konnte nicht füglich von diesem Verfassungsprinzipe abweichen; sie hat dasselbe angenommen, aber zugleich verschoben. Das Unterhaus wird nach Maßgabe der Bevölkerung gebildet — aber der Census ist erhöht; das Oberhaus wird von den Landtagen gewählt, aber nur 2 Mitglieder kann er unbeschränkt aus seiner Mitte heraus wählen, bei den übrigen kann er nur Leute, die 500 Gulden an direkten Steuern entrichten, berücksichtigen. Welche Interessen vertritt also das Oberhaus? Die Autonomie der Provinzen und — die Besitzaristokratie. Lassen sich denn aber diese Interessen zusammenstellen, besitzen sie denn etwa eine verwandte Natur, daß man sie als eine Einheit dem Unterhause entgegensetzen kann? Nach welchem Grundsatze werden sie die Beschlüsse des letzteren regeln, welche Beziehungen diesem gegenüber vertreten? Sind denn die Fünfhundertguldenmänner ein eigener Volksstamm, bewohnen sie eine besondere Provinz, daß sie neben den Abgeordneten der deutschen, cechischen, illyrischen Nationalität, des böhmischen, ungarischen Kronlandes zu sitzen kommen? Die Regierung wollte nicht gerade das vom Reichstage aufgestellte Prinzip umstoßen, andererseits hätte sie doch gar zu gern dem Oberhause eine aristokratische Form verliehen; in ihrer Unsicherheit ließ sie es endlich bei einer halben Maßregel bewenden. Die provinzielle Autonomie ist nur nothdürftig gewahrt, und doch das Umsichgreifen der Aristokratie durch den Umstand, daß der Landtag alle Wahlen vornimmt, gehindert. Das Oberhaus hat keine feste Grundlage, es kann niemals energisch auftreten, es bringt der Regierung keinen Nutzen und schadet dem Volke. Ist die Selbstständigkeit der Kronländer im Oberhause nur mangelhaft vertreten, so noch ungleich mehr die nationale Gleichberechtigung. Die oktroyirte Charte hat keineswegs wie der Konstitutionsausschuß den Fall vorgesehen, daß auf vielen Landtagen eine Nationalität gegenüber der anderen die Minderheit bildet. Sie verwehrt es der Majori-

tät nicht, aus ihrer Mitte allein die Abgeordneten zum Oberhause zu schicken und die doch national ganz gleichberechtigte Minorität völlig unberücksichtigt zu lassen. So kann es geschehen, daß die Deutschen in Böhmen, die Slowaken in Ungarn im Oberhause gar nicht vertreten sind, zwei oder drei Volksstämme die Suprematie über alle übrigen erhalten.

Wir kommen zu einer andern Bestimmung. —

Einen Hauptgrund zur Auflösung des Reichstages bot der natürliche Wunsch der Regierung, den verschiedenen Theilen Oestreichs eine uniforme Gestalt zu verleihen, die Verfassung auf das Gesammtreich mit Einschluß Ungarns auszudehnen. Man hätte denken sollen, daß wenigstens in dieser Hinsicht, wo es sich zumeist um den Vortheil der Regierung handelte, die oktroyirte Charte ihre schwankenden und unsichern Grundsätze aufgeben, zu einer klaren und energischen Bestimmtheit sich emporschwingen werde. Aber die Minister, welche sie ausgearbeitet, schienen nicht einmal die Kraft zu besitzen, ihren eignen Willen zu wollen. Es ist wahr, an der Gesetzgebung über die Reichsangelegenheiten nehmen die Abgeordneten aller Kronländer Theil, aber — sofern in Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien, Slawonien, dem Küstenlande und Fiume abweichende Einrichtungen bestehen, bleibt für diesen Theil der Gesetzgebung die Wirksamkeit der Landtage aufrecht erhalten und werden die Abgeordneten dieser Kronländer von den Verhandlungen am Reichstage ausgeschlossen (§ 68.). Welches traurige Schauspiel von ewigem Ab- und Zugehen, Mitstimmen und sich Enthalten wird der Reichstag darbieten, welche unerschöpfliche Quelle zum Streite über Kompetenz und Nichtkompetenz sich eröffnen! wie ist dann auch nur im geringsten ein klarer Gang der Verhandlungen zu hoffen, mit welcher Zuversicht kann man den Resultaten der Abstimmungen entgegensehen, welche Aussicht ist auf die Bildung praktischer Parteien vorhanden? Immer wird sich die Majorität zersetzen, immer die Haltung des Reichstages gegenüber der Regierung einen zweideutigen Charakter annehmen. Heute wird das Ministerium die Majorität besitzen, morgen Dank dem Ein- oder Austritte der ungarischen, kroatischen u. s. w. Abgeordneten in die Minorität geworfen sein, das Vertrauensvotum von gestern in ein Mißtrauensvotum übermorgen sich verwandeln, die Verantwortlichkeit der Minister aber niemals um Auswege sich kümmern müssen. Das Zurücktreten der ungarischen Deputirten wird nicht nur das eine oder das andere Mal stattfinden, bei der fast durchgängigen Ver-

schiedenheit der ungarischen und östreichischen Gesetzgebung wird es zur Regel werden, der allgemeine östreichische Reichstag nur ausnahmsweise als allgemeiner auftreten. Es fehlt uns der Athem, um alle Konflikte aufzuzählen, welche diese Organisation des Reichstages hervorrufen müßte. Gesetzt es werden die Vorschläge der Minister von der Reichsversammlung zu wiederholten Malen verworfen. Müssen nicht die ersteren nach altem konstitutionellem Gebrauche sofort abtreten? Aber jene Vorschläge betreffen Angelegenheiten, in welchen die ungarischen Vertreter nicht mitstimmen. Sofort werden die Minister das Mißtrauensvotum wegläugnen, da nicht die volle Majorität dasselbe beschlossen. Und wenn sie nur jene Gegenstände, welche den Gesammtstaat betreffen, vorsichtig behandeln, so bleiben sie im Amte trotz aller Proteste der Majorität, die nicht dazu kommt, ihre Meinung auszusprechen, und regieren mit der Minorität, ohne daß man ihnen einen offenen Verfassungsbruch vorwerfen kann. Aber was die Regierung auf der einen Seite gewinnt, verliert sie auf der andern. Die „wünschenswerthe Uebereinstimmung der Gesetzgebung in allen Theilen des Reiches" einzuführen, wird der ungarische Landtag sich schwerlich beeilen, Oestreich bleibt mitten in sich gebrochen, in zwei ungleichartige Theile zerlegt; wie vor der Revolution so ist auch jetzt wieder die Thätigkeit der Regierung gelähmt, ein östreichischer Gemeinsinn vernichtet, und es bedarf nur wieder einer allgemeinen Gährung der Geister, um die innere Gleichgiltigkeit der einzelnen Länder gegen einander auch nach Außen hin sichtbar zu machen. Die Einheit Oestreichs ist zerstört, die Freiheit arg gefährdet, und um welchen Preis? Zur Zeit als die Verfassung proklamirt wurde, war noch einige Hoffnung vorhanden, die konservative Partei unter den Magyaren von Kossuth abzuziehen; ihr zu Liebe wurde die Sonderstellung Ungarns wieder wenigstens theilweise bewilligt, und völlig vergessen, daß zu gleicher Zeit eine zahlreiche Armee nach Ungarn geschickt, die östreichischen Finanzen durch unnatürliche Anstrengung für immer zerrüttet wurden, um die Sonderstellung Ungarns aufzuheben. Jene Hoffnung ging nicht in Erfüllung, die konservativen Magyaren sind auf die östreichische Regierung ebenso übel zu sprechen wie Kossuths Anhang — aber das traurige Resultat unzeitiger Gefälligkeit blieb der Verfassung einverleibt.

Zeigt sich darin ein neuer, selbstständiger Gedanke?

Die Landtage nach dem Sinne der Verfassung bilden kein bloßes Steueramt, sondern haben einen wesentlichen Antheil an der

Gesetzgebung. Ihre Berechtigung liegt in dem einfachen Grundsatze, daß Niemand in eine Angelegenheit einsprechen dürfe, der nicht ein natürliches Interesse an derselben hat, in dem erweiterten Prinzipe der Nichtintervention. Angelegenheiten, die nur eine Provinz betreffen, mögen in dieser entschieden werden; sie werden es rascher und besser sein, als wenn man überflüssige Fremde hinzuruft. Es erschien uns niemals Etwas thörichter, als das französische Verfahren, welches die Vertreter von 83 Departements in Bewegung setzt, um über die Angelegenheit eines Winkels des 84sten Departements zu entscheiden, über eine Angelegenheit, die eben nur diesen Winkel angeht und blos an Ort und Stelle verstanden werden kann. Dieß Centralisiren mag dem Absolutismus frommen, der nur einen einzigen Willen in der Gesellschaft anerkennt, es ist aber gewiß nicht in einem Staate am Platze, der nicht die Macht des Souveräns, sondern das Wohl des Volkes zum Ziele hat; am wenigsten ist es in Oestreich möglich, welches aus so vielen selbstständigen Körpern besteht, und nur in mittelbarer Weise durch den gemeinsamen Willen von 10 Nationen besteht. Die Landtage in Oestreich sind um so wichtiger, als ihnen beinahe ausschließlich die Pflege der Nationalität anheimfällt. Man kann dem Reichstage keineswegs die Beschäftigung mit nationalen Interessen zumuthen, man würde nur eine unversiegbare Quelle fruchtloſen Streites öffnen; in sein Bereich gehören nur solche Angelegenheiten, deren Umfang und Ausdehnung alle Eifersucht irgend eines Volksstammes ausschließt; man kann aber auch nicht das nationale Leben zum starren Tode verdammen, man kann nicht fordern, daß die östreichischen Völker die Erlaubniß, ihre Natur nicht verläugnen zu dürfen, mit einem Gotteslohn hinnehmen. Sie haben das Recht, auf die ungehemmte Entwicklung ihrer Nationalität zu dringen, und an den Landtagen ist es, ihnen dieß Recht zu schaffen. Dieß setzt aber einen bestimmten und ausgedehnten Wirkungskreis der Landtage voraus; der Mangel an Bestimmtheit würde stetige Konflikte mit den übrigen Regierungsgewalten hervorrufen, ein beschränkter Raum der Thätigkeit dem Landtage seine Aufgabe unmöglich machen. Wir hoffen und glauben, daß der müssige Sprachenstreit — müssig, weil der billige Sinn schon längst darüber entschieden haben sollte — bald der Förderung reeller Interessen, der Förderung praktischer Kulturzwecke weichen wird, wir wünschen, daß Niemand mehr die eigene Sprache als die alleinseligmachende ansieht, und jener des Nachbars als einer ketzerischen mit Mühe nur die Duldung zuerkennt,

wir erwarten, daß die einzelnen Völker nicht in unfruchtbarer Eifersucht, sondern in der Hervorbringung und Vermehrung der materiellen und geistigen Güter wetteifern werden, mit einem Worte, daß die ökonomischen Interessen in den Vordergrund der politischen Schaubühne zu stehen kommen. Für die Entwicklung einer Nation ist nicht schon dadurch gesorgt, daß man ihr das Athmen nicht verbietet, es gehört noch weiter dazu, daß wan ihre Lebenskraft vermehrt, ihrer Thätigkeit immer neuen und größeren Raum bietet. Und glaubt man, daß dieß in Bezug auf die östreichischen Völker von Wien aus geschehen könnte, wo man weder die Interessen derselben versteht, noch auch oft nur die Lust zeigt, sie kennen zu lernen? Es liegt in dem Vortheile der Centralregierung, das Gewicht der Provinzen zu verringern, ihre materielle Blüthe zu beschränken, und wenn sie auch ihren eigenen Vortheil über dem Rufe des Rechtes vergessen wollte, das schwerfällige Gerüste des Centralisationssystems würde die Kosten des Schutzes so hoch anschwellen lassen, daß darüber aller Nutzen verschwände. In den Naturwissenschaften wird das Abkommen von den schweren und massiven Apparaten, welche, gleichzeitig plump und kostspielig, die Handhabung erschwerten und die Feinheit der Beobachtung störten, als ein großer Fortschritt betrachtet, jene riesigen Instrumente, die einen ganzen Baumstamm in sich bergen, sieht man nur noch in den Rumpelkammern der physikalischen Kabinete und astronomischen Thürme als Raritäten aufbewahrt, und Fremden als Erinnerungszeichen an das Kindesalter der Wissenschaft gezeigt, sie sind aus dem praktischen Gebrauche völlig ausgeschieden und mit solchen Apparaten vertauscht worden, welche, so einfach und bequem als nur möglich, nicht durch ihre Schwere und ihr Gewicht, durch ihr komplizirtes Wesen und unbeholfenes Aussehen, sondern durch ihre leichte Anwendbarkeit, durch die sichere Beobachtung, welche sie gewähren, in Aufnahme kamen. Und was in der Wissenschaft schon längst als veraltet und unbrauchbar zur Seite gelegt wurde, soll in der Politik noch heutzutage als geheiligt und unantastbar, für jeden weiteren Fortschritt unzugänglich gelten? hier soll noch fernerhin die Charlatanerie und der Aberglaube, zu deren Nutzen allein jene verwickelten, unverständlichen, äußerlich pompösen aber innerlich höchst simplen Geräthschaften verwendet wurden, offene Tempel finden? hier soll noch lange die Erzählung von dem schwäbischen Bauer, der so viele Gulden an die Kanzlei zahlen mußte, als er Kreuzer von seinem Gegner erhielt, ein praktisches Exempel heißen? Das

Sinnreiche ist ein Hauptkennzeichen unserer Zeit, sinnreich sein heißt aber nichts Anderes als vereinfachen. Das Einfache ist das Rationelle, das Praktische. Und weil die Organisation der Landtage nach dem Entwurfe des Reichstages bestimmter, deutlicher und einfacher und darum rationeller ist, ziehen wir sie jener der oktroyirten Charte vor, und bedauern, daß die Verfasser der letzteren, wenn sie nun schon einmal an den Konstitutionsentwurf des Reichstages als Vorbild sich hielten, denselben nicht ganz vollständig kopirten. Wir begreifen den Nutzen und die Bedeutung der Landtage, bei dem ausgedehnten Wirkungkreise, welchen ihnen der Verfassungsentwurf verleiht. In der Lage, mit den Landesfonden und Landesgütern frei verfügen, das Landesbudget selbstständig festsetzen zu können, mit der Beförderung der Künste und Wissenschaften beauftragt, an die Spitze der ökonomischen Angelegenheiten gestellt, berufen, die Urproduktion, die Industrie und den innern Verkehr zu heben, Sparkassen, Hypothekenbanken, Leihanstalten zu gründen (§ **114**, II. und III.) — so vermag allerdings der Landtag Unglaubliches für die Entwicklung des Nationallebens und des Volksreichthums zu wirken. Mit der zweideutigen und allgemein gehaltenen Verfassung aber, welche die oktroyirte Charte den Landtagen geschenkt, läßt sich nur schwer eine energische Thätigkeit der letzteren vereinigen. Ob die Vermehrung ihrer Vollmachten in Bezug auf die Vorspannsleistung und die Einquartirung des Heeres ein hinreichender Ersatz für die Beschränkung derselben auf anderen Gebieten, z. B. hinsichtlich des Finanzwesens darbietet, ist schwer zu entscheiden, da ohnehin, was unter den Anordnungen über Landeskultur zu verstehen sei, vielen Mißdeutungen ausgesetzt ist. Hierzu kommt noch daß, die oktroyirte Verfassung Stufen des Wahlrechtes je nach dem Steuerbetrage anerkennt, ohne die Steuerreform abgewartet zu haben. Ist es denn möglich, daß noch irgend Jemand in Europa existirt, der die Ungerechtigkeit und Unbilligkeit des gegenwärtigen Steuersystems in Zweifel zieht; sind aber die Steuern in ihrer bisherigen Vertheilung unhaltbar, wie können sie die Grundlage für das Wahlrecht abgeben? Nur die Zahlung einer direkten Steuer macht wahlberechtigt, warum nicht jene einer indirekten? Ist diese etwa weniger eine Leistung an den Staat, die eine Gegenleistung, weniger eine Pflicht, die ein Recht nach sich zieht? Haltet Ihr die indirekten Steuern für so schlecht, daß sie nicht einmal die allgemeinsten bürgerlichen Rechte dem Entrichter aufschließen, was schafft Ihr sie nicht ab; müßt Ihr

selbst eingestehen, daß sie eine bloße Last sind, wie könnt Ihr sie auch nur eine Minute länger beibehalten? Aber Ihr haltet sie nicht für schlecht, Ihr haltet sie sogar für sehr gut, weil sie einträglich sind, weil sie erlauben, bis in das geheimste Leben des Bürgers den Polizeiblick zu werfen, wie könnt Ihr dann für die direkten Steuern ein Privilegium schaffen, das Privilegium jener, deren Steuerquote vorzugsweise in direkten Zahlungen erhoben wird, verdoppeln, den Fluch jener, die das Unglück haben ihre Leistungen an den Staat indirekt zu entrichten, vervielfachen? Nicht genug daran, daß jene eine billige Schätzung erfahren, nicht nach jenem, was sie brauchen, sondern was sie haben, besteuert werden, sie genießen noch überdieß vorzugsweise das Wahlrecht; nicht genug daran, daß diese unter einem ungerechten Steuerdrucke seufzen — ungerecht, weil er sich nicht nach ihrem Vermögen richtet, weil er das Bedürfniß belastet — sie sind auch noch vom Wahlrechte ausgeschlossen. Ihr könnt Euch nicht damit vertheidigen, daß Ihr sagt: Es ist billig, daß derjenige, der mehr Steuern zahlt, also mehr dem Staate leistet, auch mehr Recht erhält, einen größeren Antheil an der Leitung des Staates nimmt, denn Ihr berechnet die Rechte nicht nach der Größe der Steuersumme. Zahlt der Tagelöhner oder Arbeiter, der eine zahlreiche Familie besitzt, folglich viel verbraucht, der an jedem Bissen Brod, an jedem Trunke Bier den Fiskus mit essen und mit trinken läßt, der zwei vielleicht gar drei Söhne zur Vertheidigung des Staates oder eigentlich der Regierung opfert — die Militärpflicht ist nichts Anderes als eine Steuer und nicht die geringste Steuer — zahlt dieser nicht mehr Steuern, als der Hagestolz ohne Familie, ohne große Konsumtionsfähigkeit, der allerdings einige hundert Gulden an direkten Steuern entrichtet, aber im Vergleiche zum Tagelöhner und zu dem was er besitzt, das Zehnfache zahlen könnte? Muß man nicht beinahe glauben, die Formel, nach welcher die bürgerlichen Rechte abgemessen werden, laute folgendermaßen: Wer bereits in der Steuerzahlung ein Privilegium genießt, erhält obendrein das Privilegium des Wahlrechtes, wer bei der Steuervertheilung schon schlecht wegkommt, wird überdieß noch von anderen polititischen Rechten ausgeschlossen.

Noch weiter aber: Gesetzt in einer Provinz, welche von zwei verschiedenen Volksstämmen bewohnt wird, fällt die Mehrzahl der Höchstbesteuerten auf die nationale Minorität. Dieß ist leicht möglich in einzelnen östreichischen Provinzen, wie in Istrien, dem ruthenischen Theile Polens, der Slowakai sogar wirklich. Wenn

nun diese Minorität in Folge des Wahlcensus die Majorität auf dem Landtage bekommt, wie sieht es dann mit der nationalen Bedeutung des letzteren aus? Und wenn der Landtag nicht den Zweck und das Wesen hat, das nationale Leben zu fördern, welche andere Aufgabe hat er denn? Für uns hat der Landtag nur einen Sinn: Gegenüber dem Reichstage, der die Einheit des Staates vertritt, die Selbstständigkeit der Provinzen und Nationalitäten zu repräsentiren. Dort werden die allgemeinen Reichsinteressen, hier die besonderen Landesinteressen erörtert. Nimmt man ihm diesen Sinn, so hat er keinen mehr und ist ein unnützes und darum gefährliches Institut. In welchem Verhältniß stehen aber zu dieser Bedeutung die einzelnen Censusstufen mit ihrem verschiedenen Wahlrechte? Wir haben nicht gefunden und zweifeln, daß irgend Jemand glücklicher sein werde.

Resumiren wir, so sehen wir, daß die oktroyirte Charte aus dem Verfassungsentwurfe die Volks-, die Länderkammer und die Landtage beibehalten, aber die Volkskammer durch den erhöhten Census zum ausschließlichen Eigenthume einzelner Ständeklassen gemacht, die Bedeutung der Länderkammer und der Landtage aber durch die Einmischung fremdartiger Elemente verwischt hat. Wenn das Kabinet die Repräsentativ-Verfassung für den Bestand der Regierung gefährlich ansieht, so hat es an dem Verfassungsentwurfe zu wenig geändert, zu viel aber, wenn es die Forderungen des Volkes ernstlich befriedigen wollte.

Es würde uns zu weit von unserem Ziele abführen, die übrigen Differenzen zwischen der oktroyirten Charte und dem Verfassungs-Entwurfe des Reichstages ausführlich zu erörtern, doch müssen wir die hauptsächlichsten derselben in Kürze hervorheben, um das Endurtheil über den Werth beider Urkunden mit Gerechtigkeit zu fällen.

Der § 18 der okt. V.: Der Kaiser verkündigt die Gesetze und erläßt die bezüglichen Verordnungen, und der § 19 derselben: Der Kaiser verleiht den Adel, Orden und Auszeichnungen, sind mit den §§ 46 und 53 der Verfassungsurkunde gleichlautend; doch fehlen die Schlußsätze: „Ohne jemals von diesen Gesetzen suspendiren oder Einzelne von deren Befolgung befreien zu können" und (bei dem anderen): „Ohne irgend ein Vorrecht an diese Verleihungen knüpfen zu können." Den Gemeinden ist in § 33 die Handhabung der Ortspolizei aus ihren Grundrechten gestrichen, die Neuwahl von Deputirten ist auf die bloße Annahme eines besoldeten Staats-

amtes beschränkt, die gewichtige Zugabe des Entwurfes aber, welcher (§ 78) die Neuwahl auch für den Fall, wo ein gewählter Beamter in eine höhere Dienstes-kategorie tritt, ausdehnt, einfach übergangen. Die kitzliche Vetofrage, von dem Konstitutionsausschusse in den §§ 87 und 88 mit so viel Bestimmtheit und Schärfe behandelt und glücklich gelöst, finden wir in der oktroyirten Verfassung kaum berührt. Es heißt nur § 66, daß Anträge, welche vom Kaiser nicht sanktionirt worden sind, in derselben Session nicht mehr vorgebracht werden können. Was aber das endliche Schicksal solcher Anträge wird, darüber muß der nächste Reichstag noch streiten. Die Unstatthaftigkeit der Ministerial- und Kabinetsjustiz wird nicht förmlich anerkannt, die Zusammensetzung des obersten Reichsgerichtes, im Entwurfe ganz billig festgestellt, unentschieden gelassen, die Attentate gegen den Reichstag und die Landtage, über welche ihn der Entwurf gleichfalls aburtheilen läßt, mit Stillschweigen übergangen. Der letztere bestimmt, daß das Budget durch die Volkskammer allein votirt werde; die oktroyirte Charte sieht davon völlig ab, eine andere nicht minder wichtige Bestimmung des Entwurfes aber: „die Aufnahme von Staatsanleihen, sowie Uebernahme von Garantien zu Lasten des Staates findet nur auf Grund eines Gesetzes Statt" verändert sie mit seltsamer Naivität in folgenden Passus: Die Staatsschuld ist vom Reiche gewährleistet. In dem Abschnitte über die bewaffnete Macht ist der § 150 des Entwurfes: „die Stärke der Land- und Seemacht und deren Ergänzung wird durch ein Reichsgesetz und zwar immer für die Dauer eines Jahres festgesetzt", völlig unterdrückt, als ob ohne dieses Recht und ohne jenes der Steuerverweigerung eine konstitutionelle Staatsordnung auch nur möglich wäre. Als Ersatz für diese Auslassungen wurden in die oktroyirte Charte mehrere Bestimmungen eingeschoben, deren Mangel in dem Verfassungs-Entwurfe wir kaum zu bedauern haben. Ein besonderes Krönungsstatut wird uns versprochen ohne Rücksicht darauf, daß die Krönungen ein Ueberrest des romantischen Königthums sind, unmöglich also mehr für unser Zeitalter und unsere übrigen Institutionen passen; die Stimmgebungen bei den Wahlen zum Unter- und Oberhause sind nach § 46 ohne Unterschied mündlich und öffentlich, d. h. sie sind allen terroristischen Einflüssen ausgesetzt, sie sind eine traurige Nachahmung der berüchtigten englischen Polls, ein Messer an die Brust aller von der Regierung oder sonstigen Machthabern abhängigen Wähler gesetzt, berufen, den Wahlplatz zur

Schaubühne wilder Kämpfe, die Kammern zum Ausdrucke einer erzwungenen Majorität zu machen; die Militärgrenze behält ihre bisherige militärische Organisation, die Einheit Oestreichs aber empfängt einen neuen Stoß, die Gleichheit aller Reichsbürger eine weit umfassende Ausnahme. Doch überlassen wir es dem raschen Laufe der Ereignisse im Osten, diese letztere Unregelmäßigkeit auszugleichen, fragen wir uns vielmehr, ob die Quellen all dieser Abänderungen in der Einsicht in die Mängel des Verfassungsentwurfes oder doch nur vielleicht in einer schlecht verhehlten Empfindlichkeit, in der bloßen Furcht vor der zunehmenden Macht des Volkes, wenn man den freien Ausdruck seines Willens nicht hindert, entsprungen sind. Der Verfassungsentwurf ist nicht ganz makellos; dieß hätte die Diskussion gezeigt, dieß offenbart die genauere Prüfung der einzelnen Abschnitte. Um nur ein Beispiel anzuführen, so läßt sich gegen die empfohlene Einsetzung verantwortlicher Statthaltereiräthe neben dem ohnehin schon verantwortlichen Statthalter als eine überflüssige Vermehrung des politischen Hausrathes, als eine Verschwendung von künstlichem Räderwerke, die nur zu leicht den Stillstand der ganzen Maschine zur Folge haben könnte, Manches einwenden; aber im Ganzen genommen muß man gestehen, daß der Entwurf, weit entfernt das Autoritätsprinzip zu schwächen, den monarchischen Ueberlieferungen ein ebenso großes Recht angedeihen läßt, wie den unwiderruflichen Forderungen der Zeit, daß er die Interessen des Volkes gewahrt, ohne jenen der Dynastie in einem wesentlichen Punkte nahe zu treten, daß er einen vermittelnden, versöhnenden Ausweg gefunden und somit den natürlichen Schluß der östreichischen Revolution möglich gemacht. Um das Nämliche von der oktroyirten Charte aussagen zu können, müßte sie zum wenigsten eine größere Deutlichkeit, eine schärfere Einheit an sich tragen, nicht durch ihre Unbestimmtheit und Zerflossenheit die Gefahr steter Konflikte in sich bergen. Es ist nicht genug, daß man das berühmte Il faut en finir ausspricht und Andere aussprechen läßt, um eine große Geisterbewegung in Wirklichkeit zu schließen; weiß man ihr nicht auf andere Art den Reiz und den Trieb zur Unruhe zu nehmen, so wird sie weiterschreiten und mag man auch jenes Zauberwort tausendmal wiederholen. Die oktroyirte Verfassung hat Allen Unrecht gethan, ohne irgend Einem Recht zu thun; sie ist jenen Ständen, welche den Reichstag haßten, viel zu weit in ihrer Nachgiebigkeit gegen die Revolution gegangen, jenem Theile der östreichischen Bevölkerung aber, dessen Theilnahme sich um den

Reichstag herum schaarte', wieder zu weit zurückgeblieben, sie hat die Forderungen der Föderalisten von sich gewiesen, ohne jene der Gegenpartei zu befriedigen, die slawische Nationalität nicht gefördert, aber zugleich die Entwicklung der deutschen gehemmt, die alte östreichische Staatsordnung zerrissen, aber der Gründung einer neuen große Hindernisse entgegengeworfen. In den liberalen Kreisen wurde sie mit Mißtrauen aufgenommen: es liegt in der Natur einer oktroyirten Verfassung, daß sie Zweifel gegen ihre unversehrte Dauer und ihre ehrliche Durchführung erregt; die eigenen Anhänger der Regierung aber mußten eingestehen, daß es einer riesigen Anstrengung bedürfen werde, die Schwierigkeiten, die in der Konstitution selbst gelegen waren, zu überwinden, und hofften erst von dem weiteren Wirken der Regierung den wahren Schluß, in ihren Augen die völlige Unterdrückung der Revolution.

Thun wir das Gleiche, halten wir unser Urtheil über den wahren Stand der Dinge in Oestreich bis zu dem Augenblicke zurück, wo wir die Thätigkeit der Regierung nach der Ertheilung der oktroyirten Verfassung unbefangen geprüft haben, suchen wir die rechtsgiltigen Versprechungen der Regierung im Laufe des Jahres 1848 aus dem Gedächtnisse zu drücken, vergessen wir, daß der Reichstag nicht unmittelbar nach den Oktoberereignissen, nicht in jenem Momente, wo er die Volkssouveränität — nicht dekretirte, nur erörterte, sondern zu einer Zeit aufgelöst wurde, wo kein drängender Anlaß auch nur scheinbar dazu vorhanden war, nehmen wir die oktroyirte Verfassung als eine feste Thatsache an, doch unter dem von ihr selbst zugestandenen Vorbehalte, sie durch alle erlaubten Mittel und so bald als nur möglich nach unserem Sinne zu verbessern, gehen wir aber jetzt weiter und fragen wir, was hat das Kabinet, nachdem es durch die oktroyirte Verfassung das Recht, welches es verletzt, die Macht, welche es verrückt glaubte, sich wieder verschafft hat, gethan, um seine Schöpferkraft zu erproben, um den materiellen Wohlstand Oestreichs in das richtige Verhältniß zu dem natürlichen Reichthume des Landes zu setzen, das geistige Leben der Völker zur energischen Thätigkeit zu entfalten, was hat es gethan, um die Rechte der Nationalitäten zu garantiren, ohne die Einheit des Staates zu schmälern, was gethan, um Oestreichs mächtige Stellung in der europäischen Staatenfamilie aufrecht zu erhalten? Als das Kabinet dem Volke und seinen Vertretern das Revolutionswerk aus den Händen nahm, um es selbstständig seinem Ziele entgegenzuführen, da nahm es zugleich die feierliche Verpflichtung auf

sich, mit der Ordnung auch die Freiheit zu schützen, neben einer starken Regierung auch einen mächtigen Staat zu gründen, neben den Interessen der Dynastie auch jene der Volksbildung und des nationalen Reichthumes zu wahren. Die Revolution hatte Oestreich als einen Bettelstaat getroffen, sie hatte vor ihrem Eintritte zahllose Talente wegen Mangel an Spielraum sich unnütz verzehren, kräftige Anlagen wegen Mangel an äußeren Impulsen hinsiechen gesehen, sie fand Oestreich wenig mächtig nach Außen, verachtet und verhaßt nach Innen: dieß Alles zu ändern, die materiellen Schätze Oestreichs, die geistigen Fähigkeiten seiner Völker zu verwenden, zu steigern, war ihr Ziel, ihr Vorsatz; es wurde jetzt das Erbe der Regierung. Fehlten etwa der letzteren die Mittel, ihre Aufgabe durchzuführen? Es hatte kaum in neueren Zeiten ein Ministerium so viele Machtmittel und einen unumschränktern Gebrauch derselben besessen als das östreichische im Augenblicke der Auflösung des Reichstages. Die italienischen Provinzen waren mit Waffengewalt wieder zurückerobert worden und lagen regungslos zu den Füßen des Siegers; in Ungarn war die Armee, wie die Regierung behauptete, im siegreichen Fortschritte begriffen, in den übrigen Ländern der Geist des Widerstandes ohnehin nicht schroff ausgeprägt, das Bewußtsein der Bürger der Sprache der Reform nicht verschlossen. Die Völker waren kampfesmüde, und von ihrer früheren revolutionären Begeisterung weit zurückgekommen; sie waren so leicht zu befriedigen, mit so Wenigem zufrieden zu stellen, sie boten vertrauensvoll selbst die Hand zum Frieden dar, und nahten rückhaltslos der Regierung. Nur wie Kinder wollten sie nicht mehr gegängelt sein, nur nicht wie entlassene Züchtlinge stets mißtrauisch bewacht. War dieß etwa zu viel verlangt? war es zu viel begehrt, daß das Volk *sein Wohl* der Regierung als den ersten Gegenstand ihrer Sorgfalt anwies, und zu letzterer sagte: du bist für mich da, aber nicht ich für dich; war es anmaßend, daß das Volk die Revolution nicht fruchtlos durchgefochten haben wollte, nach vielhundertjährigem geduldigem Schweigen, nachdem diese Geduld den Staat an das Verderben gebracht, nun auch mitzureden Lust bezeigte, das ewige Recht der Männer, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln, für sich in Anspruch nahm? Das Kabinet antwortete leider mit einem Systeme des Mißtrauens, und überlieferte, als ob in der That die Einheit Oestreichs in friedlicher Weise unmöglich zu verwirklichen wäre, als ob die Feinde Oestreichs Recht hätten, das freie und einige Oestreich für eine Illusion, für einen Widerspruch auszuge-

ben, den Staat der Obhut der Waffen; die Eroberung wurde wörtlich genommen, in der eigenen Heimath nur Sieger und Besiegte erblickt. Unstreitig glaubt die Regierung auf die Mehrheit der Bewohner Oestreichs rechnen zu können, und will nicht ihre Macht der überwiegenden Majorität zum Trotze dem Volke aufdrängen — dieß wäre im neunzehnten Jahrhunderte ebenso thöricht als fruchtlos, wozu also den Ausnahmszustand zur thatsächlichen Regel machen, von allen Mitteln, ein Volk zu lenken, nur jenes der Repression gebrauchen und eine Regierungsweise einführen, die sonst nur gegen feindliche Länder angewendet wird, um sie unschädlich zu machen? Und wohin hat dieß System geführt? Mit tiefer Trauer im Herzen gehen wir daran, die Folgen desselben, wie sie in der Gestalt unwiderruflicher Thatsachen an unserem Auge vorübergegangen, zu beschreiben; wir werden uns niemals zu der Ansicht bekennen, daß das Heimischwerden politischer Stürme in der Gesellschaft irgend Jemandem fromme, daß ein Staat zu preisen sei, welcher immer nur durch plötzliche mechanische Stöße in seiner Entwicklung fortgeschoben wird, daß ein Volk sich glücklich fühlt, welches immer und immer wieder Herd und Arbeit verlassen muß, um seine Kraft in politischen Wirren abzumühen; wie sollten wir also nicht im Angesichte von Ereignissen trauern, welche fürchten lassen, daß der heftige Wechsel zwischen ertremen Zuständen, zwischen gänzlicher Abspannung und schrankenloser Ausschweifung in unserem Staatsleben noch lange nicht der ruhigen, gesetzmäßigen Entwicklung Platz gemacht hat? Wir begreifen, daß die spröde Selbstsucht, der natürliche Trotz der politischen Machthaber in der Vergangenheit Europa's einen gewaltsamen Durchbruch neuer geschichtlicher Pfade nothwendig bedingten, aber wir bedauern jedes Volk, welches nach dieser einen energischen Umwälzung doch nicht im Stande ist, seine Entwicklung weiterzuführen, ohne in jedem Augenblicke bereit zu sein, den ganzen geordneten Bestand der Dinge zu zerstören, und wenn wir Großbrittanien und Nordamerika um Etwas beneiden, so ist es um den Tausch der Revolution mit der Reform. Wir wissen recht gut, daß häufige politische Umwälzungen die Freiheit gar wenig fördern, daß sie den Staat desorganisiren, unnatürliche Parteien bilden, Abenteurer und Intriguanten schaffen, das Volk verleiten, Nothmittel für gewöhnliche Wege anzusehen, von der Leidenschaft zu borgen, was das unterdrückte Urtheil nicht zu geben vermag; darum können wir nicht Maßregeln Beifall zuklatschen, welche nach unserer Ueberzeugung statt die gäh-

renden Elemente dauernd zu beschwichtigen, die Gefahr des Ausbruches nur näher beschworen haben.

Wenn ein Gefühl im östreichischen Volke heimisch war, so war es die warme Pietät gegen die Dynastie, welche bei ihm gewissermaßen die Stelle des politischen Bewußtseins vertrat. Die volksthümliche Persönlichkeit der Kaiserin Maria Thersia und Josephs II. hatten dieß Gefühl geschaffen, und so sehr gestärkt, daß selbst die verderblichen Finanzmaßregeln Kaiser Franz I., wenn sie auch das Andenken an seine Regierung besonders bei der älteren Generation wenig angenehm machten, nicht im Stande waren, dasselbe zu unterdrücken. Während der Revolution blieb es in seiner vollen Kraft und die Ovationen, welche Kaiser Ferdinand vor und nach seiner Abdankung in den verschiedensten Theilen der Monarchie erhielt, sind ein um so sichrerer Beweis für die Aufrichtigkeit der Pietät, als sie bekanntlich ohne alle Aufforderung, ohne höheren Befehl stattfanden. Kann man jetzt, nach der Revolution, dasselbe vom östreichischen Volke sagen, kann man behaupten, die naive Anhänglichkeit bestehe in gleicher Stärke, ebenso allgemein wie zuvor? Nicht wir haben den Mangel an Pietät erfunden, die Regierung selbst hat uns die Belege dafür geliefert, die veröffentlichten Urtheile der verschiedenen Kriegstribunale, diese für die Freunde der Dynastie so besorgliche Thatsache bestätigt. Und woher rührt diese plötzliche Umwälzung in der öffentlichen Stimmung, die man doch wahrlich nicht der Revolution zur Schuld anrechnen kann, da sie zur Zeit der höchsten revolutionären Begeisterung, in jenen Tagen, wo der Gedanke des Volkes sich keine Schranke legte noch zu legen brauchte, am wenigsten bemerkt wurde?

Die Verantwortlichkeit der Minister deckt wohl die Person des Regenten in Kammerdebatten und politischen Diskussionen, sie ist aber nicht im Stande, im Herzen des Volkes den Monarchen von der Politik seiner Rathgeber vollständig zu scheiden, nur auf diese letzteren allein das volle Gewicht des Urtheils fallen zu lassen, welches jene Politik hervorruft. Unser Volk ist nicht spitzfindig genug, um Thiers' Lehre vom Fürsten, der herrscht und nicht regiert, zu verstehen, und sieht auch nicht jene eigenthümliche Organisation des englischen Staatswesens vor sich, welche dort dem Fürsten erlaubt, die Unfehlbarkeit als Prädikat sich anzueignen. Immer wird es an einen gewissen persönlichen Einfluß des Regenten glauben, sei es auch nur, indem es von der Wahl der Minister auf seine Gesinnungen schließt. Gibt es denn also kein Mittel, wenn

schon einmal die Persönlichkeit des Fürsten nicht völlig von der Politik des Kabinets in den Augen des Volkes ausgeschieden werden kann, wenigstens die gehässige Seite der Verantwortlichkeit von ihm fern zu halten? O doch, die historische Ueberlieferung und die Verfassung haben die Krone mit einem kostbaren Rechte ausgestattet, welches allein in die Wagschale geworfen zu werden braucht, um den Volksglauben von dem stets nur wohlthätigen Einflusse des Fürsten auf die Regierung lebendig zu erhalten — mit dem Rechte der Begnadigung. Man glaubt nicht, welche tiefe Wirkung der rechtzeitige Gebrauch des Begnadigungsrechtes auf das Gemüth des Volkes ausübt, wie er versöhnt, alle erlittene Unbill vergessen macht, das Vertrauen stärkt, die Dankbarkeit weckt. Das eine, winzige Wort — Amnestie — von der Regierung ausgesprochen, hätte hingereicht, um der Volksstimmung eine ganz andere Wendung zu geben, das dumpfe Murren in ein lautes Jubeln zu verwandeln, die harte Arbeit der Kriegsgerichte, die beinahe tagtäglich Leute aus dem Volke wegen verletzender Aeußerungen gegen die Person des Regenten verurtheilen müssen, rasch zu schließen. Wenn die Minister eine heilige Pflicht gegenüber der Krone auszuüben hatten, so war es die der dringenden Anempfehlung einer allgemeinen Amnestie. Sie wurde so sehnsüchtig erwartet; der feierlichen Augenblicke, wo jede Regierung es liebt, sich mit dem Ruhme der Großmuth zu schmücken, waren so viele, und auch der Verurtheilten so viele! Die Meisten, junge begabte Männer, hatte nur ein Irrthum, eine übersprudelnde Begeisterung der Schuld in die Arme geführt und bei Allem, hatten sie denn allein gefehlt? Haben denn nicht alle Parteien sich geheimer Sünden anzuklagen, hat etwa der furchtbare Taumel der Ereignisse nicht Allen die Besinnung, die Ueberlegung geraubt, zu übereilten Thaten verleitet, ist es der Mangel an destruktivem Sinne, den wir der Regierung vorzuwerfen haben? Gewiß nicht, sie hat von dem alten Gebäude kaum einen Stein auf dem andern gelassen, Alles umgestürzt und neu geordnet. In vieler Hinsicht hätte der kühnste Demokrat kaum radikaler verfahren können, als die Minister es gethan. Daß nun Viele nicht gleichen Schritt mit diesen gehalten, ihnen vorangeeilt, in der Wahl der Mittel sich vergriffen, den Zweck übersehen, ist dieß ein so entsetzliches Verbrechen, daß es nimmermehr Verzeihung finden kann? Man wende nicht ein, daß die Amnestie nur selten die Betheiligten bessert, daß die Regierung doch nicht ihren Feinden freiwillig die Waffen zum neuen Angriffen in die Hand drücken kann. Es mag

sein, daß die Verzeihung die Schuldigen nicht immer bessert, aber sie verändert ihr Verhältniß zu dem übrigen Volke, sie entwaffnet jene zahlreichen Schaaren, welche wohl dem Märtyrer folgen, aber nicht jenem nachziehen, welchen die Dankbarkeit vom neuen Kampfe zurückhalten sollte. Durch die Amnestie hätte die Regierung von zehn politischen Gegnern neun unschädlich gemacht und auch dem zehnten die Hälfte seines Anhanges entzogen. Es ist nicht gut, in einer Zeit, wo das Bestehende nur mühsam von Minute zu Minute sich erhält, und in jedem Augenblicke gefaßt sein muß, seine Grundlage zu verlieren, wo man am Abende des einen Tages nicht weiß, was der nächste Morgen bringen wird, Niederlagen und Triumphe in furchtbar schnellem Wechsel auf einander folgen, schon wieder finstere Sturmwolken am Horizonte lagern und ein Gewitter herannaht, heftiger und wildtobender als alle die ihm noch vorangegangen, dem Volke das Beispiel der Verzeihung vorzuenthalten. Die Volksjustiz ist niemals zu rechtfertigen, aber woher sollen die Männer, die das erhabene Geschäft übernehmen in Momenten, wo die Leidenschaften wild aneinander schlagen, den Ruf der Mäßigung erschallen zu lassen, die überzeugende Kraft hernehmen, wenn ihnen die schwerwiegendsten Beweisgründe entzogen werden, wenn sie dem Vorwurfe, daß ja auch die Feinde des Siegers nicht menschlicher gehandelt, nur ein todtes Schweigen entgegenstellen können? —

Ueber die wahre Natur des ungarischen Krieges kann der unbefangene Sinn des Forschers kaum einen ernsten Zweifel hegen. Die Magyaren wie die wiener Demokraten hatten das gleiche Streben, bei sich selbst nur der Stimme des Nationalgefühls ohne alle Einschränkung zu folgen, ihren Nachbarn aber die alten historischen Rechte, deren Herrschaft sie doch, so weit sie sie selbst angingen, gesprengt, aufzudrängen, die Früchte der Revolution für sich zu pflücken, ihren Genuß aber den Andern zu verbieten. Wien wollte deutsch werden, aber die anderen Völker sollten östreichisch bleiben, die Magyaren wollten Magyaren bleiben, aber die Romunen und Ungarslawen sollten ihre nationalen Rechte aufgeben. Ein unnatürlicher Bund von Herrschsucht und Liberalismus bildete die Grundlage der magyarischen Politik und ließ schon vorher den gewaltsamen Ausgang der Verwicklung ahnen. Es ist wahr, der vielhundertjährige Druck, der auf den Ungarslawen und Romunen lastete und welcher den Charakter dieser Volksstämme vielfach umgewandelt hatte, eigenthümliche Tugenden und Laster, ehrwürdige Geduld und

dumpfe Gleichgiltigkeit bei ihnen schuf, ließ in den Augen der Magyaren die Unterwürfigkeit derselben als ihr natürliches Schicksal erscheinen, die lange Uebung hatte der Unterjochung die Form des Rechtes aufgedrückt; dagegen sahen die Magyaren ihre eigene Vergangenheit nur im Spiegel des Ruhmes, sie erblickten in sich die erstgeborenen Söhne des Landes, in ihren Tugenden, dem ritterlichen Stolze, der glänzenden Tapferkeit die natürlichen Eigenschaften von der Natur bevorzugter, zur Herrschaft berufener Geister, in dem Lande ihre rechtmäßige Erstgeburt. Sie vergaßen, daß die Revolution noch überall das Recht der Erstgeburt zerstörte und an ihre Stelle die gleiche Erbtheilung einsetzte. Es mag sein, daß die Magyaren ihre Ansprüche auf die Zugeständnisse der Regierung stützen konnten, daß sie nichts durchführten was ihnen nicht förmlich bewilligt worden war, daß, wenn der Sieg der magyarischen Tendenzen den Zerfall der Monarchie hervorrufen mußte, nur die Regierung sich selbst des Selbstmordes anzuklagen hatte. Aber dieß Alles bessert nicht die Ueberschwänglichkeit der magyarischen Politik, die einen Inselstaat schaffen wollte und nicht sah, wie sie Landesstrecken zu dieser Insel rechnete, welche von ihr durch weite Meere getrennt waren, es verringert nicht das Recht der Gegner der Magyaren, die nur gegen den Löwenantheil der letzteren stritten, die Inkonsequenz jener Politik bekämpften. Was enthielt die magyarische Politik? Die bis in das Ungemessene ausgedehnte Föderationsidee in Bezug auf Gesammtösterreich, und ein schroffes Centralisationsgelüste gegenüber den Ungarslawen. Hätten die Magyaren die erstere Idee nur einigermaßen eingeschränkt, in Bezug auf die Slawen aber den Grundsatz, das Evangelium, bis zum Trivialen oft gelehrt und doch niemals befolgt: Was du nicht willst, das dir geschehe, thue auch Andern nicht, geübt, wir sind fest überzeugt, es hätte sich eine innige Uebereinstimmung zwischen den slawischen und magyarischen Bestrebungen gebildet; so aber konnte keine Macht der Erde den nationalen Kampf aufhalten. Sollten die Slawen, die ja doch auch ihre Nationalität emanzipiren wollten, etwa ohne Rücksicht auf die Unbill, die ihnen von Seite der magyarischen Regierung zugefügt wurde, zuerst mit diesen gemeinsam das Joch der wiener Bureaukratie brechen und dann erst unter einander ihre nationale Fehde ausfechten? So verlangen es die Parteigänger der Magyaren. Aber sie vergessen, daß *beim Beginn* des ungarischen Krieges die Gefahr, die den Slawen von Wien drohte, ungleich geringer als jene von Pesth aus war, daß Niemand densel-

ben eine feste Sicherheit darüber bieten konnte, sie würden später von den Magyaren, den Siegern der Monarchie, ihr Recht erhalten, und endlich daß jedes Volk, wenn es zwischen zwei Herren zu wählen hat, immer den alten vorzieht, theils weil lange Gewohnheit die Herrschaft des ersteren minder drückend gemacht, theils weil es von dem neuen eine größere Kraft und darum ein härteres Joch fürchtet. Oder sollten die Slawen und Romunen sich an die Magyaren deßhalb anschließen, weil diese ihre Waffen gegen die Regierung richteten, also für die politische Freiheit kämpften, die jede andere Idee in den Hintergrund treten läßt? So forderten es die heißblütigen Percy's der wiener Demokratie. Aber in jenen Tagen, wo die Slawen sich entscheiden mußten, wohnte noch die größere Freiheit in Wien, dem Sitze des Reichstages, und wenn weiter nichts dazu gehört, einen Aufstand zu legitimiren, als daß er gegen eine Regierung gerichtet ist, nun denn: auch die Ungarslawen empörten sich gegen die magyarische Regierung und ließen Volkshaufen gegen reguläre, von kaiserlichen Führern kommandirte Truppen fechten. Wenn im Herbste 1848 die national konservative Politik der Magyaren sich mit liberalen politischen Ideen, die national liberalen Forderungen der Slawen sich mit politisch konservativen Ideen verflochten, so vermehrte dieß wohl die Verwicklung, machte den Kampf noch unheimlicher, das Urtheil noch schwankender, aber es hob die ursprünglichen Motive, den wesentlicher Charakter des Krieges nicht auf; er war und blieb bis in das Frühjahr 1849 ein Nationalkrieg. Es scheint, daß wie der Religionsfreiheit Religionskriege so auch der Einführung nationaler Gleichberechtigung nationale Vernichtungskriege vorausgehen müssen.

Die Bluttaufe ist in der Geschichte noch immer beibehalten.

Als Nationalkampf wurde auch in der ersten Zeit der ungarische Krieg von dem größten Theile der östreichischen Bevölkerung angesehen, mit Gleichgiltigkeit die Werbungen, welche die Ungarslawen und Magyaren gleichzeitig in Wien anstellten, betrachtet, von Männern der Kreuzzug gegen die Magyaren gepredigt, welche, wie z. B. Stür, in ihren politischen Ansichten keineswegs einen Gegensatz zu denselben bildeten und ohne allen Zweifel eine andere Richtung verfolgt haben würden, hätte es sich in dem ungarischen Kriege vorzugsweise um eine politische Freiheitsidee gehandelt. Auch die Theilnahme der Provinzen an der Oktoberrevolution wäre in diesem Falle größer und kräftiger gewesen. Die Octoberrevolution hatte offenbar zum Zweck, den Magyaren Luft zu machen; muß man

nicht voraussetzen, daß die allgemeine Volksstimmung zu ihren Gunsten sich gewendet hätte, wenn in der That von ihrem Siege Oestreichs Freiheit abhing, und muß man nicht aus dem Stattfinden des Gegentheils schließen, daß der Kampf in jenen Tagen noch keinen politischen Charakter hatte? Es ist wahr, schon damals hielten Viele dafür und sprachen es offen aus, daß der ungarische Krieg nicht ohne politische Folgen bleiben, die Reaktion in ihm festen Grund finden werde, um ihre Anker auszuwerfen, aber sie waren durch das hartnäckige Festhalten der Magyaren an ihrer nationalen Alleinherrschaft entwaffnet. Oder sollten sie den Gegnern der Magyaren, dem serbischen Volke, zurufen: Helft mit, Euch von der Erde wegzustreichen, Euere Existenz zu vernichten?

Doch kaum war der östreichische Reichstag aufgelöst, als sich die Volksstimmung plötzlich änderte und der Charakter des ungarischen Krieges in den Augen Vieler eine ganz andere Gestalt annahm. Man sprach nur wenig von den Ansprüchen der Serben, von den nationalen Uebergriffen der Magyaren, alle die Beurtheilungsgründe, welche bei dem Beginne des Krieges die öffentliche Meinung geleitet, traten zurück, dem Kampfe in Ungarn wurde eine politische Natur geliehen, an seinen Ausgang die Entscheidung des Schicksals der Freiheit Oestreichs geknüpft. Wir fragen nicht, ob mit Recht oder Unrecht, wir konstatiren nur die Thatsachen. Es kann Niemand abläugnen, daß das Gerücht immer nur von Siegen der Magyaren, von Zerwürfnissen des Ministeriums mit den Serben sprach und schnell und zahlreich geglaubt wurde, daß dagegen die Siegesberichte der eigenen Armee auf viele Thomas stießen und eine doppelte Bestätigung verlangten, ehe sie überzeugten. Noch mehr, keine Stadt war im Jahre 1848 weniger magyarenfreundlich gesinnt als Prag; hier hatten die Führer der Slowaken eine enthusiastische Theilnahme gefunden, hier die Serben und Jellachich eine gewaltige Begeisterung geweckt, hier wurden Geld und Freiwillige zur Unterstützung der Ungarslawen gesammelt, und doch wie seltsam! wenige Monate später konnte man in und um Prag herum kaum an einer Mauer, an einem größeren Gebäude vorübergehen, ohne auf das unvermeidliche Eljén Kossuth, mit riesigen Zügen geschrieben, zu stoßen, auf denselben Spruch wurden in Wirthshäusern die Gläser angestoßen, er erklang zur Nacht in den Straßen, er wurde von Kindern, er wurde sogar von jenen herumwandernden Slowakenjungen vernommen, deren Brüder in der Heimath den ärgsten Druck von der herrschenden Nation zu erdulden hatten. Woher diese plötz-

liche Umstimmung in der Volksmeinung? Waren die Magyaren gerechter geworden, waren die Slawen mit ihnen ausgesöhnt, das frühere Urtheil ein grasser Irrthum? Wir wissen keinen anderen Grund anzugeben, als das verhängnißvolle Zusammentreffen des Sieges bei Kapolna mit der Auflösung des Reichstages. Die letztere hatte viele Hoffnungen vereitelt, viele Wünsche begraben, viele Ansprüche verletzt; wenn schon ein Einzelsieg so mächtig auf den Gang der Ereignisse in Oestreich zurückwirkte, wie sollte da nicht die Furcht auftauchen, die gänzliche Niederlage der Magyaren werde vollends die Herrschaft der liberalen Ideen in Oestreich brechen? Es kam hinzu, daß trotz der Siege der kaiserlichen Armee die Lage der Ungarslawen sich nicht änderte; aus der Slowakei ertönte die häufige Klage, magyarische Beamte schalteten in den wiedereroberten Bezirken so schrankenlos wie zuvor; in Serbien regte sich die Unzufriedenheit über die ungenügenden Garantien der nationalen Selbstständigkeit. Wenn den Beschwerden, welche den Krieg gegen die Magyaren vorzugsweise hervorgerufen, nach der Besiegung derselben dennoch keine Abhilfe zu Theil wurde, woher sollte der loyale Enthusiasmus seine Nahrung nehmen? Und mit jedem Tage, als die Regierung mit der Ausschreibung des neuen Reichstages zurückhielt und durch die Verlängerung des Ausnahmszustandes in den meisten größeren Städten, ja in ganzen Provinzen die Verwirklichung der verfassungsmäßigen Rechte verzögerte, steigerten sich in zahlreichen Kreisen die Sympathien für die Ungarn, bis es endlich soweit kam, daß nicht einmal solche Männer, welche mitten im größten Siegeslaufe der Revolution das Wort muthig gegen die Magyaren ergriffen und darüber Haß und Verfolgungen sich zugezogen hatten, von dem Verdachte frei blieben, mit den Führern der ungarischen Bewegung in geheimem Einverständnisse zu stehen. Dieser Verdacht entbehrte alles Grundes, aber daß ihn die Regierung auch nur hegen, ihr befreundete Zeitungen aussprechen konnten, beweist, wie sehr man auch nach Oben hin die Veränderung der Volksstimmung bemerkte.

Also nicht blos im Allgemeinen, auch in diesen besonderen Beziehungen war das Verhältniß des Volkes zur Regierung während der Revolution freundlicher, auf größeres Vertrauen gestützt gewesen als nach dem Schlusse derselben, nachdem die Wiederkehr der Ruhe und des Vertrauens verkündigt worden.

Fragen wir nun, ob es dem Ministerium wenigstens gelungen, die äußere Macht des Staates wenn nicht zu vergrößern, doch auf der früheren Stufe zu erhalten, die großen internationalen Fragen

zu lösen, die Finanzzustände zu bessern, den materiellen Flor zu heben, die geistige Kultur anzuregen; ob es den Geist der Zwietracht aus den verschiedenen Volksstämmen gebannt, durch energische Reformen die Kraft des Staates aufgefrischt, die feste Grundlage zur friedlichen Entwicklung aller Interessen gelegt. Doch verlangen wir nicht Unmögliches von demselben? Wir hätten das Gleiche, ja noch mehr verlangt, wenn der Sieg der anderen Seite anheimgefallen wäre, wir wären ebenso wenig mit dem bloßen Niederreißen aller Institutionen zufrieden gewesen, wenn ihnen nicht positive Akte, dauernde Schöpfungen nachgefolgt wären, wie wir jetzt von dem Ministerium fordern, daß es, nachdem es die revolutionäre Partei besiegt, auch die Quelle der Revolution versiegelt. Wir verlangen nicht zu viel, weil wir nur dieß, oder sonst gar nichts verlangen können. Nichts verlangen hat aber nach den Konvulsionen der letzten Jahre keinen Sinn.

Wenn wir von dem Verhältnisse Oestreichs zu Rußland, von den Veränderungen, welche Oestreichs Einfluß im östlichen Europa erlitten hat, sprechen wollen, so gerathen wir in die Gefahr, nur Triviales zu wiederholen. Es ist aber nur desto trauriger, wenn selbst eine so triviale Wahrheit sich noch immer nicht Geltung verschaffen konnte.

Oestreichs Macht reichte für sich allein nicht hin, die ungarische Revolution zu unterdrücken, das Kabinet fand sich genöthigt, Rußlands mit leicht erklärlicher Hast dargebotene Mitwirkung anzurufen. Man hat später diese Thatsache abläugnen und in dem Umstande, daß die Magyaren die Fahne der europäischen Umsturzpartei emporhielten, den Grund für das Einwirken russischer Heeresmassen in Ungarn finden wollen. Aber daraus folgt gar nicht, daß Oestreich im Stande gewesen wäre, auch ohne russische Hilfe den Magyaren die Spitze zu bieten; fühlte es sich hierzu kräftig genug, so konnte es selbstständig auftreten, auch wenn die magyarische Bewegung ihr Ziel änderte, da es doch immer nur gegen dieselben Menschen kämpfen mußte und nur die eigene Provinz beruhigen durfte, um die Hoffnungen und Pläne der angeblichen europäischen Propaganda zu vernichten. Wozu will das Kabinet eine Schwäche bemänteln, die in der Natur der Ereignisse gelegen war und welche ihm noch Niemand zum Vorwurf gemacht hatte? Die Macht Oestreichs war gesunken; dieß erklärt sich aus der großen Unordnung aller staatlichen Verhältnisse, aus der tiefen Zerrüttung der Finanzen, aus der vielfältigen Verwendung der Armee, welche in Italien

einen äußeren Feind bekämpfen, in anderen Provinzen die Verwaltung, die Justiz, die Polizei übernehmen mußte und daher unmöglich alle ihre Kraft in Ungarn concentriren konnte; auch der Tapferkeit der letzteren geschieht durch das obige Zugeständniß kein Abbruch, da sie ja Soldaten und Generalen gegenüberstand, die beinahe durchgängig in ihren eigenen Reihen ihre militärische Lehrzeit durchgemacht hatten. Worüber wir klagen, ist nicht die Schwäche der Regierung, sondern die Art und Weise, in welcher sie jener aufzuhelfen versuchte. Es ist an und für sich für einen Staat, der auf den Rang einer Großmacht Anspruch macht, betrübend, seine inneren Wirren nur mit Hilfe einer anderen Macht lösen zu können; welche Selbstständigkeit bleibt ihm bei der Entscheidung größerer Fragen für die Zukunft? Ein solches Verhältniß wird aber wahrhaft verhängnißvoll, wenn die letztere Macht in einem inneren Gegensatze zu jenem Staate steht und erwiesenermaßen in seiner Schwäche den größten Vortheil findet. Wir lassen die Gerüchte von der auffallenden Zuvorkommenheit russischer Feldherren gegen die Magyaren, ihrer offen zur Schau getragenen Geringschätzung gegen östreichische Offiziere, von dem Eifer, mit welchem russische Ingenieure die Pläne ungarischer Festungen aufnahmen, auf sich beruhen, wir wollen auch keinen besonderen Nachdruck auf den seltsamen Ton der russischen Proklamationen, auf den Transport magyarischer Fahnen nach Petersburg legen: Worte bedeuten in der diplomatischen Welt bekanntlich noch keine Thaten und Ceremonien verhallen bald; wir wollen auch keine besondere Bedeutung in der neulichen Begnadigung russischer Hochverräther von der Todesstrafe suchen: wir haben noch andere Beweise für die nachtheilige Wirkung der russischen Intervention auf Oestreich. Daß Oestreichs Einfluß im Westen Europa's im Abnehmen begriffen sei, kann Niemand bestreiten. Abgesehen davon, daß der politische Fortschritt die Selbstbestimmung der Nationen in ihren inneren Angelegenheiten der Verwirklichung näher gebracht, und damit dem Einschreiten fremder Mächte den Weg versperrt, entbehrt auch Oestreich hier der volksthümlichen Basis, welche allein seinem Einflusse eine dauernde Geltung verschaffen könnte; man kennt die Stimmung der Italiener und kann daraus schließen, auf welche Seite sie sich schlagen würden, sollte Oestreich über eine italienische Frage mit einem anderen Staate in Streit gerathen; niemals kann es seinen Einfluß in Italien auf die Zustimmung der Bevölkerung stützen: kann es dieß aber nicht, so hat seine Rolle daselbst keine Bedeutung. Aehnlich

verhält es sich mit Deutschland, welches wohl Oestreich in sich aufnehmen, in sich, um ein technisches Wort zu gebrauchen, aufgehen lassen, aber keineswegs den Schutzstaat Oestreichs abgeben will. Die populäre Politik in Deutschland weiß nur von der Mediatisirung Oestreichs zu reden. Nichts ist natürlicher, als daß Oestreich einen Ersatz für seine Einbuße im Westen im südlichen Theile Europa's suchen soll; der Osten wird noch lange Zeit der Tummelplatz der Großmächte bleiben, nach dem Osten weist Oestreich sein Name, sein Hauptfluß, seine Geschichte, seine natürliche Bestimmung.

Hier brauchte Oestreich nicht zu fürchten, daß es die Rolle des Unterdrückers spielen werde, im Gegentheil, nichts war leichter als in Bezug auf die slawische Bevölkerung der Türkei dieselbe Stellung einzunehmen, welche Frankreich zu den italienischen Liberalen so lange und mit so großem Vortheile behauptet. Die östreichische Regierung genoß in jenen Gegenden eine ziemlich ausgebreitete Popularität und hatte es vollständig in ihrer Macht, ihren Einfluß daselbst zum herrschenden zu machen. Die Slawen und Romunen hätten sich nicht lange gesträubt, in ein Schutzverhältniß zu einem Staate zu treten, dessen Bevölkerung so viele Stammbrüder in sich faßt; sie wären in kein fremdartiges, ihrer natürlichen Bestimmung widersprechendes Verhältniß getreten, ohnehin lag ihnen Oestreichs Schutz geographisch näher, als jener des petersburger Kabinetes. Aber um diese Vortheile zu würdigen, mußte der alten Regierung Oestreichs der Begriff der Nationalität aufgegangen sein; die Grundzüge einer dominirenden Politik im Osten fanden sich nicht in dem abgegriffenen Regierungsschema verzeichnet, während die Richtschnur für das Verhalten in den westeuropäischen Angelegenheiten durch vielhundertjährige Uebung den Staatsmännern wie am Schnürchen geläufig war; man ließ also die Sache fallen und überließ es dem gewandteren Nachbar, durch die Anrufung des nationalen und religiösen Gefühls seinen Einfluß in den Donauländern heimisch zu machen und ungestört seine Herrschaft über jene Gebiete vorzubereiten, deren Besitz den Weg zur Weltherrschaft öffnet. Man täuscht sich wenn man glaubt, daß die einsichtsvolleren Serbenführer eine blinde Vorliebe für das Russenthum hegen; sie fühlen sich wohl wie alle Slawen dem russischen Volke verwandt, aber durchaus nicht von den Reizen der russischen Regierung angezogen; sie kennen recht gut die Gefahr, welche ihrer Entwicklung in politischer, ja selbst in nationaler Beziehung droht, wenn ihr Land schon jetzt dem

russischen Scepter unterworfen wird, noch ehe dasselbe zum Glauben an die Menschenrechte bekehrt ist; sie wissen, daß sie dann allen jenen Schwankungen mit ausgesetzt sind, welche dem russischen Reiche bevorstehen: sie hätten deshalb Oestreichs Schutz vorgezogen, vielleicht selbst Oestreichs Herrschaft angenommen. Doch von demselben unbeachtet gelassen, Dank der fabelhaft schlechten Vertretung Oestreichs in jenen Gegenden nicht einmal im Stande, sich mit denselben zu verständigen, was konnten sie der russischen Propaganda entgegenstellen, welche den mächtigen Hebel der Religion für sich hatte? Doch wenn auch die frühere Regierung in Oestreich ihre Aufgabe im Osten nicht begriff, zahlreiche Gelegenheiten, ihre Macht zu erhöhen und gleichzeitig im Interesse der allgemeinen Kultur zu wirken, unbenutzt vorüberstreichen ließ, so suchte sie doch wenigstens dem Umsichgreifen der russischen Herrschaft entgegenzuarbeiten, durch die Unterstützung der Pforte ihr eine Schranke zu setzen. Man mochte diese Harmonie zwischen dem östreichischen Kabinete und dem Divan häufig im Namen der Humanität beklagen; sie bot aber, wenn schon einmal Oestreich darauf verzichtete in positiver Weise Rußlands Macht zu bekämpfen, indem es sich an seine Stelle setzte, für die Wahrung der Interessen Oestreichs doch einige Garantie; wenn es nicht für die Slawen und Romunen sein konnte, so mußte es für die Pforte sein. Wird nach der russischen Intervention in Ungarn diese Richtung der östreichischen Politik mit gleichem Erfolge und so unbefangen und ungehemmt wie zuvor fortgesetzt werden können? Wir meinen nicht, daß Oestreich von nun an immer nur die russischen Noten nachbeten darf, aber wird es im Stande sein, die moralische Macht Rußlands, welche durch jenes Ereigniß unglaublich vergrößert worden ist, zu paralysiren? Im Namen der Slawen, deren Rechte verletzt worden, wurde der Krieg gegen die Magyaren geführt, die Gleichberechtigung der Slawen und Romunen bildete wenigstens den Ausgangspunkt des Kampfes und die russischen Waffen hatten denselben nach dem Volksglauben und den russischen Bulletins entschieden. Kommt es zu einem Bruche zwischen Rußland und der Pforte, so wird ersteres gewiß nicht verfehlen, die slawische Bevölkerung der Türkei im Namen der Religion und der Nationalität zu den Waffen zu rufen und dabei kaum seine Verdienste um die Slawen in dem ungarischen Kriege unerwähnt lassen. Zweifelt Jemand an der kräftigen Wirkung dieser Worte? Die russische Intervention in Ungarn hat wesentlich dazu beigetragen, das Volksthümliche der An-

griffe Rußlands auf die Pforte zu erhöhen, die Interessen des petersburger Kabinets und der türkischen Slawen mit einander zu vermengen, zu identifiziren; dieß ist der größte Nachtheil, welcher der östreichischen Regierung aus ihr erwachsen. Sie wird erfolglos für die Integrität des türkischen Staates fürsprechen, alle Mühe vielmehr haben, den Sturm, den Rußland rastlos anfacht, von den eigenen Grenzen fern zu halten. Der Ausgang der orientalischen Frage ist dadurch beinahe entschieden; Niemand wird dabei so sehr zu kurz kommen wie Oestreich, zuerst weil es sich unverantwortlicher Weise um die Interessen der Donauländer gar nicht gekümmert und dann weil es Rußland erlaubt hat, sich zum Protektor derselben zu wiederholten Malen und zuletzt im magyarischen Kriege aufzuwerfen, weil es die Beute nicht nur sich entschlüpfen ließ, sondern auch noch dem eigenen Gegner in die Hände lieferte. Hat sich Rußland an der Südgrenze Oestreichs festgesetzt, so wird es zur Wahrung seiner Macht zum Monopolsystem greifen; es kann ja ohne dieses nicht bestehen. Wie es den Handel, die Industrie, die Rechtgläubigkeit, die Kultur bereits monopolisirt hat, so wird es auch versuchen, die Herrschaft über die südslawische Nation zu monopolisiren. Wie schlecht sich dieß aber mit Oestreichs Wohl verträgt, brauchen wir nicht weiter zu erörtern.

Oestreichs Macht im Osten hat einen gewaltigen Stoß erlitten; ist es ihm dafür gelungen, seinen alten Einfluß auf Deutschland unversehrt zu bewahren? Es hat sich eine höchst ungünstige Stellung in den nahen Wirren an der Donau geschaffen; kann es dafür sicher und gefaßt seinen Blick nach dem Westen richten?

Wir stehen keinen Augenblick an, unsere innige Ueberzeugung zu wiederholen, daß die Wiedergeburt Deutschlands weder in den kleinen deutschen Staaten, noch in Oestreich ihren Stützpunkt finden kann. Jene sind durch die Hofhaltungen gründlich korrumpirt und bieten nur für die widerliche Sippschaft aufgedunsener Hofschneider und Hoffriseure mit ihren zahlreichen Vettern und Neffen und für den hohlen Liberalismus Raum, der seine Quelle im kleinlichen Neide und Hasse und nicht im Patriotismus gefunden, der lärmend und zänkisch wie eine Fraubasengesellschaft weder den Sinn für große positive Zwecke besitzt, noch auch den Willen hat, sich dem Ganzen unterzuordnen. Niemals in der Lage, gesunde Zustände zu schauen, immer und immer von einer nichtigen in ihrer Anmaßung lächerlichen Gesellschaft umgeben, verlieren sich die

Bürger eines solchen Staates, wenn sie charakterschwach sind, in die letztere, oder werden so schwarzgallig, daß sie mit dem bestimmten wirklichen Staate, der bestimmten wirklichen Regierung, die sie vor sich sehen, auch schon den Begriff des Staates und der Regierung verdammen. Was kann man von der Bevölkerung von Residenzstädten hoffen, welche ganz unnatürlich, wie die alten Bischofssitze, deren Ruinen nur noch übrig geblieben sind, sich vergrößert haben, kaum einen unabhängigen Bürger in sich zählen, deren Größe den Bedingungen ihrer Lage gar nicht entspricht, deren Einwohner die Mittel ihrer Existenz großentheils aus den bestehenden Mißbräuchen ziehen und wesentlich an der Fortdauer des alten Schlendrians sich interessiren? Nur selten vermag der Einzelne die Klippen der Kirchthurmpolitik und der liberalen Poltronerie zu durchschiffen. Von den Duodezstaaten kann die Reform deutscher Zustände nicht ausgehen; sie sind ja das wichtigste Hinderniß derselben und nähren überdieß auch bei solchen Männern, die für den Ruf des eigentlichen Vaterlandes nicht taub geworden, gewöhnlich einen zähen Partikularitätssinn. Ebensowenig kann Oestreich die Initiative darin ergreifen. Wollte es die Fahne der deutschen Nationaleinheit erheben, so würde es, wie wir gesehen, dem Willen und dem Geiste der Mehrheit seiner Bevölkerung einen gewaltsamen Zwang anthun, und will es wieder der letzteren sich anschließen, so kann es nur in ein mittelbares Verhältniß zu Deutschland treten. Es hat nur zwischen zwei Dingen zu wählen: Es muß entweder sich selbst aufgeben, um in dem deutschen Einheitsstaate Platz zu finden, oder diesen letzteren aufgeben, um sich selbst zu erhalten. Daß eine Regierung sich selbst freiwillig und wissentlich aufgebe, zeigt auch nicht ein einziges Beispiel der Geschichte, und daß das Volk dazu bereits die Anstalten getroffen, wird in diesen Tagen wohl schwerlich Jemand behaupten, noch weniger beweisen können.

Kurz, die natürliche und gesunde Entwicklung Deutschlands verlangt unbedingt Preußens Vortritt. Preußen beging keinen Widerspruch an sich selbst, wenn es sich an die Spitze der deutschen Einheitsbewegung stellte, im Gegentheil es folgte darin nur dem Zuge seiner Bestimmung und vollendete sein Schicksal, es verlor seine Zwittergestalt und wurde ein Wesen, es bot zugleich für das übrige Deutschland einen festen Mittelpunkt, woran sich die Einzelstaaten ohne Mühe und Anstrengung anreihen konnten, eine starke Basis für die fernere Entwicklung des Volkes. Hätte in

Preußen und Oestreich das Prinzip der Zersetzung über jenes der Erhaltung gesiegt, so wäre freilich die Frage von dem Anschlusse Oestreichs und Preußens eine müssige; jene beiden Staaten bestünden nicht, und Deutschland hätte es nur mit den einzelnen Bruchstücken derselben zu thun. Dieß geschah aber nicht; beide Staaten behielten das Bewußtsein ihrer Stärke und ihrer Macht, beide behielten ihren Rang als Großmächte und mußten darnach behandelt werden. Deutschland konnte nicht mehr beide zugleich an sich ziehen, es hatte dieß Streben mit seiner eigenen Vernichtung bezahlt, es mußte zwischen beiden wählen. War die Entscheidung so schwer zu treffen? Im Allgemeinen gewiß nicht, doch in Wirklichkeit machte freilich das unverantwortliche Verfahren der preußischen Regierung, ihr moralischer Selbstmord dieselbe unmöglich. Wir Alle kennen die traurige Entwicklung der deutschen Angelegenheiten. Die deutsche Verfassung, der Gegenstand eifriger Volkswünsche seit einem Menschenalter, kam nicht zu Stande; Preußens Regierung, mit unbegreiflicher Verblendung rastlos bemüht den ihr vertrauensvoll geöffneten Weg zum Ruhme und zur Größe zu versperren, rief im entscheidenden Augenblick seine Abgeordneten vom frankfurter Parlamente zurück, nachdem sie schon früher durch ihre Politik der Gewalt und des Truges, durch ihren Wankelmuth, ihren unverständigen Wechsel zwischen liberalem Rausche und reaktionärem Katzenjammer ihren eigenen ehrlicheren Anhängern den Mund versperrt; Oestreich zog sich durch die Oktroyirung einer selbstständigen Verfassung von dem deutschen Reformwerke thatsächlich zurück; in den übrigen kleinen Staaten regten sich wieder die Ansprüche der Zoll- und Liniensouveränität; schlecht berechnete und das Ziel überschießende Aufstände vollendeten die Niederlage der Revolution. Nach langem Warten, unendlichem Notenwechsel und kostspieligen Gesandtschaftsreisen kam das bekannte Provisorium zu Stande, welches eigentlich nur einen einzigen Paragraphen enthält: Deutschland bleibt zwischen östreichischem und preußischem Einflusse getheilt, und nur mühsam das Streben verhüllt, die ganze Frage auf ihren alten Stand zurückzuführen. Wir halten aber den Aufschub der Lösung für eine schlechte Lösung, die Verwicklung nicht für verschwunden, weil irgend Jemand die Augen vor ihr verschließt. Das wiener Kabinet hat im Einverständniß mit der preußischen Regierung das Zustandekommen der deutschen Verfassung verhindert, die Zustände merklich jenem Punkte genähert, auf welchem sie der ehemalige Bundestag gelassen. Hat es einen wesentlichen Vortheil

davon gezogen? Eben jene jämmerliche Beschaffenheit der deutschen Verhältnisse zur Zeit der Herrschaft des Bundestages hat die Revolution hervorgerufen, ihre Restauration kann wieder nur eine ähnliche Bewegung zur Folge haben. Auch wenn dieselbe nicht einen oppositionellen Charakter gegen alle bestehenden Regierungen an sich tragen würde, so bleibt sie doch namentlich gegen Oestreich feindselig gestimmt, denn man darf nicht vergessen, daß in Deutschland auch der gemäßigte Liberalismus Oestreichs Existenz bekämpft und die Lehre von dem nothwendigen Umsturze der politischen Ordnung in Oestreich daselbst keineswegs nur von der radikalen Partei getheilt wird. Das östreichische Kabinet hat durch seine Politik eine drangvolle, Oestreichs Interessen gefährdende Zukunft nicht vorgesehen, es hat sich weder von den deutschen Angelegenheiten ganz fern gehalten, noch der eigenen Hand ihre Leitung gesichert, es kann darum auch nicht sagen, daß sein Einfluß feste und dauernde Garantien gewonnen, daß es ohne Sorge den ferneren Ereignissen entgegenblicke; nicht einmal das eigene Land hat es vor dem Mitleiden an den Wirren des Nachbarlandes bewahrt. Die Beziehungen zwischen Oestreich und Deutschland sind nach der Revolution so wenig wie während und vor derselben zu einer bestimmten und klaren Fassung gelangt, der Ausgang des Kampfes zwischen den Gegnern und den Anhängern des Anschlusses an Deutschland durch die Erklärung der Regierung weder nach dieser noch nach jener Seite entschieden worden. Oder soll derselbe unentschieden bleiben? Nun denn, so verwehre man auch dem Strome thalwärts zu fließen und dem Meere entgegenzueilen! Das Zögern und Aufschieben, von welchem das östreichische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten alles Heil hofft, wird, wenn Oestreich eine Gefahr von dieser Seite droht, dieselbe nicht beseitigen, im Gegentheil ein jedes gewaltsame Hinderniß eines natürlichen Verlaufes nur vermehren. Im Angesichte dieser Erwägungen kann man schwerlich behaupten, daß der Einfluß Oestreichs, für seine Einbuße im Osten, in Deutschland einen ausreichenden Ersatz gefunden; welchen Werth hat ein Einfluß, welcher vor der Entscheidung zurückbebt, die Verlängerung der Ungewißheit in seinem Interesse findet?

Wenn wir unser Auge nach dem Inneren Oestreichs wenden, ob denn nicht wenigstens hier durch administrative Vorkehrungen die Lücken geschlossen sind, welche die Verfassung gelassen, und der Weg zur inneren Kräftigung gebahnt, welche die Schwächung der äußeren Macht vergessen macht, so stoßen wir zuerst auf eine er-

staunliche, wahrhaft betäubende Thätigkeit des Ministeriums. Ein Gesetz jagt das andere, eine organisirende Verfügung folgt der anderen auf dem Fuße nach, das politische Gerüste Oestreichs ist in kurzer Zeit vollständig umbaut, die Forderung der Revolution, das alte Oestreich zu begraben, der Form nach im reichsten Maße befriedigt worden. Wir sehen eine andere Landeseintheilung, andere Gerichte, theilweise andere Gesetze, am wenigsten freilich andere Personen. Es liegt uns fern, in blinder Oppositionswuth Alles zu verdammen, was von der Regierung ausgeht, und es schon schlecht zu finden, weil nicht wir oder unsere Freunde es in das Leben gesetzt; wir geben daher gern zu, daß in vielfacher Hinsicht eine Besserung der Verhältnisse eingetreten und den Wünschen und Interessen des Volkes Rechnung getragen ist; doch vergessen wir nicht, daß erst längere Erfahrungen ein gerechtes Urtheil über die einzelnen Reformen feststellen können und bis dahin wie jeder absolute Tadel, so auch jedes unbedingte Lob verschoben werden muß, und fügen wir gleich zu, daß wir unter jeder Bedingung, selbst wenn wir gegen den Inhalt der ministeriellen Erlasse nichts einzuwenden hätten, den Weg der ordentlichen Gesetzgebung dem Ordonnanzwege vorziehen. Das 19. Jahrhundert kennt keine Offenbarungen mehr und darum auch keine Unfehlbarkeit; wie wäre es daher nicht natürlich, daß wir zu einem Werke der gemeinsamen öffentlichen Berathung größeres Zutrauen hegen, als zu einem solchen, welches urplötzlich aus dem Kabinete eines Einzelnen fertig in die Welt hinausgeschleudert wird, ohne daß uns Garantien gegen die Irrthümer dieses Einzelnen gegeben wären. Die Geschichte der letzten Jahrhunderte spricht zu laut, als daß wir nicht alle Ordonnanzen im Prinzipe verdammen müßten.

Wenn wir uns aber nicht an den Buchstaben, sondern an die offene Wirklichkeit halten, so sind es besonders zwei Thatsachen, welche den gegenwärtigen Zustand Oestreichs charakterisiren: das Ministerial-Regiment, das Zusammenziehen aller Selbstständigkeit, aller Thätigkeit in den einzelnen Ministerbureau's und das „System der Ausnahmszustände." Wir kommen auf das erstere noch später zu sprechen und haben daher hier nur von dem letzteren zu reden. Die drei größten Provinzen Oestreichs: Ungarn, Galizien und die Lombardei, anderer Kronländer nicht zu gedenken, und außerdem die beiden bedeutendsten Städte: Prag und Wien, befinden sich gegenwärtig außer dem Gesetze und werden von der Militärgewalt regiert. Wir haben nicht nöthig anzugeben, was wir von unserem

Standpunkte aus von dieser Regierungsweise denken, halten es aber für desto wichtiger, die Gefahr aufzudecken, welche den konservativen Interessen durch die längere Dauer dieser abnormen Zustände droht. Dieselben verlangen die Herrschaft der Ruhe und Ordnung, aber nicht ihre Herrschaft um jeden Preis, nicht um jenen wenigstens, daß die ganze Zukunft aufgegeben wird, damit die Ruhe heute und morgen dauert. Sie gewinnen nichts dabei, wenn die Ordnung nur durch das Mittel äußerer Gewalt aufrecht erhalten wird, ohne daß sie als die natürliche Folge der Volksstimmung erscheint. Es ist wahr, die Handhabung des Kriegsgesetzes schüchtert nachdrücklich die politische Opposition ein, sie vermag aber nichts gegen den gefährlicheren Widerspruch des Volksgefühls; sie unterdrückt jeden offenen Ausbruch der Mißstimmung, aber verwehrt nicht die Fortpflanzung des systematischen Mißtrauens. Will man die Sympathien des Volkes von einem Schuldigen entfernen, so darf man ihn nicht in die Rolle des Dulders kleiden, will man das Mitleiden, das Mitgefühl und endlich die Zustimmung des Volkes für die liberalen Bestrebungen nicht erwecken, so darf man sie nicht durch außerordentliche, die gewöhnliche Rechtsform überschreitende Gewaltmaßregeln bekämpfen; sie ziehen aus der Unterdrückung ihre Kraft und werden, wenn sie nur gleißnerisch das Volkswohl bevorworten, am ehesten um ihre Bedeutung gebracht, indem man sie frei gewähren läßt. Die Suspension der ordentlichen Gesetze hebt gleichzeitig den Sinn für Gesetzlichkeit auf, das Anrufen der Gewalt von Seiten der Regierung verleitet zu dem Glauben, als bestünde in der That eine unausfüllbare Kluft, ein feindlicher Gegensatz zwischen der Regierung und dem Volke, das Verbot, mit seiner Meinung frei an das Licht zu treten, vergrößert den Spielraum der finsteren Leidenschaften und macht, wo früher nur Nichtübereinstimmung herrschte, Haß, wo der Wunsch nach einer Aenderung, Rachedurst erstehen. Sind diese moralischen Folgen der bestehenden Ausnahmszustände den konservativen Interessen etwa zuträglich?

Nicht weniger verderblich sind auch die politischen Folgen.

Abgesehen davon, daß die Regierung über die Volksstimmung ewig in Ungewißheit bleibt, weil sie nicht im Stande ist, das, was natürlicher Erguß derselben ist, von dem erzwungenen Ausdrucke zu unterscheiden, so verrennt sie sich auch in eine Sackgasse. Sie kann den Ausnahmszustand nicht ewig bestehen lassen, sie müßte sich selbst aufgeben wollen, uns die Möglichkeit der Existenz eines

Staates beweisen, wo die gesetzliche Regel Ausnahme, die Ausnahme Regel ist, und beraubt sich doch der Mittel, ihn aufhören zu lassen, weil sie nicht zu erkennen vermag, wann dieß ohne Gefahr geschehen kann; sie will warten, bis sich die feindseligen Stoffe in der öffentlichen Meinung gesetzt haben, verbietet aber die öffentliche Meinung, die Verarbeitung jener überhaupt. Und was das Wichtigste ist, sie vermischt alle Nüancen der Opposition, wirft alle Glieder derselben zusammen und nöthigt sie trotz alles inneren Widerstrebens sich als Phalanx gegen sie zu verbinden, statt daß sie, wie es ihr Interesse fordert, für die bestimmte Scheidung der einzelnen oppositionellen Fraktionen wirken und so eine Zersetzung derselben versuchen sollte.

Daß auf den materiellen Verkehr die Herrschaft der Ausnahmszustände keinen schädlichen Einfluß genommen, wird zwar vielfach versichert, doch können wir nicht den bescheidenen Zweifel überwinden, daß ein Zustand, der die Furcht und das Mißtrauen zur Grundlage hat und schon über den nächsten Tag in Ungewißheit läßt, auf denselben fördernd einwirken sollte. Jedermann giebt bereitwillig zu, daß die Revolution den materiellen Verkehr lähmt und entkräftigt; dieß thut die Erwartung derselben nicht minder, und was für einen anderen Grund hat der Ausnahmszustand für seine Fortdauer anzuführen, als daß mit seinem Aufhören wieder die bösen Geister der Revolution entfesselt werden?

Nein, im Namen der konservativen Interessen muß man nicht minder die Herrschaft des Ausnahmszustandes in Oestreich beklagen als es die Liberalen thun. Es giebt ein Uebermaß der Loyalität, das die Regierung verdirbt — man denke nur an das Jahr 1816 in Frankreich —, es giebt auch ein Uebermaß der Ordnung, welches sich selbst zerstört. Und in der That, welche Wirkungen hat der Ausnahmszustand bis jetzt hervorgerufen? Er hat die Volksmeinung nicht umgestimmt, das Vertrauen nicht hergestellt, im Gegentheile finden wir die Thätigkeit der Kriegsgerichte fortwährend in gleichen Anspruch genommen und die Presse feindseliger auf die Regierung zu sprechen, als je zuvor; wohl hat er aber bewirkt, daß selbst konservative Organe, die mitten im größten Sturmlaufe der Revolution unerschrocken für das Bestehende gekämpft, der Opposition sich angeschlossen und nur die ertremsten Parteien das Feld behauptet haben, daß Niemand mehr die Rolle des Vermittlers übernehmen will, beide Seiten die friedliche Ausgleichung zurückweisen; und wenn es wahr ist, daß die oktroyirte Verfassung in der Absicht

ertheilt wurde, die Revolution zu schließen, so verzögert der Ausnahmszustand diesen Schluß, indem er die wichtigsten Bestimmungen der Konstitution, die meisten verfassungsmäßigen Rechte suspendirt, also die Verwirklichung der Verfassung aufschiebt. Man sollte doch meinen, daß Niemandem mehr als der Regierung an dem Schlusse der Revolution gelegen sei, wie kann sie also zur Fortdauer einer Maßregel ihre Zustimmung geben, welche die Furcht vor der Revolution unterhält und von dem Grundsatze ausgeht, die Revolution habe ihre Waffen nur verborgen und nicht gestreckt? Wenn der Regierung an dem Schlusse der Revolution wenig gelegen war, so konnte sie ja auch den Reichstag sein Werk fortsetzen lassen; wenn sie in der Handhabung des Kriegsgesetzes diesen Schluß erblickt, so müßte sie folgerecht den Belagerungszustand als das Grundgesetz des Staates an die Stelle der Verfassung setzen: wenn sie aber diese Wirkung, wie sie versichert, von dem letzteren selbst hoffte, so konnte sie nicht eilig genug die Aufhebung des Ausnahmszustandes beschließen, auch schon deßhalb, weil dadurch der leitende Gedanke des Ministeriums, die Einheit Oestreichs, wesentlich kompromittirt wurde. Um die Ungläubigen von ihrer Durchführbarkeit zu überzeugen, gab es keinen besseren Weg, als alle gewaltsamen Mittel zu entfernen, dagegen auch keine eindringlichere Weise, den Unglauben an sie zu vermehren, als sie auf die äußere Gewalt zu stützen. Niemals, so lange das Gedächtniß der Menschheit reicht, hat noch die Benützung der Waffengewalt zur Unterdrückung gewisser Volksregungen den Erfolg gehabt, welchen man sich von ihr versprochen. Die Dragonaden Ludwig XIV. haben wohl die Hugenotten aus Frankreich vertrieben, aber nicht Voltaire's erfolgreiche Angriffe auf die Kirche verhindert. Und haben etwa Napoleons Füsilladen in Deutschland den Ausbruch des Volkskrieges hintertrieben, hat die Proklamation des Kriegsgesetzes in Irland die irische Frage gelöst, der Belagerungszustand von Paris und Lyon den Sozialismus vernichtet? Man widerlege die falsche Lehre und sie ist unterdrückt, man beweise durch die That, daß man nur das Volkswohl will, und alle aufwieglerischen Versuche sind entkräftet; dieß sind ausgiebigere Mittel als die Suspension der Journale und die Vorrückung der Polizeistunde. Die Leute, welchen man das längere Beisammensitzen verbietet, weil man von denselben die Verlockung zu aufregenden Gesprächen befürchtet, machen es wie die Tübinger Seminaristen. Diese dürfen nur bis 7 Uhr Abends ausbleiben, um keine Gelegenheit zum Rausche zu finden; was thun

Viele? Sie eilen so sehr mit dem Trinken, daß sie schon vor 7 Uhr benebelt sind.

Aber nicht nur in den Augen des Volkes, auch in ihrem unmittelbarsten Interesse verliert die Regierung durch das Festhalten an dem Ausnahmszustande. Was hat die Centralisation, welche die Minister so eifrig anstreben, für einen Sinn, wenn die größten Provinzen der unbeschränkten Vollmacht von Generalen übergeben sind, welche überdieß, wie die Finanzmaßregeln in Ungarn, die Brandschatzung der Juden daselbst beweisen, nicht immer staatsmännisches Geschick mit militärischen Kenntnissen vereinigen, wenn diese letzteren nach Gutdünken in jedes Fach der Verwaltung, das Schulwesen nicht ausgenommen, hinübergreifen können? Wie will man endlich dem siechen Finanzwesen aufhelfen, so lange man nicht zu einer natürlicheren und wohlfeileren Regierungsweise greift? Vom Finanzminister bis zum gemeinsten Zolleinnehmer ist alle Welt darüber einig, daß nur riesenhafte Reformen den Bankbruch zurückhalten können. Ein Staat, dessen Gesammteinnahme nicht einmal hinreicht, einen einzigen Verwaltungszweig zu decken, dessen jährliches Defizit dieser Einnahme gleich kommt, muß eine andere Wirthschaftsmethode einführen, will er nicht zu Grunde gehen. Die Ursachen des großen Mißverhältnisses zwischen Ausgaben und Einnahmen liegen in mehrfachen Umständen, von welchen wir nur beispielsweise die kostspielige Verwaltung der äußeren Angelegenheiten, die beträchtlichen Kosten der Steuererhebung, die mangelhafte Einrichtung des Steuersystems überhaupt anführen; hauptsächlich wird es aber von dem übermäßigen Militärbudget, dem Krebsschaden aller neueren Staaten, verschuldet. Die Einnahmen Oestreichs betrugen in dem Vierteljahre Mai bis Juli 1849 35 Millionen Gulden, die Kosten des Heeres aber volle 45 Millionen, also beinahe ein Drittheil mehr, und nicht genug, daß sie die gesammten Einnahmen verzehren und für die übrigen Verwaltungszweige auch nicht einen Heller zurücklassen, können sie selbst theilweise nur durch außerordentliche Hilfsmittel gedeckt werden. Hier bleiben nur zwei Wege übrig: Entweder muß man alle übrigen Ausgaben von der Civilliste bis zu dem spärlichen Kultusbudget herab unterdrücken, also alle übrigen Verwaltungszweige aufheben und nur die Armee bestehen lassen — und selbst dann bleibt noch ein Defizit von 30 bis 40 Millionen übrig — oder man muß den Heeresstand ausgiebig verringern. Wir wissen nicht, ob man das Erstere will, sehen aber keine ernsten Anstalten, um das Letztere durchzuführen, sonst wäre

der Ausnahmszustand an den meisten Orten schon längst aufgehoben. Er setzt nämlich eben jene ungeheuren Heeresmassen voraus, um deren Reduzirung es sich handelt, noch mehr, er verdoppelt die Verwaltungskosten. Er läßt die Polizei und Justiz in den meisten Fällen von besonderen Behörden und Personen vollziehen, nebenbei aber die gewöhnlichen Justiz- und Polizeibehörden bestehen. Der Staat bezahlt den einfachen Dienst mit doppeltem Gelde, offenbar kein Mittel, die Noth des Staatsschatzes zu erleichtern. Es hält überhaupt schwer, in vielen Punkten den Gesichtspunkt zu begreifen, von welchem die östreichische Regierung ausgeht. Sie will mit Hilfe durchgreifender Oekonomien den Stand der Finanzen verbessern, behält aber nichts destoweniger die kostspieligsten Institutionen bei, sie erhöht auf der einen Seite die Macht und die Autorität des Heeres, behandelt es aber auf der anderen Seite als eine Strafanstalt. Der Militärdienst wird von ihr als ein Aequivalent des Kerkers betrachtet, zahlreiche politische Verbrecher, statt in die Festung geschickt zu werden, unter die Soldaten gesteckt. Abgesehen davon, daß nun ein Theil der Armee mit der Ueberwachung des anderen beschäftigt ist, die Armee also um so viel weniger reduzirt, die erwünschte Ersparniß nicht eingeleitet werden kann, so wird ihr dadurch auch wieder jenes Ansehen entzogen, mit welchem sie die Regierung ausgestattet, und das Bewußtsein des Soldaten in einen argen Widerspruch verwickelt, da er gleichzeitig dem Civile als Vorgesetzter überordnet wird, und doch wieder alle Individuen sich angereiht sieht, welche der civilen Freiheit für unwürdig befunden worden. Er müßte sich bitter darüber gekränkt fühlen, würde es die Disziplin erlauben.

Wir haben schon oben der finanziellen Verlegenheit Oestreichs erwähnt: wir müssen noch einmal auf diesen Punkt zurückkommen, wollen wir uns nicht dem Vorwurfe aussetzen, eines der wichtigsten Merkmale des gegenwärtigen Oestreich übersehen zu haben. Nichts war kläglicher und theilweise auch lächerlicher, als der Anblick der östreichischen Geldverhältnisse im Sommer 1849. Die Scheere vertrat die Stelle des Prägstockes, statt kleiner Münze sah man nur Viertel- und Achtelnoten, jedes Silberstück, zuletzt sogar die Kupferkreuzer bildeten den Gegenstand des eifrigsten Kultus und — der ärgsten Spekulation, bogenweise wurden die kaiserlichen Münzscheine ausgegeben, neben dem Papiergelde der Nationalbank,

um den Bedarf zu decken, Privatnoten der mannigfachsten Art und des verschiedensten Werthes in Umlauf gebracht und, was merkwürdiger ist, in Cirkulation erhalten. Wie mag Proudhon gejubelt haben, als er seinen Plan vom unentgeltlichen Kredite und unmittelbaren Tausche so rasch verwirklicht sah und dieß noch in einem Staate, der durchaus nicht im Geruche leichtsinniger Neuerungslust steht. Wir haben vor unseren Augen Glasmünzen liegen, die von einem Glasfabrikanten herrühren, Ledermünzen eines Lederhändlers, Kattunstückchen als Werthzeichen von 3 Kreuzern, welche ein Kattunfabrikant emittirt, Blech- und Eisenmünzen eines Metall-Arbeiters, Holzmünzen eines Holzhändlers u. s. w. Sollten wir das Prinzip dieses Privatgeldes festzustellen haben, so könnten wir es nicht anders bezeichnen, als daß Jeder willkührliche Zeichen seiner Produkte unmittelbar gegen andere Produkte austauscht; dieß ist aber mehr, als selbst die Parodisten Proudhons demselben unterschieben, da sie doch immer von seinem Plane voraussetzen, daß der Tausch auf gleichen Werthen basirt sei. Ebenso wenig läßt sich die Unentgeltlichkeit des Kredites bezweifeln, wenn man sieht, daß Leute, welche kaum einige hundert Gulden im Besitze haben, für ebenso viele Tausende weit und breit acceptirte Papierschnitzel emittiren. Wir wollen keineswegs die ganze Last dieser tragikomischen Verwicklung der bestehenden Regierung aufbürden, wir wissen recht wohl, daß die Ursachen davon weit zurückreichen, aber verhehlen können wir nicht, daß das Geldausfuhr-Verbot, trotz aller Mahnungen des Reichstages und eindringlicher Vorwürfe der Geschäftsmänner so lange festgehalten, wesentlich zu jenen Wirren beigetragen. Das Agio von 15 — 20 %, welches auf Gold und Silber ruhte, war nicht die Ursache, sondern die Folge desselben, und wäre unstreitig viel früher herabgedrückt worden, wenn nicht das letztere der Spekulation einen neuen Reiz verliehen. Das Volk ist ohnehin von dem grundlosen Aberglauben, als sei alles Geld, das aus dem Lande geht, eine Verminderung seines Reichthumes, nicht befreit, es will noch immer nicht zugestehen, daß es dem Auslande sein Geld nicht schenkt, sondern gegen werthvollere Produkte austauscht, die Maßregel der Regierung bestärkte es nur noch in seinem Vorurtheile, es sah in Gedanken den bösen Feind bereit die Hand nach seinen Thalern und Zwanzigern auszustrecken, es eilte, von einer eitlen Furcht aufgeschreckt, alles was es an klingender Münze besaß, in Sicherheit zu bringen, oder wie es die

Sachen versteht, zu vergraben und zu verscharren *). Alles Geld verschwand aus der Cirkulation. Gleichzeitig sah sich der ausländische Handel, durch das Geldausfuhrverbot in seinem Verkehre mit Oestreich außerordentlich beengt, gezwungen, den Preis seiner Waaren aufzuschlagen, oder was dasselbe ist, das erlaubte Zahlungsmittel, das Papiergeld, zu einem niedrigeren Fuße zu berechnen. Einzelne Geschäftszweige blieben hierdurch ganz unthätig, andere halfen sich bloß dadurch, daß sie ihre Verluste auf den Konsumenten zurückwarfen. Was war also die Wirkung des Geldausfuhrverbotes? Hinaufschnellen des Silberagio, Lähmung der Produktion und des Handels, Bedrückung der Konsumtion. Im Interesse des östreichischen Volkes wurde es angeblich erlassen, wie dieß aber immer bei solchen Verboten geschieht, traf der Schaden davon nur wieder das östreichische Volk. Wir könnten uns die Nichtachtung des uralten ökonomischen Grundsatzes, daß der Weg des Geldes nimmermehr durch Gesetze und Ordonnanzen sich regeln läßt, daß es vielmehr immer und ewig jene Richtung einschlägt, welche ihm den größten Vortheil bietet, von Seite des Finanzministeriums nicht erklären, wenn wir nicht wüßten, daß die Nationalökonomie bis auf die neueste Zeit in Oestreich halb und halb zu den verbotenen Wissenschaften gehörte, daß man z. B. in polytechnischen Instituten, die den Industriellen, den Forstwirth, den Ingenieur zu bilden haben, wohl den religiösen Unterricht in die erste Reihe stellte, aber den nationalökonomischen völlig ausschied, und überhaupt diese Seite der modernen Kultur kaum irgendwo so vernachlässigt ist, wie hier. — Die Geldverhältnisse haben sich zwar in der letzten Zeit etwas verbessert, aber der Rückfall in die alte kaum überstandene Noth ist nicht abgewehrt, wenn nicht das Uebel von Grund aus geheilt wird. Was gedenkt die Regierung in dieser Hinsicht zu thun? Sie begreift, daß es nicht genügt, immer nur nachträglich das bestehende Defizit durch außerordentliche, meist sehr kostspielige Hilfsmittel zu decken, sondern daß das Defizit überhaupt vermieden werden muß, und hofft dieß Resultat vorzugsweise durch die Vermehrung der Steuern zu erreichen. Im Vergleiche mit dem

*) Es verdient bemerkt zu werden, daß in Prag z. B. eiserne Töpfe ein Gegenstand eifriger Nachfragen von Seite der Bauern wurden. Sie benützten dieselben um hinein ihr Geld zu thun und dann in einem Kellerwinkel zu vergraben.

riesigen Steuerbudget Frankreichs erscheint allerdings die Steuersumme Oestreichs nicht bedeutend; aber man darf hierbei nicht vergessen, daß auch die Hilfsquellen Oestreichs an Ausgiebigkeit jenen anderen Staaten nachstehen, daß die an sich bedeutenden Reichthümer des Landes meist brach liegen und noch lange nicht vollständig verwerthet werden können. Wir können hier nicht erörtern, ob die bestehenden Steuern trotz ihrer anscheinenden Kleinheit nicht gerade schon hoch genug sind, daß jede weitere Vermehrung die Kraft des Volkes übersteigt, können darum ebenso wenig die letztere blindlings gutheißen. Wenn wir bedenken, daß das östreichische, wie alle anderen Steuersysteme, keineswegs auf dem Grundsatze der Gleichmäßigkeit gebaut ist, daß es in Bezug auf billige und gerechte Vertheilung viel zu wünschen übrig läßt, daß bei dieser schwankenden Grundlage jede Vermehrung der Steuern einen größeren Druck ausübt, als sonst der Fall wäre, daß z. B. die neugeschaffene Einkommensteuer durch die ungleiche Vertheilung der bereits bestehenden Steuern ungleich fühlbarer und schwerer aufzutreiben ist, als wenn sie ausschließlich angewendet würde, so müssen wir fürchten, daß durch eine nur etwas bedeutendere Vermehrung der Steuern schon das Stammvermögen des Volkes angegriffen wird, daß es jenem Kapital, das für den Dienst der Produktion bestimmt ist, einen Theil wird entziehen müssen, um die Forderungen des Staates zu befriedigen, dann wird der letztere wohl für einige Zeit sich einer größeren Steuersumme erfreuen, aber später nicht einmal den alten, kleinen Betrag erhalten. Steuern sind Versicherungsprämien, aber kein Synonym der Konfiskation, und letzteres würden sie, wenn sie nicht den Reinertrag eines Gutes, sondern unmittelbar einen Theil des letzteren selbst träfen. Namentlich der gegenwärtige Augenblick scheint für eine Vermehrung der Steuern wenig geeignet. Der Werth von Kapitalien ist in Folge der schwankenden Geldverhältnisse stark gesunken, die emanzipirten Rustikalgüter sind noch mit der Ablösungspflicht belastet, die ehemaligen Dominikalgüter warten auf eine neue Wirthschaftsmethode, um die durch das Aufhören der Feudallasten verursachten Verluste wieder einzubringen, noch ungleich mehr hat sich in Folge der steten Angst vor Belagerungen und Bombardements das Erträgniß des Hausbesitzes verringert, die Industrie ist von dem Hemmschuhe noch nicht befreit, welchen ihr die frühere Regierung angelegt, worauf soll sich denn der Mehrertrag der Steuern gründen?

Nicht in der Steuervermehrung, sondern in der durchgreifenden Vereinfachung des Regierungssystems, in der Benützung des Landeskredites — was freilich eine größere Selbstthätigkeit der Provinzen und Landtage voraussetzt — in der Wegräumung aller Hindernisse der Produktion, die wir nicht namentlich anzugeben brauchen, in der Verminderung der unproduktiven Klassen, in der positiven Hebung der Produktion, durch jene unzähligen Mittel, welche die Wissenschaft festgestellt, ist das Heil für die Finanzen zu finden; es ist dort rasch zu suchen, soll nicht auch dieser letzte Ausweg sich versperrt zeigen.

Woher mag es nur kommen, daß von allen europäischen Staaten beinahe nur die Schweiz allein, das vielverschriene republikanische Demagogen-Nest, das Aschenbrödel der Großmächte, seine Finanzen in Ordnung hält, und alljährlich einen Ueberschuß der Einnahmen aufzuweisen hat, während Staaten, welche wie Frankreich das Wohl der Bürger bis in die unbedeutendste Regung hinab überwachen, oder wie Oestreich ängstlich jeden freien Athemzug abwehren, damit nicht die materiellen Interessen unter dem Luftzuge leiden, unter ihrer Schuldenlast beinahe zusammenbrechen, und daß unter den Großstaaten derjenige, welcher die größte Schuldenlast besitzt, Großbrittanien allein sorgenfrei sein Haupt erheben kann? Sollte das ganze Geheimniß auch des materiellen Flors wirklich nur in dem Wenig-Regiertwerden und Viel-Selbstregieren bestehen? — —

Wir haben noch eine Aufgabe vor uns.

Wir konnten bei der Betrachtung des Fortganges der Revolution nicht jeden ihrer Schritte billigen, nicht gleichmäßig allen ihren Bestrebungen unsere Theilnahme schenken, wir fanden in vielfach gepriesenen ihr Verderben, in anderen, minder beachteten, bei Seite geschobenen ihr Heil; doch alle Irrwege, die sie auch einschlug, konnten nicht den rothen Faden einer erhabenen positiven Idee, der sich durch alle ihre Entwicklungsmomente hindurchschlang, verschwinden machen. Ihre Berechtigung steht höher als die Tendenzen der einzelnen Parteien. Wir konnten uns aber ebensowenig bei dem gegenwärtigen Zustande des Staates beruhigen; wir suchten vergebens nach den natürlichen Garantien der Ordnung, nach den Merkmalen des Schlusses der Revolution und der Wiederkehr des Vertrauens. Wir fanden die Grundrechte aufgehoben, die Verfassung noch ohne Leben, den oppressiven Charakter der Regierung

am meisten ausgeprägt, und wo auch unser Blick hinschweifte, überall schienen ihm die Zustände zuzurufen, daß nur die Waffen ruhen, aber nicht der Friede geschlossen ist. Und doch hätten wir die Friedenspalmen so gern schon erblickt, so gern uns überzeugt, daß auch in Oestreich bereits jene Epoche eingetreten ist, wo nicht mehr der Fortschritt immer nur eine feindselige Stellung gegen das Bestehende einnimmt, sondern sich demselben vermählt, aus demselben unmittelbar hervorgeht, wie sich bei der Pflanze ein Blatt an das andere schließt, und die Blüthe mit Selbstverläugnung nur für die Verwirklichung der Frucht, die sie doch aufhebt, arbeitet! Ist denn die Sitte und die Bildung, die Erkenntniß und die Liebe bis in die tiefste Schicht der Gesellschaft gedrungen, ist auch dem Geringsten unter den Menschen sein Dasein gesichert, seine moralische und physische Entwicklung geschützt, daß wir die gemeinsame Arbeit verlassen und unsere Kräfte gegen einander messen, statt sie vereint für das unverrückbare Ziel der Menschheit zu verwenden? Wir wollen nicht den Kampf, weil wir nicht die Zerstörung wollen, wir wünschen die äußere Ruhe, weil wir nach innerer Entwicklung streben. Eben darum müßten wir uns gegen die gegenwärtig herrschenden Zustände erklären; sie tragen den Keim schwerer Konflikte mit sich, sie unterdrücken die Parteien, aber versöhnen sie nicht; sie verschieben die schwebenden Fragen, aber lösen sie nicht. Die nationalen Wirren sind nicht zur Entscheidung gebracht, das Verhältniß zu Deutschland nicht bestimmt, das Maß der Rechte und Freiheiten, welche der Bürger genießen soll, nicht festgestellt, nicht einmal der Weg genau bezeichnet, welchen Oestreich einschlagen wird. Der Ausnahmszustand führt zu keinem Ziele.

Was haben wir denn aber für Pläne im Vorschlage, welche Zukunft wollen wir Oestreich zubereitet wissen, daß wir über das Negative der gegenwärtigen Zustände klagen? Wir haben diese Frage erwartet, wir zögern nicht sie zu beantworten. Gehen wir ohne Umschweife auf den Hauptpunkt ein: Centralisation oder Föderation?

Die Leidenschaft hat sich bereits dieses Gegenstandes bemächtigt, Parteienwuth denselben entfärbt, so daß man gegenwärtig nur mit Mühe die nöthige Ruhe und Unbefangenheit für die Erörterung sich wahrt. Und doch wünschten wir für diese Frage keine andere Behandlung, als jene des Naturforschers, wenn er an die Untersuchung eines Naturgesetzes geht, jenes Zurückweisen aller subjekti-

ven Eindrücke, jenes völlige Aufgehen in das Objekt, jene bescheidene Einschränkung auf die Rolle des aufmerksamen Beobachters, welche allein ein glückliches Resultat sichert. Ohnehin haben die beiden Prinzipe, als Lebensprinzipe, dieß mit den Naturgesetzen gemein, daß nur jenes richtig und wahr ist, welches alle Fragen löst, alle Interessen umfaßt, allen natürlichen Forderungen genug thut, daß es dagegen als falsch und unbrauchbar verworfen werden muß, sobald es auch nur ein einziges Recht verkürzt, ein einziges gerechtfertigtes Interesse verletzt. —

Wie ist die Centralisation entstanden, was bedeutet sie?

Man braucht nicht weit in die Vergangenheit zurückzugreifen, um den Ursprung der Centralisation zu entdecken. Als die alten Feudalherren ihre Stammschlösser verließen und ihren Ländereien, wo sie über Tod und Leben der Unterthanen verfügt, Truppen gehalten, Münzen geschlagen, Steuern erhoben und Recht gesprochen, Lebewohl sagten, um „im Versailler Schlosse dem Könige beim Lever das Hemd zu reichen," als alle Macht, alle Geltung und alle Lebensblüthen aus der Nation wichen und in die ungesunde Hofluft verpflanzt wurden, als der Grundsatz verkündigt wurde, daß der Fürst der wahre Herr und Eigenthümer aller Güter des Reiches sei — da wurde der Grundstein zum Gebäude der Centralisation gelegt. Sie ist eine Schöpfung des Absolutismus, und ist in jenem Lande großgezogen worden, welches noch heutzutage ohne Widerstreit als das Musterbild eines centralisirten Staates gilt, in Frankreich. Die französische Revolution benutzte die Centralisation, um in dem ungleichen Kampfe mit einem zahllosen äußeren Feinde und der inneren Fraktion alle Macht und Gewalt beisammen zu halten. Es galt das Leben oder den Tod. Zersplitterung führte den letzteren herbei, energisches Zusammenfassen aller Kraft rettete das erstere. Im Namen der Nation, deren Existenz auf dem Spiele stand, wurden alle besonderen Freiheiten in den Hintergrund gedrängt, die Nivellirung der Gesellschaft in der politischen Verwaltung durch die Centralisation bezeichnet. Die Revolution bedurfte der Diktatur, und diese fand die Zügel, um 30 Millionen Menschen zu lenken, in der Centralisation. Napoleon übernahm mit der Erbschaft der Revolution auch jene der Centralisation. Wäre sie nicht schon in Frankreich bestanden, er hätte sie geschaffen. Dem Manne, dem die einzelnen Nationen nur Schachfiguren waren, der im Volke nur Ziffern sah, in sich ganz Frankreich repräsentirt wissen wollte, war

kein System so nahe gelegen und für seine Pläne so passend, wie jenes der Centralisation. Er vollendete es, indem er die Hierarchie der Bureaukratie schuf, die sich wie das Netz einer Spinne über das ganze Land ausbreitet, welche jeden Gegenstand, der sich in das Netz verliert, nach dem Mittelpunkte schleppt. Die nachfolgenden Regierungen fügten noch die Ministerialherrschaft hinzu, welche unter dem allgewaltsamen Kaiser nicht aufkommen konnte, ließen aber sonst das Gebäude unverändert. So hat sich die Centralisation in Frankreich bis zur Februarrevolution, ja über dieselbe hinaus erhalten. Sie herrscht noch unversehrt und unverstümmelt; noch immer denken, fühlen, wollen und handeln für ganz Frankreich die Ministerialbureaus in Paris, noch immer kann auch nicht die geringste Bewegung auf irgend einem Punkte von Frankreich vor sich gehen, daß sie nicht von dem Mittelpunkte des Ministeriums aus den Anstoß erhielte. Will man daher die Centralisation würdigen, so muß man ihre Gestalt, ihre Wirkungen, ihre Thätigkeit in Frankreich untersuchen; hier allein hat sie lange genug bestanden, daß man bestimmte Erfahrungen über sie feststellen, hier allein eine Ausdehnung und Reinheit erhalten, daß, was von ihr gilt, auf das System im Allgemeinen angewendet werden kann.

Es läßt sich nicht läugnen, daß die Centralisation in Frankreich noch zahlreiche Anhänger zählt und die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung für sich hat; dieß kann nicht wundern, wenn man bedenkt, daß an die Centralisation die glorreichen Erinnerungen der Revolutionszeit und des Kaiserreiches sich knüpfen, und daß in keinem Volke der Erde das Gefühl der Einheit und das Streben nach Macht so scharf ausgeprägt ist, wie in dem französischen. Doch beginnen aber auch die Stimmen für die Decentralisation seit der letzten Revolution von Tag zu Tag immer lauter und zahlreicher zu werden. Und welche sind unter den Männern, die nicht der Autorität nachbeten und gedankenlos die gewohnten politischen Formeln wiederholen, jene, welche der Centralisation huldigen und welche sie bekämpfen? Zu ihren Anhängern zählt sie vorzüglich die Ehrgeizigen, welche sich schon am Ministertische träumen und von dem Gedanken geschmeichelt fühlen, daß auch nicht die geringste Pfütze in einem Winkel des Staates gereinigt werden kann, ohne daß sie nicht davon wüßten und es billigten; dann die Furchtsamen, welche den Einsturz der Welt nahe glauben, wenn nicht der Präfekt allgegenwärtig und der Minister allwissend wären, für

welche die Menschheit noch jetzt Flügelkleider trägt, und welche selbst den Himmel ohne Registraturen und Protokolle sich unmöglich denken, und endlich jene falschen Propheten der Gleichheit, welchen selbst die bitterste Noth der Arbeiter nicht traurig genug ist, daß sie nicht auch in ihr einen Stoff für ihre Herrschlust erblickten. Louis Blanc's Anhang und die Staatsmänner aus Louis Philipps Schule, die Männer der Intrigue und der Prinzipienlosigkeit, die mit dem einen Auge nach Voltaire, mit dem anderen nach den Jesuiten schielen, und dann versichern, sie spähen nur nach dem Volkswohl, bilden die streitende Kirche der Centralisation. Als ihre Gegner dagegen erblicken wir die konsequenten Liberalen, welche die Freiheit nicht bloß für sich, sondern für Alle wollen, die ehrlichen Konservativen, welchen die Geschichte des letzten Menschenalters deutlich genug die Centralisation als die Quelle jener immer wiederkehrenden konvulsivischen Bewegungen des Staates aufgewiesen hat. Sie sind freilich leichter zu zählen, aber wo wären denn die konsequenten Politiker überhaupt in großer Anzahl vorhanden? Doch finden sie sich in allen Parteilagern vor. Unter den Sozialisten vertritt Proudhon die Decentralisation, dessen Lehre von der Anarchie offenbar nichts anderes als eine absichtliche Uebertreibung derselben bedeutet, unter den Republikanern Girardin und der pseudonyme Simon, unter den Legitimisten Raudot, Béchard u. A. Sollte dieß nicht für die große Bedeutung und theilweise schon für die Wahrheit der Decentralisation sprechen, daß sie unter allen Parteien sich Anhänger geworben, also ohne Rücksicht auf die Parteifarbe für die Zukunft Frankreichs nothwendig erschienen ist?

Und wie lautet das Urtheil dieser Männer über die Centralisation?

„Die Centralisation macht aus der Freiheit eine Abstraktion; die Freiheit ist unter ihrer Herrschaft kein greifbares, wirkliches Ding, sondern ein Luftgebilde."

„Die Centralisation vereinigt Alles auf einen einzigen Punkt: alle Rechte und Interessen, alle Macht und allen Einfluß; sie zwingt daher auch jeden Einzelnen, sich unaufhörlich, auch bei dem geringsten Anlasse, um diesen Punkt — die Regierung — zu bekümmern, sie zu beunruhigen, aufzustören, zu gewinnen oder zu verderben."

„Um das Recht einer einzelnen Gemeinde zu vertreten, muß

man sich im Centralisationssysteme erst mit der Regierung vieler Millionen in Widerspruch setzen."

„Die Centralisation regiert zu viel und verwaltet schlecht."

„Ein centralisirter Staat von vielen Millionen Einwohnern hat denselben Sinn, wie Behaglichkeit mitten im dicken Gedränge."

„Das Centralisationssystem und die Herrschaft der Bureaukratie sind gleichbedeutend."

„Die Centralisation macht aus den Beamten gleichzeitig Götter und Marionetten, Götter mit Rücksicht auf die Bürger, Marionetten in Bezug auf die Minister."

„Die Centralisation gewöhnt alle Beamte an Willenlosigkeit. Ohne höhere Instruktionen wagen sie sich kaum zu bewegen. In gewöhnlichen Zeiten machen sie den Geschäftsgang schleppend und kostspielig, in Tagen der Gefahr, wo es gilt, rasch und auf eigene Verantwortlichkeit zu handeln, sind sie unnütz."

„Im Centralisationssysteme müssen sich die Beamten mit Allem und Jedem beschäftigen, und haben daher für gar nichts rechte Zeit und Ernst."

„Die Centralisation ist die Hauptquelle der Korruption, besonders bei den Kammerwahlen. Deputirte und Regierung bedürfen einander gegenseitig und verständigen sich auf Kosten — des Volkes."

„Die Centralisation verewigt die Revolutionen. Weil die Regierung die Prätension hat, Alles zu thun, wird sie auch für Alles, selbst das Unverschuldete und Zufällige verantwortlich."

„Man vergiftet auf einmal viele Millionen, nur weil man sie zwingt, Alle aus einem Brunnen zu trinken."

„Der Preis der Regierung im centralisirten Frankreich beträgt für jeden einzelnen Kopf 40 Franks. Nicht weniger als 530,000 Beamte bilden das Triebwerk der Centralisation! Jeder zehnte Franzose lebt immer auf Kosten des Budgets, d. h. auf Kosten des Volkes."

Doch nicht von ihren Gegnern allein wird die Centralisation verurtheilt, ihre eigenen Freunde müssen sie verdammen. Cormenin, ein enthusiastischer Anhänger des Centralisationssystems, mußte, als er ihre Wirkungen auf Frankreich zusammenfaßte, gestehen, daß sie in der Feudalzeit nur der Aristokratie, in der absoluten Monarchie dem Hofe, in der Republik dem Terrorismus, in der Kaiserzeit dem Despotismus und seit der Restauration der ministe-

riellen Allmacht gedient habe, und den Wahlspruch der Centralisten fand auch er in folgenden Worten am treuesten wiedergegeben: „Nous nous mêlons à tout et nous nous mêlons de tout.“ Einmischung und Bevormundung — dieß ist der Kern.

Und nun, nachdem wir gesehen, daß in Frankreich die Centralisation zum Verfalle des Staates geführt, daß sie die Revolutionen unfruchtbar, das System der Ordnung unmöglich gemacht hat, daß sie die Entwicklung der Freiheit verhindert, und doch auch nicht zugelassen, daß die Ruhe Wurzeln fasse, daß sie die Monarchie zerstört und die Republik im Keime erstickt, trotz aller dieser unbestreitbaren Erfahrungen sollen wir nicht trauern, daß in einem Staate, wo glücklicherweise die Centralisation noch nicht die Zeit gefunden, ihr künstliches Gewebe fertig zu spinnen, Frankreichs verhängnißvolles Beispiel nachgeahmt, der Staat allen jenen Schwankungen überliefert werde, welche anderwärts den Boden durch volle 60 Jahre erschüttern machen, daß wir uns durch eigenes Unglück von den verderblichen Folgen der Centralisation belehren lassen sollen, die wir doch schon jetzt so deutlich, als wir nur immer wünschen können, vor unseren Augen sehen? Wir sollen nicht widersprechen, wenn man die Centralisation als die ersehnte Staatsreform preist, welche die Freiheit des Volkes sichern und zugleich mit der Ordnung versöhnen soll? Wer Centralisation sagt, sagt Macht, sagt gegenseitige Eifersucht der Regierungen, sagt Intervention und Bureaukratie, sagt hohes Budget und zudringliche Polizei, sagt ökonomischen Verfall und politischen Druck; er will mit einem Worte das alte, durch die Geschichte verurtheilte System, er kann aber unmöglich vorgeben, für den Fortschritt zu streiten, ohne sich selbst Lügen zu strafen.

Aber wird man uns den Widerspruch mit uns selbst nicht vorhalten, daß wir die Centralisation mit deßhalb verdammen, weil sie die Dauer der Ordnung aufhebt, und doch die Regierung schwächen wollen, indem wir ihre Macht einschränken? Glaubt denn wirklich noch Jemand, daß eine sogenannte starke Regierung allen politischen Störungen vorbeuge, ist es etwa nicht bekannt, daß eben das ungemessene Streben nach Stärke die Schuld an dem Untergange der Regierungen trägt, daß z. B. Louis Philipp nur deßhalb gestürzt wurde, weil seine Regierung ihre Macht auch über die Gewissen der Deputirten ausgedehnt hatte? Die sogenannten

starken Regierungen sind gerade die schwächsten, weil sie die unnatürlichsten sind, die bespöttelten schwachen dagegen die dauerhaftesten.

Ueber den Werth der Centralisation ist das Urtheil gesprochen, nicht von einzelnen Theoretikern, sondern von der Geschichte. Sie besteht zwar noch, aber nur wie das Prohibitivsystem besteht, nicht weil sie eine unzerstörbare Grundlage besitzt, sondern weil eine zähe Natur allem Bestehenden inwohnt, das ihm das Leben fristet, wenn auch sein Lebenskern schon ausgehöhlt ist. Doch es genügt nicht, daß man die Centralisation von Oestreich zurückweist. Für Frankreich mag es hinreichen, wenn die Gemeinde befreit, die Zahl der selbstthätigen Punkte im Staate vermehrt wird, hier gilt es nur die Uniformität zu brechen und die Einheit in ihre natürlichen Grenzen zurückzudrängen, aber niemals wird bei diesem von der Idee der Gleichheit tief durchdrungenen Volke von der Föderation die Rede sein können. Anders in Oestreich, wo der Einheit die naturwüchsige Form fehlt, wo der Einzelne nicht unmittelbar mit dem Gesammtstaate zusammengewachsen ist und eine andere politische Existenz für sich gar nicht denken kann. Sagt dem Franzosen, dem Engländer, er sei nicht nothwendig gerade französischer, brittischer Bürger, er könnte gar wohl auch einem anderen Staate angehören; er wird euch nicht verstehen, denn in ihm ist das nationale Gefühl und das politische Bewußtsein eins und dasselbe: aber sagt es dem Italiener, Polen, deutschen Serben in Oestreich; wenn er auch noch so gut östreichisch gesinnt ist, er wird euch dennoch nicht auslachen, sondern nur den Vortheil der Trennung von Oestreich bestreiten. Der Verstand und nicht das Gefühl knüpfen ihn an Oestreich.

In Oestreich sprechen nicht blos, wie auch sonst überall, politische Gründe gegen die Centralisation, hier treten überdieß die eigenthümlichen nationalen Verhältnisse gegen dieselbe auf, und diese letzteren sind es, welche das Verlangen nach Decentralisation in die bestimmte Forderung der Föderation umgestalten. Gäbe es in Oestreich nur eine einzige Nationalität, wir würden nichtsdestoweniger das Centralisationssystem verwerfen, weil es dem Prinzipe der Selbstbestimmung zu nahe tritt, den Zweck des modernen Staates, die einzelne Kraft zu schützen und zu ergänzen, ihre freie Entwicklung zu sichern, verfehlt; die Vielheit der Nationalitäten zwingt uns, noch einen Schritt weiter zu gehen und die Einführung des

Föderativsystems zu empfehlen. Gäbe es in Oestreich nur eine einzige Nationalität, wir würden es als eine überflüssige Mühe aufgeben, für die Berechtigung des nationalen Prinzips im Staate zu kämpfen, die nationale Grundlage des Staates wäre von selbst vorhanden, das Bestreiten der Berechtigung desselben würde gar Niemandem in den Sinn kommen; das Dasein nationaler Gegensätze aber, der thatsächliche Widerspruch, der von vielen Seiten gegen das nationale Prinzip im Staate erhoben wird, macht es nothwendig, bestimmte Garantien für die Aufrechthaltung desselben zu fordern. Wir finden dieselben nur in der Föderation. Gäbe es in Oestreich nur eine einzige — spezifisch östreichische — Nationalität, niemals könnte sich ein bedeutender Widerspruch zwischen der nationalen Anschauung des Volkes und der Grundlage seines politischen Seins erheben, sie fielen unmittelbar zusammen; das Stattfinden des Gegentheils gebietet aber ausreichende Vorkehrungen zu treffen, um jene feindlichen Berührungen zu vermeiden. Wir finden dieselben abermals nur in der Föderation.

Was verstehen wir aber unter der Föderation?

Wir würden den Kampf auf einen unpassenden Schauplatz übertragen, wollten wir jetzt und hier einen völlig ausgearbeiteten, bis in die kleinsten Bestimmungen detaillirten Plan des föderirten Oestreich auseinander setzen. Wir hegen nicht das unbedingte Vertrauen in unsere Kraft, um diesem Plane die Unfehlbarkeit zu sichern; es ist leicht möglich, daß derselbe mannigfache Irrthümer in sich bergen, unpraktische Seiten an sich tragen, arge Blößen aufdecken würde, und Niemand würde dann bei der Hand sein, als unsere Gegner, um mit Hilfe gewandter Sophismen das Verdammungsurtheil von der Ausführung auf das Prinzip auszudehnen, und weil jene mangelhaft gewesen, dieses als unbrauchbar bei Seite zu werfen. Wir überlassen dieß erfahreneren Händen und späteren Zeiten, und wollen uns hier freiwillig auf die Erörterung des Prinzipes beschränken.

Die Anhänger der Föderation sind weit davon entfernt, die Einheit des Staates völlig läugnen zu wollen, sie sperren sich nur gegen die rückhaltslose, absolute Einheit, gegen die unbedingte Einförmigkeit, welche den bestehenden tiefeingreifenden Unterschieden und Gegensätzen unter den östreichischen Völkern Gewalt anthut, sie verlangen zum Gegengewicht der Einheit des Gesammtstaates die Selbstständigkeit der mit Rücksicht auf die Nationalität gebildeten

Einzelländer, und stellen als den obersten Grundsatz der Verfassungslehre in Oestreich die relative Einheit und die relative Selbstständigkeit auf. Sie wollen die Centralregierung nicht aufgehoben wissen, aber nur ihre bureaukratische Einmischung in das innere Leben der Nationen zurückgewiesen haben: sie wollen den allgemeinen Reichstag nicht seiner Wirksamkeit berauben, aber nur in seiner Zusammensetzung die nationale Gleichberechtigung — das oberste und Oestreich ganz eigenthümliche Verfassungsprinzip gesichert oder, um mich des Ausdruckes eines östreichischen Staatsmannes zu bedienen, ihm die Form eines nationalen Kongresses verliehen und seine Thätigkeit auf jene Gegenstände eingeschränkt sehen, welche durch ihre allgemeine Bedeutung auch ein gemeinsames Zusammenwirken bedingen, sie wollen die Landtage nicht mit souveräner Macht betrauen, aber nur ihren Wirkungskreis so weit ausdehnen, daß sie im Stande sind, die Entwicklung des Volksstammes, welchen sie vertreten, nach allen Seiten zu fördern, die materielle und moralische Kraft ihres Landes zu sichern und zu steigern. Die Getheiltheit Oestreichs durch Nationalitäten, deren jede ein selbstständiges System von Interessen in sich birgt, ist eine Thatsache, die auch der größte Fanatiker für die Centralisation nicht abläugnen wird; dieser Getheiltheit muß auch eine Theilung der politischen Gewalten entsprechen, sonst verliert der Staat seinen Charakter des verkörperten Volkswillens, er muß die Entscheidung besonderer Interessen besonderen Kreisen überlassen, sonst verliert er die Kraft und die Einsicht den allgemeinen vorzustehen, er muß jeder einzelnen Nationalität einen eigenen freien Spielraum für ihre Entwicklung gönnen, sonst geräth er in Gefahr, daß sie dieselben dann erörtert, wo die Entscheidung allgemeiner Angelegenheiten drängt und, der Schwierigkeiten und Hindernisse müde, im Verein mit allen anderen gegen ihn sich kehrt.

Dieß sind die Grundzüge des Förderativsystems, die Motive seiner Verfechter. Um Rechtfertigungsgründe für ihre Ansichten brauchen sie sich nicht lange umzusehen. Das Prinzip der nationalen Gleichberechtigung, die politische Freiheit, der ökonomische Fortschritt, die moralische Kultur und das materielle Wohl — sie alle rufen in Oestreich laut und dringend nach der Förderativverfassung, sie alle finden in der Verwirklichung der letzteren die Bedingung ihres Seins, in ihrer Verläugnung ihre eigene Vernichtung.

Der Nationalstaat ist in der Neuzeit das Ziel aller liberalen

Bestrebungen geworden. Wo er schon bestand, wurde er gekräftigt, wo finstere Mächte, äußere Gewalt und innerer Zwiespalt sich seiner Schöpfung bis dahin in den Weg gestellt, wurde ihm der letztere vom wachgewordenen Volke gebahnt. Frankreich hat schon lange den Staat und die Nation vereinigt — die politische Trennung der französischen Schweiz kann aus bekannten Gründen nicht als Einwurf dagegen gelten, — Griechenland und Serbien haben mit glücklichem Erfolge für ihre nationale Existenz auch einen politischen Ausdruck gefunden, Deutschland und Italien streben unaufhörlich nach der Verschmelzung ihrer nationalen und politischen Einheit — kann Jemand noch behaupten, die nationale Grundlage des Staates sei heutzutage nur eine im Kopfe von Träumern und Schwärmern ausgeheckte Chimäre, weist nicht der furchtbare Blutstrom, der schon in unserem Jahrhunderte für die Nationalität geflossen, die praktische Geltung dieser Idee nach, hat die erste französische Revolution nicht sattsam gezeigt, daß die nationale Idee nicht minder begeisternd wirkt, als die religiöse, und fruchtbringender an politischen Gestaltungen ist, als alle jene Momente, die zeither die Staatenbildung bedingt? Es ist nur eine Verzweigung der allgewaltigen Aufklärung, der größten Göttin unserer Zeit, welche den Begriff der Nationalität in den Staat eingeführt, die Forderung einer volksthümlichen Basis für den letzteren aufgestellt. Unsere Zeit verlangt einen rationellen Grund für das politische Band und findet dieses in der gleichen Nationalität, in der Einheit der Gesichtsweise, in der Gleichheit der übrigen geistigen Interessen. Die Nationalität ist nicht Alles im Staate, aber ohne dieselbe oder wohl gar im Widerspruche mit derselben ist der Staat nichts. Wenn es nun wahr ist, daß der moderne Staat sich auf die nationale Idee stützt, daß die Nationalität ein unbedingtes Recht hat, als leitende Idee des politischen Lebens sich geltend zu machen, so folgt daraus auf unwiderlegliche Weise die Nothwendigkeit der Föderativverfassung für Oestreich. Wer im Namen der deutschen Nationalität für den deutschen Einheitsstaat kämpft, muß konsequent auch im Namen der östreichischen Nationalitäten für den östreichischen Föderativstaat auftreten. Das Unmittelbarste wäre freilich, jede östreichische Nationalität konstituirte sich auch politisch für sich, oder schlösse sich einem andern stammverwandten Staate an. Das Letztere hält schwer, weil mit Ausnahme des Erzherzogthums Oestreich jede Provinz eine doppelte

Nationalität aufweist, und darum auch in ihren Sympathien fast durchgängig eine entgegengesetzte Richtung einschlägt; das Erstere aber ist unmöglich, weil die nationalen Interessen der einen Provinz immer nach einer andern hinübergreifen, die nationalen Beziehungen in Wahrheit ein Kreuzgewebe bilden. Der Cechе will in Verbindung mit den Ungarslawen bleiben, der Deutsche in Oestreich den Sachsen in Siebenbürgen, den deutschen Bewohner slawischer Bezirke nicht aufgeben. Die politische Isolirtheit würde den meisten Volksstämmen ihre nationale Entwicklung nicht gewährleisten, im Gegentheil sie stören und hemmen. Eine Naturnothwendigkeit hält sie beisammen, doch woher soll in dieser Verbindung das nationale Prinzip die Garantie seiner Unversehrtheit erhalten? Der östreichische Einheitsstaat, dieß ist nichts anderes als die Herrschaft des einen Stammes über den andern, dieß ist der alte Zustand, wie er vor der Revolution bestanden, ja ärger noch, weil er für das erwachte und aufgefrischte nationale Bewußtsein fühlbarer ist. Offenbar müssen die einzelnen Nationalitäten neben einander gestellt werden, jede für sich einen selbstständigen Schauplatz für ihre Entwicklung besitzen, und wo sie sich berühren, dieß auf neutralem, über die nationalen Wirren erhobenen Boden thun. Haben die Nationalitäten keinen freien, abgesonderten Spielraum für die Eröterung und Förderung ihrer Interessen, so werden sie dieselben auf dem Reichstage verhandeln, dieser selbst kann in einem Einheitsstaate auf nationale Differenzen keine Rücksicht nehmen, und ist nach einfachen Größenverhältnissen zusammengesetzt. Jede einzelne Nationalität ist gegenüber allen übrigen in der Minderheit, und muß ihre Angelegenheiten der Entscheidung dieser letzteren, fremden, ihr oft feindlichen und entgegengesetzten überlassen. Wir wollen nicht reden von der häufigen Verwicklung, dem unnützen Zeitverluste, dem oft unmöglichen Verständniß, dieß aber behaupten wir, daß ein jeder dieser Beschlüsse von der betheiligten Partei mit Mißtrauen aufgenommen und niemals als gerecht wird bezeichnet werden. Schon der erste Reichstag bot eine zahlreiche Gelegenheit zur Beobachtung tiefeingreifender Verschiedenheiten der Verhältnisse in den einzelnen Provinzen, die meist mit dem nationalen Sein in inniger Berührung stehen, und unübersteiglicher Hindernisse in dem Verständniß von Provinzialangelegenheiten. Soll dieß Schauspiel sich ewig wiederholen? Und wenn es sich wiederholt, soll immer eine Majorität, die weder den Sinn noch den

Willen dafür besitzt, nationale und provinzielle Fragen gewaltsam durchschneiden? Oder soll dieß in Oestreich nichts auf sich haben? Aber was hat es dann in Deutschland, in Italien auf sich, wenn dort das nationale Prinzip gemißhandelt wird? Und wenn ihr hier die nationale Freiheit im Staate aufrecht erhalten wissen wollt, so duldet sie auch dort, denn dieselben Gründe, die hier für die Verschmelzung der nationalen und politischen Einheit sprechen, sprechen dort für die nationale Selbstständigkeit, für die politische Nebenordnung der einzelnen Volksstämme: und diese Gründe sind mit einem Worte die nationale Freiheit. Was im centralisirten Staate so schwierig, ja unausführbar ist und zugleich mit dem Makel der Ungerechtigkeit behaftet, ist in der Föderativverfassung mit größter Leichtigkeit zu verwirklichen. Den neutralen Boden, den wir dort vergeblich gesucht, finden wir hier in dem der Debatten über besondere nationale und provinzielle Interessen enthobenen, auf Grundlage der nationalen Gleichberechtigung zusammengesetzten Reichstage. Es läßt sich nicht läugnen, daß die verschiedenen Nationalitäten sich gern negativ zu einander verhalten; ihnen die Gelegenheit zur Reibung zu nehmen, ist die erste Pflicht dessen, der Oestreich erhalten will. Darum überlasse man die Regelung der besonderen Angelegenheiten der einzelnen Provinz, der einzelnen Nationalität auf dem Landtage, man vermeide die Klippe, an welcher jeder centralisirte Reichstag scheitern würde, die Wiedererweckung des nationalen Hasses, indem man dem Reichstage nur die allgemeinen politischen Reichsangelegenheiten überläßt. Bei diesen letzteren schweigt das unmittelbare nationale Interesse, und ist in jedem Volksstamme eine gleichmäßige Vertretung gewährleistet, so wird auch seine Entscheidungen niemals der Vorwurf der Ungerechtigkeit treffen.

Der Einwurf, den man gegen die Föderativverfassung vorbringen könnte, daß sie die nationalen Wirren nicht beseitigt, sondern nur verlegt, die Herrschaft des einen Volksstammes über den andern nur auf einen andern Platz, nämlich auf die Landtage von Provinzen mit gemischter Nationalität verschiebt, ist nicht schwer widerlegt. Schon dadurch ist viel gewonnen, daß der Streit vereinfacht ist, die Leidenschaft nicht den ganzen Staat aufregt, die Beimischung fremder Elemente die Verständigung nicht erschwert, aber weiter bemerken wir, daß wir die Autonomie auch auf die Gemeinden und Kreise ausgedehnt wissen wollen, und die Errichtung nationaler

Schiedsgerichte und die deutliche Bestimmung gewisser nationaler Rechte in der allgemeinen Reichsverfassung voraussetzen. — —

Wie die nationale Freiheit, so bedingt auch der politische Fortschritt die Föderativverfassung. Es steht schlecht um den Liberalismus einer Verfassung, wenn sie nicht von der Achtung der individuellen Freiheit ausgeht, diesen Grundpfeiler freier Staaten, das theuerste Recht der Britten und Amerikaner zerstört. Aber sind die Nationen nicht etwa auch Individuen, selbstständige Einheiten, wenn auch moralischer Natur, ihre Freiheit weniger heilig als jene der Individuen, das nationale Bewußtsein weniger Eigenthum, und darum unantastbar, als die materielle Habe? Das Recht der Nationalität verletzen, heißt Kommunismus treiben, und der Kommunismus ist bekanntlich nicht die höchste Vervollkommnung der Freiheit, sondern ein ganz niedriger Despotismus. Einem Stamme die Entwicklung seiner Nationalität vorenthalten bedeutet so viel, als ihm seine Individualität rauben, ihn zum Schatten machen, und liefert den Rechtstitel zu allen anderen Verletzungen der persönlichen Freiheit. Warum soll der Staat sich nicht auch zum Richter des religiösen Glaubens, der wissenschaftlichen Ueberzeugung machen, das Reden und Schreiben dem Einzelnen vorschreiben, wenn er ihm seine eigenste Gefühlweise verbieten kann? Und wir haben noch gar nicht erwähnt, daß die Föderativverfassung alle bureaukratische Bevormundung ausschließt, jede unnütze Einmischung in die eigenen Angelegenheiten verwehrt, die Selbstbestimmung auch in dem öffentlichen Leben zur Wahrheit macht, — wir haben dieß nicht erwähnt, weil auch der oberflächlichste Blick in die bereits bestehenden Föderativverfassungen davon überzeugt, und alle Welt darüber einig ist, daß nicht die französische Art, sondern die britische, die politische Freiheit aufzufassen, die Völker glücklich macht und den Regierungen Dauer gewährt.

Sollen wir endlich von dem fördernden Einflusse der Föderation in Oestreich auf die moralische Kultur und das materielle Wohl des Volkes reden?

Es liegt in einem centralisirten Staate im Interesse der Regierung, die Unmündigkeit der Volksstämme, welche sie beherrscht, zu erhalten, denn es liegt in ihrem Interesse, ihre Macht zu erhalten, und diese Macht beruht auf der Unselbstständigkeit des Volkes. Soll doch ein Minister den Ausnahmszustand mit der Hinweisung auf die nationalen Differenzen, die sonst wieder sich regen würden,

gerechtfertigt haben. Wir wollen hier nicht fragen, ob man denn also den ersteren verewigen will, da er doch die letzteren gewiß nicht beilegt, aber den Schluß dürfen wir wohl daraus ziehen, daß die Entwicklung der einzelnen Volksstämme, und in einem andern als dem nationalen Rahmen können wir die moralische Kultur nicht erblicken, keine allzureiche Förderung von oben erwarten kann. Und selbst wenn die Regierung sich nicht dagegen sträubte, wie rasch glaubt man wohl werden auf einem centralisirten Reichstage Magyaren und Deutsche sich beeilen, slawische Kunstschüler und Universitäten zu stiften, und wieder die Slawen, deutsche Kulturanstalten zu befördern? Soll die moralische Bildung gefördert werden, so muß es unmittelbar durch die eigene Nation im eigenen Lande geschehen. Hier allein kann man die Mittel dazu verstehen und finden, hier wird der wahre Ehrgeiz, der Wetteifer, wenn man will, der Egoismus geweckt werden. Was man thut, thut man für sich selbst und thut es darum gern und schnell. Nicht anders verhält es sich auf dem Gebiete der Volkswirthschaft. Die Föderativverfassung erspart eine große Anzahl Funktionäre, alle jene Beamte, welche im centralisirten Staate in der Provinz beschäftigt sind, die weitläufige Verbindung mit der Hauptstadt auch in den geringfügigsten Angelegenheiten zu unterhalten, und jene, welche von hier wieder zurückberichten und Vorschriften ertheilen, wenn sie auch den fraglichen Gegenstand nicht kennen, werden überflüssig, eine Menge Kräfte und Talente der Produktion wiedergegeben, der Geschäftsgang erleichtert, die Kosten der Regierung und damit die Steuern vermindert, große Summen für praktische Zwecke verwendbar gemacht. Zu diesem negativen Vortheile gesellen sich noch wichtigere positive. Auf welche Art die Landeskultur erhöht, der Industrie, dem Ackerbaue, dem Kredite in Böhmen aufgeholfen werden kann, soll dieß zu entscheiden einer Mehrheit im Reichstage überlassen bleiben, welche vielleicht durch das Hinzutreten der Dalmatiner und Romunen gebildet wird, welche Böhmen mit Noth aus geograghischen Handbüchern kennen, oder einem Minister, der das Land im Fluge durchreist, und dem man das Uebel ängstlich verborgen, wird man darüber nicht richtiger und einfacher in Böhmen selbst urtheilen? Man erforsche doch nur den Zustand öffentlicher Bauten in centralisirten Staaten, man höre doch nur in Frankreich die Klagen, welche allgemein darüber erschallen, man sehe doch nur, um beim nächsten Beispiele zu bleiben, das prager Rathhaus, — dieß

unzerstörbare Argument gegen die Centralisation an, und man wird nicht mehr an dem Vorzuge der provinziellen Autonomie in dieser Hinsicht zweifeln, auch wenn man vergäße, in einem wie viel höheren Grad hier das Interesse für das materielle Wohl geweckt wird, weil man für sich selbst sorgt und wirkt, den Vortheil und den Ruhm von aller Mühe ungeschmälert genießt.

Im Angesicht dieser entschiedenen Vorzüge der Föderativverfassung, die wir unbefangen gewürdigt, muß es uns tief schmerzen, wenn wir unter den Gegnern derselben auch die liberalen Organe der deutschen Bewohner in Oestreich erblicken. Wir können nicht glauben, der Widerwille gegen die Föderation rühre daher, daß slawische Staatsmänner sie zuerst in Anregung gebracht, wir können aber auch nirgends die Nachtheile erblicken, welche aus der Einführung der Föderativverfassung dem deutschen Elemente in Oestreich erwüchse. Es ist wahr, sie ist die Grundbedingung für die Entwicklung der slawischen Nationalität. Aber wenn man vor dem Jahre 1848 an der politischen Lebensfähigkeit der Westslawen zweifeln konnte — wir gehörten selbst dazu — seit dieser Zeit ist es nicht mehr erlaubt, und Niemand kann glauben, wenn man ihnen den einen Weg versperrt, so werden sie sich einen andern nicht öffnen. Oder wird der eine Volksstamm dadurch verkürzt, daß der andere sich naturgemäß entwickelt, nachdem man doch schon einmal diese Entwicklung nicht mehr hindern kann, und wird die Wendung, welche die orientalische Frage durch die größere Selbstthätigkeit der West- und Südslawen nehmen muß, nicht auch auf das deutsche Element in Oestreich wohlthätig zurückwirken? Auf der anderen Seite wird dadurch die Annäherung an das übrige Deutschland mehr erschwert, als im centralisirten Oestreich. Im Gegentheile steht zu hoffen, daß der Anschluß, da er nicht mehr eine Prinzipienfrage bilden, sondern immer nur einzelne, bestimmte Interessen betreffen wird, umfassender sein wird, als er es bei der letzten Anregung gewesen; in den deutsch-östreichischen Ländern ist aber die Unversehrtheit der Nationalität durch die Föderativverfassung ebenso fest gewährleistet, als in allen übrigen Provinzen. Man wendet aber ein, daß im föderativen Oestreich das deutsche Element aufhören wird das Regierungselement zu sein, und namentlich die deutsche Sprache eine starke Einbuße erleiden muß. Das Erstere muß man zugeben, aber ist denn der Verlust so groß, wenn slawische Beamte die deutsche Sprache nicht mehr radebrechen, wenn

doch dafür eine der wichtigsten Ursachen des Hasses, welcher das deutsche Element in vielen Theilen Oestreichs getroffen, gehoben wird? Was reell am Deutschthume ist, wird nicht untergehen, die deutsche Sprache aus Oestreich nicht schwinden, auch wenn die übrigen Idiome emanzipirt werden. Die Slawen, Magyaren haben ohnedieß nicht das Deutsche gelernt, um es in Protokollen und Gerichtseingaben zu mißhandeln; was sie dazu trieb und noch ferner bewegen wird, war der Reichthum, die Tiefe des deutschen Geistes, waren die Schätze der deutschen Literatur: diese aber werden durch die Föderativverfassung nicht geschmälert. Wir verzagen nicht, daß die richtige Ueberzeugung sich auch nach dieser Seite geltend machen wird, denn wir wiederholen noch einmal, daß die Föderativverfassung schlecht und unbrauchbar ist, wenn sie auch nur ein einziges Recht verkürzt, ein einziges gerechtfertigtes Interesse verletzt.

Die Föderativverfassung — das ist die nationale Freiheit und der politische Fortschritt.

Die Föderativverfassung — das ist eine wohlfeile Regierung.

Die Föderativverfassung — das ist die stets steigende Wohlfahrt des Volkes.

Die Föderativverfassung — das ist die Herrschaft der Ordnung und des Vertrauens.

Die Föderativverfassung — das ist der natürliche Schluß der Revolution, der unfehlbare Weg der Reform.

Sie ist dieß Alles, sie ist noch viel mehr. Doch wie sie erreichen? Wir wünschen sie weder durch einen plötzlichen Umsturz eingeführt, noch auch durch eine neue Oktroyirung dekretirt, wir begreifen, daß namentlich die Regierung sich nur auf einen allmäligen Uebergang einlassen wird und jeden Bruch mit dem Bestehenden vermeiden will. Nun denn, so eile das Ministerium, die Herrschaft des ordentlichen Gesetzes wiederherzustellen und die Versprechungen der oktroyirten Verfassung zu erfüllen. Es berufe die Landtage und den Reichstag, selbst wenn es auch glauben sollte, daß es auf diesen die Mehrheit gegen sich haben wird. Diese Selbstverläugnung wäre der größte Dienst, den es sich um Oestreichs Erhaltung erworben. Wir sind fest überzeugt, daß der Reichstag, wenn die Wahlen zu demselben durch keine fremden Einflüsse entfärbt werden, sich im föderativen Sinne aussprechen wird, und wenn er die bestehende Verfassung vermittelst der Revision auch nur dem Verfassungsentwurfe des ersten Reichstages wieder

nahe brächte, so wäre dieß ein großer Gewinn, denn noch immer bliebe der Weg zu weiteren Verfassungsreformen frei und offen.

Aber das Ministerium muß eilen, ehe noch die Dauer des Ausnahmszustandes das Gemeingefühl der Bürger völlig entkräftet und alles Vertrauen zerstört. Schon Vieles ist geschehen, was nimmer gut zu machen ist, längeres Zögern kann noch ungleich mehr verderben. Wenn die eilfte Stunde einmal geschlagen hat, wer steht dann noch dafür, daß ein neuer Völkersturm — und Niemand hat bewiesen, daß der nächste erst jener des jüngsten Gerichtes sein wird — ohne Schaden an Oestreichs Grenzen vorüberschreiten, die Bewegung hier Halt machen wird?

Man hat diese Zeit die Zeit nach der Revolution genannt. Wir wünschten für sie diesen Namen beibehalten, aber wir haben nicht die Macht, ihr denselben zu sichern. An den Regierungen liegt es jetzt, Geschichtschreiber künftiger Tage zu hindern, daß sie diesen Titel nicht streichen.

Gedruckt bei E. Polz in Leipzig.

123313

UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY

A 000 768 535 7

Im Verlage von **Friedrich Ehrlich** Buchhändler in Prag ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Geschichte

des

Revolutionszeitalters.

(1789 bis 1848.)

In öffentlichen Vorlesungen an der Prager Universität

übersichtlich dargestellt

von

Dr. Anton Heinrich Springer.

---

gr. 8. 46 Bogen in elegantem Leinewandband.

Preis 4 Thlr. oder 6 fl. C.-M.

Dr. Springer hat sich durch seine Vorlesungen im verflossenen Winter und Frühjahr an der Prager Hochschule einen ehrenvollen Ruf gesammelt. Diese Vorlesungen sind nun vollständig im Drucke erschienen. Die ganze große Zeit von 1789 bis zur Februarrevolution ist darin als ein einziger organischer Körper zusammengefaßt und mit seltener Schärfe der Zusammenhang und die Wechselwirkung der einzelnen Theile dargestellt. Da ist keine Zerrissenheit der Bewegungsmomente, kein grundloses Zusammengewürfeltseyn der Thatsachen mehr, die Ereignisse schreiten nach natürlichen Gesetzen vorwärts, und in die Geschichte, die kein todtes Zufallsspiel ist, kommt Leben und Verständniß. Das Hauptverdienst Dr. Springer's besteht darin, daß er das innige Ineinandergreifen der literarischen, religiösen und socialen Bewegung, wie sie seit den letzten funfzig Jahren in Europa zu Tage trat, in klarer, lebendiger Sprache nachzuweisen wußte, wodurch sein Buch so zu sagen zugleich eine Geschichte der Zukunft wurde, da jene Bewegungen als Ursachen noch fortdauern, und aus ihnen auf die kommenden Ereignisse ein Schluß gezogen werden kann. Springer's Buch ist ein Buch der Zeit, in ihr und für sie geschrieben, und darum für jeden der Sinn für diese Zeit hat oder zum mindesten den Drang fühlt sich in ihr zurecht zu finden, eine willkommene Erscheinung.

Gedruckt bei **E. Polz** in Leipzig.